Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

TROTZ ALLEDEM!

Nr. 79 • September 2018 • 2,50 €

FOKUS

TUNESIEN • ÄGYPTEN

Fabrikzeitung:
Antikriegstag 2018

NSU-Prozess:
Kein Schlussstrich!

Türkei:
„Neuimperialistisch“?

Aufruf:
Antirassistische Parade

Inhalt

Klassenkampf

Fabrik-Zeitung – Antikriegstag
Gegen imperialistische Kriege 3

Schwerpunkt

Fokus Afrika – Serie – Teil 12 – Nordafrika
Tunesien
Revolte und neokoloniale Herrschaft! 7

Interview
Ägypten 2018
Auf Rebellion folgte
brutale Konterrevolution 19

antira – antifa

Tag X in München – NSU-Prozessende
Wir erkennen das Urteil nicht an!
Eindrücke – Wut – Zusammenstehn –
Widerstand 29

Redebeitrag „*Trotz alledem!*“, München
Eine andere Welt ist möglich –
Zusammen gegen
Nationalismus + Faschisierung! 37

International

Theorie der „neuimperialistischen“ Länder
Türkei: „Neuimperialistisch”? 39
Auszug: Broschüre von Bolşevik Partizan

Debatte

Analyse der Restauration in der Sowjetunion
KPG(m-l)/KKE(m-l) Griechenland
Antworten zu entscheidenden Fragen
der Restauration des Kapitalismus 53

Aufruf

Antirassistische Parade in Hamburg
29. September 2018 – UNITED AGAINST RACISM
Für Bewegungsfreiheit und
gleiche Rechte für alle!

Herkes için seyahat özgürlüğü
ve eşit haklar! 61

Kontaktadresse: Postfach 48,
73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de
trotzalledem1.ml
V.i.S. d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Hallo TA-LeserInnen,
GenossInnen und MitkämpferInnen!

Fokus Afrika: In dieser Ausgabe umreißen wir die Situation in Tunesien und Ägypten.
EU und deutsche Regierung verstärken aktuell mit allen Mitteln die weitere Verschiebung der EU-Außengrenzen nach Afrika hinein. Kanzlerin Merkel und „Entwicklungs“minister Müller sind zur Zeit in zehn afrikanischen Staaten unterwegs. Mit Erpressung, Aufrüstung und Bestechung wollen sie die Blockade von Migrationsrouten durchsetzen. Gegen Menschen, die vor Krieg, Ausbeutung, Hunger, Not und Gewalt fliehen, deren Verursacher die imperialistischen Mächte sind.
Um den Reichtum in den Metropolen abzusichern, um Migrationen zu kontrollieren, um rassistisch auszusortieren in „nützliche“ und „wertlose“ Arbeitskräfte wird der brutale Neokolonialismus intensiviert: Mittelmeer und Sahara werden zu Massengräbern, Ressourcen geplündert und Krieg um Einflusssphären geführt.
Dieses menschenverachtende System anprangern, solidarisch, phantasievoll für eine andere Welt kämpfen, gegen Hass, Rassismus und Faschisierung ein Zeichen setzen – gemeinsam bei der antirassistischen Parade in Hamburg, 12 Uhr Rathausmarkt!
Kommt zahlreich! Wir sehen uns!

Euer Redaktionskollektiv

Wofür stehen wir?

Wir sind KommunistInnen verschiedener Nationalitäten, die als Alternative zum imperialistischen BRD-System für die sozialistische Revolution in Deutschland arbeiten. 1996 erschien die erste Nummer unserer Zeitung *Trotz alledem!*. Für uns ist sie eine Waffe im Kampf für die Bolschewistische Partei in Deutschland. Trotz aller Abgesänge vom Ende des Kommunismus, von der ‚nicht machbaren Utopie' halten wir daran fest: Der Sozialismus ist keine Utopie! Er ist die einzige Alternative zur imperialistischen Barbarei. Unser Fundament ist die Theorie des Marxismus-Leninismus. Sie ist die in den unerbittlichen Kämpfen der internationalen ArbeiterInnenbewegung gewonnene Erkenntnis, Verallgemeinerung und Anleitung zur revolutionären Praxis. Die heutige revolutionäre Praxis des Parteiaufbaus umfasst die Entwicklung der Theorie der Revolution in der BRD, die Herausbildung von standhaften KämpferInnen und die Schaffung einer organisatorischen Struktur. Sie ist untrennbar verbunden mit unserem täglichen Klassenkampf. In den Fabriken wird sich die Avantgarde des Proletariats herausbilden, wenn der wissenschaftliche Sozialismus mit der Kampfkraft der ArbeiterInnen sich zusammenfügt.

Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Gegen Ausbeutung für Sozialismus!

Ausgabe Nr. 16 zum 1. September 2018

„Wenn die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt, dass Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind Kriege unmöglich geworden."
Rosa Luxemburg

Antikriegstag 2018 – geht uns was an!
In der Schule, auf der Straße, in der Fabrik GEGEN imperialistische Kriegspolitik!

Was kostet Krieg?

Ausgaben für Kriegsgerät
Prima Profite für die Kriegsindustrie

Die Herrscher der Welt rüsten auf – Mai 2018 – Höchststand seit Ende des „Kalten Krieges".
Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) zieht mit den Zahlen aus 2016 Bilanz: Weltweit wurden insgesamt 1686 Mrd. US-Dollar und damit 0,4 Prozent mehr als 2015 für Kriegsgerät ausgegeben. Dies geschieht garantiert nicht für die Erhaltung des Weltfriedens!
Die USA steigerten ihre Ausgaben um 1,7 Prozent auf 611 Mrd. US-Dollar; Russland um 5,9 auf 69,2 Mrd. US-Dollar; China um 5,4 Prozent auf 215 Mrd. US-Dollar. Im August 2018 bewilligt Trump den neuen „Verteidigungs"-Haushalt von 716 Mrd. Dollar – eine weitere immense Steigerung.
Die Bundeswehr will aufrüsten für den Cyberkrieg, mit Drohnen und durch elektronische Kampfführung. Der so genannte Verteidigungsetat soll für Militäreinsätze und neue Waffen bis 2030 um mehr als 130 Mrd. Euro erhöht werden.
Zu den größten Kriegsgewinnlern in Europa gehört der deutsche imperialistische Staat: Waffen und Kriegsindustrie liefert er an Südkorea, Griechenland, Israel, Algerien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Katar, Türkei und viele andere – unabhängig ob sie aktuell Krieg führen oder (noch) nicht.
Deutschlands Waffenexport macht selbstverständlich nicht Halt vor der Lieferung von Mordgeräten an Krieg führende Staaten.

BRD Waffenexport, so wird verdient am Massenmord!

Das Kriegsbündnis NATO
steht für die militärische Aufrechterhaltung des imperialistischen Systems unter „westlicher Führung". Für den ungehinderten Zugang zu Rohstoff- und Energievorräten der Welt gehören Präventivkriege inklusive Ersteinsatz von Atomwaffen und die NATO-Osterweiterung.
NATO-Politik richtet sich gegen die Großmachtkonkurrenten Russland und China sowie abhängige Länder, die im Windschatten der Verteilungskämpfe der Großen versuchen, sich eigene Machtvorteile zu sichern. In der NATO sollen alle Mitgliedstaaten zwei Prozent des BIP (Brutto-Inlands-Produkt) an das Kriegsbündnis abtreten.
2017 zahlt die BRD 1,22 Prozent des BIP an die NATO – ca. 39,8 Mrd. Euro. Die für die nächsten Jahre angestrebten zwei Prozent wären bei gleichem BIP ca. 65,2 Mrd. Euro. Dazu kommt noch der „Wehretat": 38,5 Mrd. Euro sind für 2018 geplant – 2019 sogar 42,9 Mrd. Euro.
Dieses Geld fehlt dringend für Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, sozialen Wohnungsbau, Pflege, Renten … es fehlt uns, den Werktätigen.

NATO-Kriegsvorbereitung:
In Norwegen findet vom 25.10. bis 7.11.2018 ein riesiges Kriegsmanöver statt: Mehr als 40 000 SoldatInnen nehmen teil – 8 000 kommen mit 30 „Leopard 2"-Kampfpanzern, 75 Schützenpanzern „Marder" und „Boxer" sowie zehn Panzerhaubitzen aus Deutschland.
Dieses Manöver ist ein Test für die so genannte „Speerspitze" der NATO – die VJTF (Very High Readiness Joint Task Force), eine besonders schnell einsatzfähige Eingreiftruppe.
Die „Speerspitze" wird 2019 von der Bundeswehr kommandiert. Kriegsmanöver mit mehreren Tausend SoldatInnen gab es 2018 mehrfach – u.a. um

die Kriegsfähigkeit im Ostseegebiet zu Wasser, zu Lande und in der Luft zu testen. Krieg gegen Russland?
All dem müssen wir entschieden den Kampf ansagen!

Kriegsbündnis NATO auflösen!

Der deutsche Staat

will seine militärische Stärke zum einen weiter über die NATO ausbauen zum anderen Europa – möglichst unter deutscher Führung – zur weltweiten Militärmacht, durchaus auch in Konkurrenz zu den USA hochrüsten.
25 Armeen aus der EU arbeiten im Militärbündnis PESCO (Permanent Structured Cooperation) zusammen.

STOPP der Militarisierung der EU!
Keine EU-eigene Armee!
Keine EU-Kampfdrohnen
oder sonstige Mordwerkzeuge!

Deutsche Kriegsbeteiligung – sogar nach bürgerlichem Recht illegal

Im Grundgesetz steht, dass Deutschland dem Frieden dienen soll. Stattdessen wird Krieg geführt: Die Bundeswehr ist für die militärische Aufklärung innerhalb der NATO spezialisiert und darüber an den Kriegen der NATO direkt beteiligt – ohne öffentliche und parlamentarische Kontrolle.
Mehr als 3 000 Bundeswehr-SoldatInnen sind in 14 Ländern im Einsatz und werden konsequent auf Angriffskriege ausgerichtet. Bundeswehr-Tornados ermöglichen Kampfeinsätze in Syrien und überall.

Seit 2011 geht es laut „Verteidigungspolitischen Richtlinien" um „Freie Handelswege und gesicherte Rohstoffversorgung ... Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten...".
Die Einsätze dienen damit auch hoch offiziell und gesetzlich abgesichert kapitalistischen Wirtschafts- und Machtinteressen.

Soldat, Soldat

Ein 30 Mio. Euro teurer Bundeswehr-Werbefeldzug wirbt „Mach was zählt" und verschweigt das Kriegselend – Mord, Verstümmelung, Vergewaltigungen, Verwüstungen ... Trotz aufwändiger Reklame fürs Töten bleibt bisher der SoldatInnennachwuchs aus. Offiziere, die sich für viele Jahre verpflichten, das fehlt den Kriegsstrategen.
In Deutschland soll durch die Hintertür die Wehrpflicht aus „Personalmangel" wieder eingeführt und das ganze Volk „ertüchtigt" werden – mit der Zwangs-Dienstpflicht für alle. Mit der „Dienstpflicht" wollen die Herrschenden zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: 1. den Pflegenotstand und 2. die Schwäche der Bundeswehr beenden.
Junge Menschen sollen „für ihr Land" ein Jahr lang den Dienst an der Waffe antreten und für die Interessen der deutschen Monopolisten in die kommenden Kriege ziehen, um zu morden oder ermordet zu werden. Wahlweise haben sie das Recht einen sozialen Beruf ausüben zu müssen. So sollen sie Zehntausende fehlende Pflegekräfte ersetzen – ohne ausreichende Ausbildung und mit höchstens symbolischer Entlohnung. Das ist Lohndrückerei!

Kein Cent und kein Mensch für die Armee, für die Interessen des deutschen Kapitals!

Den Pflegenotstand können wir nur selbst beenden – mit solidarischen Kämpfen von PatientInnen, Angehörigen und PflegerInnen!

„Wir fliehen, weil ihr unsere Länder zerstört" …

Seebrücken statt Seehofer … Fähren statt FRONTEX

Weltweit sind 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Rassistische Hetze gegen Geflüchtete von den bürgerlichen Parteien von AfD über CSU/CDU, SPD, Grüne bis ja, sogar bis hin zur Linken dient der Spaltung der ArbeiterInnenklasse. **Von den tatsächlichen Problemen ablenken soll das.**
Etliche dieser bürgerlichen Parteien sind es auch,

die seit Jahrzehnten deutsche Waffenexporte in alle Welt genehmigen und dem Kapital so Milliardengeschäfte mit dem Krieg bescheren.
Doch die Menschen fliehen nicht ohne Grund oder – wie gerade aus weiten Teilen der bürgerlichen Parteienlandschaft zu hören ist, um „uns" hier irgendetwas wegzunehmen – sie fliehen vor Zerstörung, Krieg und Vernichtung ihres Lebensraums in ihrer Heimat. Im Hintergrund stehen Profitinteressen, auch die von deutschen Monopolen.
Dabei geht es nicht nur um die oben erwähnten Waffenexporte. Kriege werden geführt, um Rohstoffquellen, Absatzmärkte zu erobern Einflusssphären zu sichern. Der Kapitalismus braucht Kriege, um weiter zu existieren.
Diese ungerechten Kriege nützen in erster Linie denjenigen, die von Ausbeutung leben – den herrschenden Klassen.

Solidarität mit flüchtenden Menschen! STOPP der hochgerüsteten FRONTEX-Flüchtlingsabwehr!

Nationalismus und Faschismus

Während für Renten, Pflege, Umweltschutz etc. kein Geld da ist, stiegen die Rüstungsausgaben 2017 auf 36,7 Mrd. Euro. 2018 sollen es 38,5 Mrd. Euro werden und in Zukunft immer weiter anwachsen.
Statt unsere brennenden Fragen anzugehen, werden große Teile der werktätigen Massen gegen geflohene Menschen und MigrantInnen aufgebracht, als ob diese für wachsende Kinder- und Altersarmut in einem der reichsten Länder der Erde verantwortlich seien.
So geht Kriegsvorbereitung: Mit dieser Hetze wird Rassismus, Chauvinismus und Nationalismus geschürt, um auch eine aufgeheizte Stimmung zu erzeugen, die die Kapitalisten für ihren Krieg brauchen.
Dabei ist der Faschismus für die Herrschenden immer eine Möglichkeit, ein Volk in Schach zu halten – es ist kein Zufall, dass faschistische Terrorbanden, wie der NSU, ungestraft morden können und staatlich unterstützt werden.

Krieg nach außen: Bomben schmeißen Krieg nach innen: Uns besch...

Im Betrieb, in der Schule, auf der Straße oder in der eigenen Wohnung ...
Die Polizeiaufgabengesetze, die aktuell ein Bundesland nach dem anderen einführen will, erklären uns Werktätige zu potentiellen StraftäterInnen, GefährderInnen oder TerroristInnen. Platzverweise, Aufenthaltsgebote und sogar Vorbeugegewahrsam (lt. Bayerischem Polizeiaufgabengesetz auf unbegrenzte Dauer) können verhängt werden, ohne dass wir je eine Straftat begangen haben.

Die Polizei wird militärisch hochgerüstet mit schweren Panzerwagen, Handgranaten und Maschinengewehren. Notfalls wird auch die Bundeswehr eingesetzt.
Der berüchtigte § 114, der mehrere Monate Knast vorschreibt, wenn ein Polizist sich bedroht fühlt. Als Bedrohung ausgelegt werden kann z.B., wenn ein Demonstrationszug Streikender auf eine Polizeikette zu marschiert, wenn ein Mensch lauter spricht, als die Polizei es gewohnt ist oder wenn ein Demonstrant sich mit dem Arm gegen einen Polizeiknüppel schützt.
Gegen wen all das?
Gegen uns! Wenn wir uns gegen die immer härteren Angriffe des Kapitals zur Wehr setzen. Denn wir, die ArbeiterInnen und werktätigen Massen – wir lassen uns mit Sicherheit nicht auf Dauer vom Kampf abhalten!
Wenn wir dieses Ausbeutersystem in Frage stellen und uns organisieren, wenn wir endlich im vollen Bewusstsein erkennen, dass die Unterdrückung ein Ende finden muss, durch uns – DANN werden wir mit unserer schlagkräftigen Partei der ArbeiterInnenklasse die proletarische Revolution durchführen und den faulen verrotteten Kapitalismus mit all seinen Schergen auf den Müllhaufen der Geschichte werfen!

Die Herrschenden wissen und fürchten dies.

Gewalt und Mord für die Interessen der Herrschenden

Mit der steigenden Anzahl bewaffneter Konflikte – allein die Zahl der Bürgerkriege ist auf dem höchsten Niveau seit 1945 – wächst das Elend der vom Krieg Betroffenen ins schier Unermessliche.
Verschleppungen, Plünderungen, Vergewaltigung und Mord, Seuchen, Hunger – Für die Macht der Reichen gehen sie über Leichen. Ein Menschenleben zählt nach herrschender Berichterstattung offenbar nur, wenn es eins aus den imperialistischen Metropolen ist. Ohne Namen, ohne Mitgefühl verenden Hunderttausende auf der Flucht, im Krieg oder an den zerstörerischen Folgen.

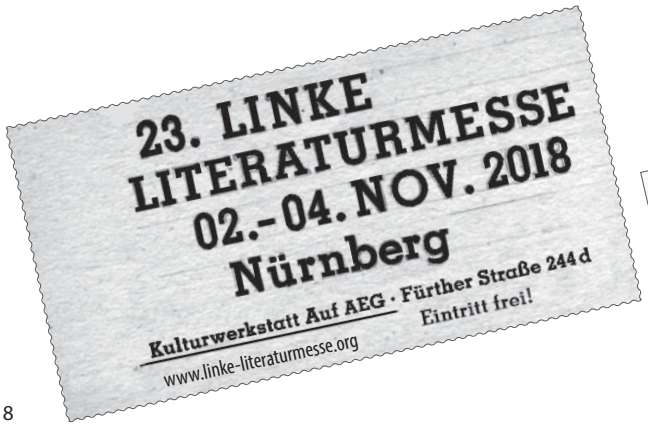
Die Ursache dafür ist die unermessliche Gier der imperialistischen Herrscher. Für ihre Profit- und Machtinteressen führen sie Krieg. Diese imperialistischen ungerechten Kriege können nur beendet werden, wenn wir den gerechten Krieg führen – indem wir diesem barbarischen System den Kampf ansagen!
Revolutionäre Befreiungskriege und Revolutionen – das ist die Antwort auf ihre Schlächtereien! Dieses System wird sich nicht friedlich stürzen lassen! Machen wir uns keine Illusionen – unterstützen wir die aktuellen Befreiungskämpfe international – z.B. auf den Philippinen, in Sri Lanka, Indien, Kurdistan … und bereiten wir hier die sozialistische Revolution vor!

Frieden fordert – Revolution!
Alles andere ist – Illusion!

2018 – 100 Jahre Novemberrevolution 1918

Die Geschichte hat uns gezeigt, dass Kriege von uns, den Unterdrückten selbst beendet werden können. 1918 begann mit den Aufständen der Matrosenverbände in Kiel ein revolutionärer Prozess. Die Monarchie wurde gestürzt, die Republik ausgerufen. Die Werktätigen hatten den Weltkrieg satt und gingen auf die Straßen, streikten.
Der Verrat ausgerechnet der SPD, die vier Jahre zuvor mit der Bewilligung der Kriegskredite Deutschlands Kriegsführung unterstützte, förderte die blutige Niederschlagung der deutschen Revolution.
Unter der bluttriefenden Federführung des SPD-Reichswehrministers Gustav Noske wurden die Kommunistin Rosa Luxemburg und der Kommunist Karl Liebknecht von Freikorps-Militärs grausam ermordet. Im Januar 2019 jährt sich diese Schandtat zum 100. Mal.
Deswegen spucken wir den DGB-Bonzen und Nachfolgern der damaligen SPD, egal in welcher Partei sie heute sitzen, in die Suppe. Auch nach 1945 hat sich die SPD im Westen Deutschlands wieder auf die Seite der Kriegstreiber gestellt: Wiederaufrüstung und Schaffung der Bundeswehr tatkräftig unterstützt.
Der Antikommunismus ist heute stark wie nie zuvor. Wir lernen aus der Geschichte!
Lasst uns daher heute, hundert Jahre später, dafür sorgen, dass wir einig werden als Klasse. Organisieren wir uns für unsere Sache!

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei – Kein Drittes gibt es!



Fokus Afrika – Serie – Teil 12

Tunesien
Revolte und neokoloniale Herrschaft!

Vorweg

Unsere Serie **Fokus Afrika** haben wir 2014 in der *Trotz alledem!*, Ausgabe Nr. 65, gestartet. Themen des Auftakts: Der Kontinent als Spielball im aktuellen globalen Geflecht des Weltimperialismus, Geschichte des Kolonialismus und Neokolonialismus, Geschichte der afrikanischen Widerstandsbewegungen und Klassenkämpfe.

Ziel ist, Ignoranz innerhalb der Linken und Unkenntnis in der ArbeiterInnenbewegung über diesen Kontinent aufzubrechen. In den weiteren Folgen der Serie thematisierten wir von Nummer 66 bis 74 die Situation in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara.

In der letzten Ausgabe von *Trotz alledem!* (Nr. 78) haben wir uns der Geschichte und der Situation insgesamt in Nordafrika zugewendet, die sozio-ökonomische Situation und die aktuellen Klassenkämpfe in Algerien sowie die aktuellen Auseinandersetzungen im RIF/Marokko dargestellt. In dieser *Trotz alledem!* setzen wir den Schwerpunkt auf die aktuelle Situation und Entwicklung in **Ägypten und Tunesien**.

Aus zwei Gründen: Tunesien ist bei der Umsetzung imperialistischer Interessen und einer neoliberalen Politik „vorbildlich".

Auf die Lage in Ägypten einzugehen, halten wir für wichtig, weil das Land in der gesamten imperialistischen Politik im Mittleren Osten/Nordafrika eine zentrale politische Bedeutung spielt. Das herrschende Al-Sisi-Regime mit seinem offen faschistischen Herrschaftssystem ist verlässlicher Bündnispartner von Deutschland und der EU sowie einer ihrer wichtigsten Handelspartner in Nordafrika.

Unter der Überschrift **Aufruhr – Widerstand** haben wir in der *Trotz alledem!,* Ausgabe Nr. 57, eine gemeinsame Erklärung mit Bolşevik Partizan (Nordkurdistan/Türkei) zum revolutionären Volksaufstand in Ägypten und Tunesien veröffentlicht. Wir gehen daher in dieser Nummer nicht näher auf die sogenannte „Arabellion" ein.

Tunesien
Folgen kolonialer Knechtung

Tunesien wird **1881** zum französischen Protektorat, nachdem auf dem Berliner Kongress 1878 (nicht zu verwechseln mit der Kongo-Konferenz in Berlin 1884-1885) die Einflusssphären der imperialistischen Mächte in Südosteuropa und im Mittelmeerbecken abgesteckt worden waren.

1883 wird das Protektorat durch einen Vertrag gefestigt, der Frankreich weitreichende Befugnisse in der Außen-, Verteidigungs- und Innenpolitik Tunesiens einräumt.

Bereits kurze Zeit später regt sich der erste Widerstand gegen die französische Kolonialherrschaft. Antikoloniale Parteien und Zeitschriften werden gegründet. Sie treten nicht nur für die nationale Unabhängigkeit ein sondern zum Beispiel auch für die Rechte von Frauen sowie für eine Trennung von Staat und Religion.

Die französischen Kolonialherren unterdrücken gewaltsam die antikolonialen Bewegungen. Ende der 1930er Jahre kommt es zu Aufständen, die blutig niedergeschlagen werden.

Die bis dahin wichtigste antikoloniale Partei, die Neo-Destour, muss in den Untergrund und von dort ihren Kampf weiterführen. Nach dem Zweiten Weltkrieg nehmen die Kämpfe zu. Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei der tunesische Gewerkschaftsdachverband Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT, Tunesischer Arbeiterbund). Dieser organisiert Streiks und beteiligt sich an Sabotagen, Demonstrationen und Aufständen.

Streiks und bewaffneter Widerstand erkämpfen schließlich 1956 die Unabhängigkeit Tunesiens. Die Neo-Destour Partei führt als Vertreterin der nationalen Bourgeoisie die nationale Befreiungsbewegung an. Ihre Führer rekrutieren sich vor allem aus den kleinbürgerlichen Zwischenschichten. [1] Habib Bourguiba,

1 „Geschichte der Araber, Von den Anfängen bis zur Gegen-

Mitglied der Neo-Destour Partei wird Premier und ein Jahr später Staatschef.

Die Neo-Destour:
Von der nationalen Befreiungsbewegung zum Polizeistaat

Bourguiba vertritt die damals – in einigen nationalen Befreiungsbewegungen – gängige Theorie, dass die nationalistische Kleinbourgeoisie als nationale Klasse über allen anderen Klassen stehe und als einzige die „wahren Interessen der Nation" vertrete. Wie Marx in seiner Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" schon richtig analysiert: *„das Kleinbürgertum ... also eine **Übergangsklasse**, worin die Interessen zweier Klassen sich zugleich abstumpfen, dünkt sich über den Klassengegensatz überhaupt erhaben."* [2]

Bourguibas Theorie entspricht in keiner Weise der Realität, denn seine Partei ist, wie bereits gesagt, Interessenvertreterin der nationalen Bourgeoisie und nicht aller Klassen der Nation. Ein Flügel der Neo-Destour vertritt die Politik des „konstitutionellen" Sozialismus, der es angeblich vermag, die Klassen unter dem Dach der Nation zu harmonisieren. Sozialistische Konzepte der Sowjetunion oder neudemokratische aus China werden als *„fremd"* und *„ausländisch"* abgelehnt. [3] Dieser Flügel, angeführt von Ben Salah wird 1969 aus der Partei ausgeschlossen und damit dieses politische Programm über Bord geworfen.

Im Übergang vom Kolonialismus zum Neokolonialismus bleibt die Herrschaft des imperialistischen Oberherrn Frankreich bestehen aber die Klassenkräfte zwischen nationaler Bourgeoisie, Kompradoren und Grundherren im Land verschieben sich.

Die Opposition innerhalb des Gewerkschaftsbundes UGTT wird ausgeschaltet. Das Proletariat wird von der UGTT streng unter Kontrolle gebracht und systematisch entpolitisiert. Das ländliche Proletariat wird im Rahmen der Genossenschaften und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sammellager gesperrt.

Die studentische Opposition innerhalb der UGET (Union Générale des Etudiants Tunisiens, Allgemeiner Studentenverband) wird bekämpft, bis die Organisation schließlich verboten wird.

Im **Januar 1963** wird die **Kommunistische Partei verboten.**

Der **erste Zehnjahresplan** der Regierungspartei von 1961 lässt den tunesischen Großgrundbesitzern und der nationalen Bourgeoisie völlig freie Hand. Auf dem ehemaligen Grundbesitz französischer Kolonialisten werden Agrargenossenschaften errichtet. Jeglicher Eingriff in das Privateigentum wird verboten. [4]

Außenpolitisch betreibt die Neo-Destour eine Allianz mit den imperialistischen Großmächten, allen voran der französischen, und stellt sich gegen die arabischen und afrikanischen Befreiungsbewegungen.

Der Flügel um Bourguiba wird von den französischen Neokolonialisten unterstützt, um revolutionäre Bestrebungen, wie z.B. in Algerien, zu verhindern. Imperialistischem Kapital wird Tür und Tor geöffnet. Die Regierung verspricht den Monopolen und Unternehmen die Befreiung von der Gewerbesteuer und der Steuer auf bewegliche Güter für mindestens fünf, aber auch für bis zu 15 Jahre.

Ferner bürgt der tunesische Staat auf die von den Unternehmern aufgenommenen Kredite und garantiert ihnen ein bestimmtes Auftragsvolumen für die Dauer von fünf Jahren. [5]

Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT, Tunesischer Arbeiterbund)

Der 1946 gegründete Arbeiterbund ist seit der Unabhängigkeit Tunesiens und der Machtdurchsetzung Bourguibas in zwei Fraktionen gespalten:
Auf der einen Seite die Gewerkschaftsbürokratie, die den Konsens mit der Staatsmacht sucht und auf der anderen die eher kämpferische Fraktion, die bestimmte Einzelgewerkschaften kontrolliert: Post und Telekommunikation, die Lehrergewerkschaft sowie einige Regionalverbände.
Der UGTT ist mit 517 000 organisierten Kolleginnen und Kollegen der größte Gewerkschaftsverband Tunesiens. Er umfasst 24 regionale Einzelgewerkschaften, 19 Branchengewerkschaften sowie 21 Basisorganisationen und ist vor allem in Staatsbetrieben stark vertreten. Zu seinen Mitgliedern zählen IndustriearbeiterInnen, Angestellte im öffentlichen Dienst sowie KrankenhausärztInnen.
Der UGTT existiert lange Zeit als der einzige Gewerkschaftsbund. Bis im Februar 2011 Habib Guiza, ein früherer UGTT-Funktionär, die Allgemeine Konföderation der tunesischen ArbeiterInnen (CGTT) gründet und am 1. Mai 2011 die Tunesische Union der Arbeit (UTT, Union Tunisienne des Travailleurs de Tunisie) unter Führung von Ismaïl Sahbani, der in den 1990er Jahren UGTT-Generalsekretär war, gebildet wird. Die UTT verweigert dem alten Dachverband UGTT die Gefolgschaft. Sie tritt bisher kompromissloser auf und lehnt Zugeständnisse der ArbeiterInnen an Unternehmen und Staat ab.
(monde-diplomatique.de/artikel/!543006, 09.11.2012)

wart", Bd. 4, S. 325, Akademie-Verlag-Berlin, 1974

2 MEW, Bd. 8, S. 144, 1852

3 Bassam Tibi, „Die tunesische Unabhängigkeitsbewegung und ihr Werdegang im Dekolonisationsprozeß. Vom Antikolonialismus zum „konstitutionellen Sozialismus", in „Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika", Oktober 1973, S. 101, Fischer Taschenbuch, – Tibi, „tunesische Unabhängigkeitsbewegung"

4 Tibi, „tunesische Unabhängigkeitsbewegung", S. 100

5 Tibi, „tunesische Unabhängigkeitsbewegung", S. 101

Anfang 1967 erstarkt der Widerstand gegen die proimperialistische und unterdrückerische Politik der Neo-Destour, gegen die sozialen und ökonomischen Missstände im Land. Im Juni des selben Jahres gibt es wochenlange heftige Demonstrationen. Das Regime antwortet mit umfangreichen Verhaftungen, brutalen Folterungen und langjährigen Haftstrafen.

Bevor Bourguiba 1969 nach Frankreich reist, um sich dort im Krankenhaus behandeln zu lassen, entmachtet er seinen Minister Ben Salah, Vertreter des Flügels des „konstitutionellen Sozialismus" in der Partei und setzt stattdessen den Vertreter des Pro-US-Imperialismus-Flügels, Bahi Ladgham, ein. Ben Salah wird verhaftet, zu Zwangsarbeit verurteilt, und seine Bürgerrechte werden ihm aberkannt. Doch Ladgham kann die aufkommende Krise nicht stoppen und Bourguiba setzt den Vertreter der Großbourgeoisie, Hedi Nouira, als Ministerpräsidenten ein.

Das Regierungsprogramm von 1970 betont, dass Tunesien vor allem mit befreundeten Ländern wie Frankreich und den EWG-Staaten (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) eng zusammenarbeiten wird. In der Folgezeit richtet sich die Politik Tunesiens dahingehend aus, die Einflusssphären der revisionistischen Sowjetunion und der USA zurückzudrängen und die Macht der EWG-Staaten im Mittelmeerraum zu stärken. [6]

Tunesien – Krise

Bereits 1972 werden die ersten **Exportfreihandelszonen** [7] eröffnet, um Kapital aus dem Ausland anzuziehen. Soziale Proteste, wie im Januar 1978 „Le jeudi noir" (Der Schwarze Donnerstag) oder wegen steigender Lebensmittelpreise 1984 – die so genannten Brot-Unruhen – werden blutig niedergeschlagen. Die fortschrittlichen Kräfte im Gewerkschaftsdachverband UGTT werden zurückgedrängt.

Ab Mitte der 1980er Jahre kommt es zu einer verstärkten Öffnung der Märkte und zu Privatisierungen von Staatsbetrieben. Nach 27 Jahren Präsidentschaft wird Bourguiba im November 1987 von seinem Günstling Zine el-Abidine Ben Ali abgesetzt. Ben Ali verwandelt Tunesien nach seiner Machtübernahme schrittweise in einen Polizeistaat. **Ein Prozent** der Bevölkerung gehört den **Sicherheitskräften** an – so viele wie in **kaum** einem anderen Polizeistaat. Ben Ali forciert während seiner Herrschaft die Politik der Privatisierungen und des Subventionsabbaus noch weiter. Handelsschranken werden ganz abgebaut, und europäische Konzerne drängen auf den tunesischen Markt. Gleichzeitig bereichert sich der Präsident, seine Familie und ihnen nahestehende **Bourgeois-**Gruppen am Ausverkauf des tunesischen Staatseigentums. Ben Ali bindet den Gewerkschaftsdachverband UGTT in seine Regierung ein. Viele hochrangige Gewerkschaftsfunktionäre besetzen zugleich hohe Parteiämter innerhalb der **PSD**. [8]

Allerdings bleiben die Gewerkschaften der Angestellten und ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst, der Krankenhäuser, der Lehrkräfte sowie die UGTT-Gewerkschaften in der Bergbauregion von Gafsa in Opposition. Von ihnen gehen immer wieder Streiks und Protestaktionen gegen die Diktatur aus. Die niedrigen Löhne, die Ben Alis Diktatur garantieren, machen Tunesien für imperialistische Investoren ausgesprochen interessant für Maximalprofite. Abgesichert wird dies u.a. durch das Fehlen von unabhängigen Gewerkschaften. 2008 werden Proteste in der **Minenregion von Gafsa** brutal zerschlagen.

Viele Wirtschaftsbereiche mit niedriger Produktivität werden durch die Konkurrenz der europäischen Konzerne vernichtet, und die Produktion für den heimischen Markt ist praktisch tot. Stattdessen etablieren sich Industrien, die überwiegend für den europäischen Markt produzieren. Dabei handelt es sich in der Regel um Nischenprodukte, die keine qualifizierte Arbeit erfordern.

Neben Tourismus basiert die Wirtschaft des Landes besonders auf Zubehörproduktion für Automobilzulieferer, Dienstleistungen (z.B. aus Frankreich verlagerte Callcenter) und Textilproduktion. All diese Branchen sind von der EU abhängig. 80 Prozent der tunesischen Exporte gehen in die EU, größtenteils nach Frankreich, Deutschland und Italien. Die Hälfte der Exporterlöse erwirtschaftet dabei die Textilindustrie. Sie stellt fast die Hälfte aller industriellen Arbeitsplätze.

Vor der arabischen Rebellion 2011 beschäftigen 2 700 ausländische Firmen mehr als 250 000 Menschen. 85 Prozent der Produktion sind für den Export bestimmt. Tunesien ist für Deutschland der bedeu-

6 ebenda, S. 117

7 Exportfreihandelszonen (Export Processing Zones – EPZ) sind ein vom restlichen Landesgebiet abgegrenztes Areal, in dem lokale ArbeiterInnen kostengünstig und unter extrem repressiven Bedingungen Halbfertig- oder Fertigprodukte für den (Re-)Export produzieren. Exportfreihandelszonen zeichnen sich durch weitgehend unkontrollierte Arbeitsbedingungen, gewerkschaftsfreie Räume – also niedrige Lohnkosten – sowie fehlende Umweltauflagen, Steuerbefreiung oder zumindest Steuervergünstigungen, Befreiung von Zöllen und Abgaben, billige Kredite, die Bereitstellung der materiellen Infrastruktur und die Möglichkeit des Profittransfers aus. EPZ verstoßen gegen die ILO-Konventionen.

8 1964 benennt sich die Neo-Destour um in Parti Socialiste Destourien (PSD, Sozialistische Destour-Partei). Im Februar 1988 verändert sie erneut ihren Namen in Rassemblement constitutionnel démocratique (RCD, Konstitutionelle Demokratische Versammlung).

tendste Handelspartner im Maghreb (Maghreb ohne Ägypten). Bis zu 80 Prozent der Waren für den Export nach Deutschland werden von ca. 250 Monopolen mit deutscher Beteiligung produziert. Das größte von ihnen war und ist nach wie vor der Automobilzulieferer LEONI, der in Tunesien mit 12 000 ArbeiterInnen Elektroteile für Daimler und VW herstellt. Deutsche Unternehmen arbeiteten auch mit dem Sicherheitsapparat des Regimes zusammen. So lieferte Siemens die Technik und das Know-how für Internetkontrollen und Zensur.

Arabische Rebellion in Tunesien kein antiimperialistischer Kampf

Der revolutionäre Volksaufstand richtet sich nicht hauptsächlich gegen den Einfluss des französischen, europäischen und US-amerikanischen Imperialismus. Das ist ein Klassenkampf der ArbeiterInnen und Volks-

massen für mehr Demokratie und gegen die Willkürherrschaft und Bereicherung des Diktators Ben Ali. Aber auch ein Kampf für mehr Gerechtigkeit, Freiheit und gegen das soziale Elend. Die Revolte in Tunesien zeichnet sich durch eine besonders hohe Spontaneität aus. ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen, Erwerbslose, Intellektuelle, StudentInnen, Jugendliche, Frauen und KleinbürgerInnen protestieren zusammen auf den Straßen – Tag und Nacht – gegen das Regime. Was in Zeiten des Protestes ihre Stärke ist, droht in der darauf folgenden Zeit zur Schwäche zu werden. **Mangelnde Organisation!**

Die Rebellion zwingt den tunesischen Präsidenten Zine al-Abidine Ben Ali innerhalb nur eines Monats, Hals über Kopf das Land zu verlassen und Asyl in Saudi-Arabien zu suchen. In diesen Tagen entwickelt sich eine revolutionäre Situation: Volkskomitees werden gegründet, die sich um den Schutz gegen Angriffe von Polizei und Staatsapparat kümmern und die Infrastruktur für die Fortführung des Kampfes (z.B. Sanitätsdienst). Neue Frauenverbände entstehen. Sie spielen eine starke Rolle in diesem Aufruhr. In einigen Städten werden die Vertreter des Regimes verjagt oder festgenommen. Die Staatsmacht wird gezwungen, Zugeständnisse zu machen: Auflösung der RCD – Ben Alis Partei, Auflösung des Geheimdienstes und einiger Teile der Sonderpolizei [9]

Nur mit den Frauen geht Revolution – alles andere ist Illusion!

Sowohl unter Bourguiba als auch unter Ben Ali haben es unabhängige Frauenorganisationen schwer. Laut offizieller Statistik sind lediglich 25 Prozent der Arbeitsplätze in Tunesien von Frauen besetzt.

Die arabische Rebellion wäre ohne die massive Beteiligung von Frauen gar nicht erst in Gang gekommen. Frauen waren und sind Teil des tagtäglichen Widerstandes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Sie spielen eine entscheidende Rolle in sozialen Auseinandersetzungen und treiben sie maßgeblich voran. Frauen haben sich in der Rebellion ihren Platz erkämpft und die patriarchalen Geschlechterverhältnisse in Frage gestellt. Dabei spielt es zunächst keine Rolle, ob es sich um werktätige, verarmte, verschleierte, laizistische oder intellektuelle Frauen handelt.

Aber die Volksmassen können die Macht nicht ergreifen.

Es gibt keine kommunistische Kraft, die in den Volksmassen verankert ist und die Proteste in Richtung Revolution anführen kann. Die Gewerkschaftsbürokraten verraten den Kampf. Die Oppositionsparteien sind schwach und zersplittert und verfolgen unterschiedliche Taktiken. Die reformistische PCOT (Parti Communiste des Ouvriers de la Tunisie – Kommunistische Arbeiterpartei Tunesiens) verteidigt die verfassungsgebende Versammlung. [10]

Tunesien: Scheitern des revolutionären Volkswiderstandes

Bevor Ben Ali flieht, übergibt er die Macht an Premierminister Mohammed Ghannouchi (RCD-Nachfolgepartei der Neo-Destour, bzw. Sozialistische Destour-Partei – PSD). Der Notstand wird ausgerufen. Ghannouchi bildet eine „Regierung der nationalen Einheit". [11]

9 Proletarische Revolution/Österreich, Nr. 49, Februar 2012, S. 24ff

10 2012 hat die PCOT die Worte „kommunistisch" und „Arbeiter" aus ihrem Namen gestrichen und heißt seither PTT (Parti des Travailleurs Tunisiens = Partei der tunesischen Werktätigen). Proletarische Revolution 74, April 2018, S. 15

11 Gemeinsam mit der Demokratische Fortschrittspartei

Die Übergangsregierung kündigt zwar Pressefreiheit und die Freilassung aller politischen Gefangenen an, die entscheidenden Ämter wie Wirtschaft, Armee und Inneres bleiben aber in der Hand der RCD.
Die Amtsgeschäfte werden vom Verfassungsrat auf den Parlamentspräsidenten Fouad Mebazaa (RCD) übertragen. Am 23. Oktober **2011** findet die Wahl zu einer verfassunggebenden Versammlung statt, deren Aufgabe es ist, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu organisieren. Die Wahlen werden von Imperialisten und Reaktion als glänzender **„Sieg der Demokratie"** gefeiert – trotz zwielichtiger Finanzierungen, fehlendem unabhängigen Justizwesen, manipulierter Medien etc. Die islamische Partei Ennahda (Wiedergeburt) erhält die meisten Stimmen und Moncef Marzouki (Congrès pour la République – Kongress für die Republik, CPR) wird zum neuen Übergangspräsidenten ernannt.
Bei der Präsidentschaftswahl am 23. November **2014** wird Beji Caid Essebsi von der Partei Nidaa (Ruf Tunesiens) gewählt. Nidaa Tounes verkörpert das alte Regime. Die 2012 gegründete Partei vereinigt auch ehemalige Mitglieder der RCD. Essebsi war bereits unter Bourguiba und Ben Ali in verschiedenen Regierungsämtern eingesetzt, darunter als Innen-, Verteidigungs- und Außenminister. Das neue Regime setzt die alte Politik fort, aber es kann sich jetzt als demokratisch legitimiert ausgeben.
Im Jahr 2015 erschüttern drei große Anschläge des „Islamischen Staats" (IS), die sich vor allem gegen den Tourismus richten, das Land. Zwischen Januar und November gehen die Touristenzahlen dramatisch zurück. Im Vergleich zum Vorjahr sinken die Einnahmen in der Tourismusbranche um mehr als 33 Prozent.

Was hat sich für die tunesischen Werktätigen verändert?

Objektiv **nichts Grundsätzliches!** Ein paar kleine Reformen dienen dazu, das Volk ruhig zu stellen und vom Kampf in den Betrieben und auf der Straße abzuhalten. Ausbeutung, Erwerbslosigkeit, Elend und Not bleiben gleich, egal welche Partei die Regierung stellt. Misshandlungen, Folter und Erpressung sind nach wie vor an der Tagesordnung. Zudem hat die Regierung im Namen des Kampfes gegen den Islamischen Staat (IS) dem Polizeiapparat noch mehr Macht erteilt.
Die Herrschaft der neokolonial-faschistischen Diktatur ist nicht gebrochen. Die Klassenallianz zwischen der Kompradorenbourgeoisie, der politisch herrschenden bürokratischen Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern ist ungebrochen.

(PDP), dem Forum für Arbeit und Freiheit (FDTL) und der Erneuerungspartei.

Auch die generelle politische Lage hat sich nicht verändert: Ausplünderung und Unterwerfung des Landes durch den Imperialismus.
Für die **ArbeiterInnenbewegung** hat sich trotzdem Wichtiges verändert: Der revolutionäre Volksaufstand hat den ArbeiterInnen in Tunesien Freiräume eröffnet. Sie haben demokratische und gewerkschaftliche Rechte für sich erkämpft. Diese Erfolge haben das Selbst- und vor allem das Klassenbewusstsein der ArbeiterInnen gestärkt und damit auch ihre Entschlossenheit, sich nicht wieder zurückdrängen zu lassen.
Die Werktätigen Tunesiens haben einen großartigen, begeisternden Kampf geführt und den Diktator innerhalb kürzester Zeit aus dem Land gejagt. Das lässt hoffen und wie sich an der niedrigen Wahlbeteiligung (offiziell lag sie um die **34,7 Prozent**) bei den **Kommunalwahlen 2018** zeigt, es lassen sich eben doch nicht alle ruhig stellen.

Tunesien in Zahlen

Tunesien liegt am Mittelmeer, grenzt an Algerien und Libyen und umfasst ein Gebiet von 163 610 Quadratkilometern. Zum Vergleich: Deutschland hat eine Fläche von 357 170 Quadratkilometern. [12] Die 11,6 Mio. EinwohnerInnen setzen sich zusammen aus 96,8 Prozent AraberInnen, 1,2 Prozent Imazighen (BerberInnen), ein Prozent JüdInnen und ein Prozent EuropäerInnen (FranzösInnen, ItalienerInnen, MalteserInnen).

Armut und Erwerbslosigkeit

Rund 24 Prozent der Bevölkerung (das ist **fast jede/r Vierte!**) leben in **Armut**, d.h. sie verfügen über weniger als der staatliche Mindestlohn beträgt. Der staatli-

12 Alle Zahlen in diesem Abschnitt, außer die speziell datierten, sind aus 2018: Germany Trade & Invest, gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/MKT/2016/11/mkt201611222064_159420_wirtschaftsdaten-kompakt---tunesien.pdf?v=5, Stand Mai 2018)

che Mindestlohn liegt bei 380 Dinar monatlich (umgerechnet **knapp 150 Euro**). Das genügt kaum, um den Lebensunterhalt einer Person zu decken, geschweige denn, eine Familie zu ernähren.
Offiziell liegt die **Erwerbslosigkeit** bei **15,3 Prozent**, in einigen Regionen, v.a. im Landesinneren, jedoch wesentlich höher. Die tunesische Bevölkerung ist sehr jung, mehr als die Hälfte ist jünger als 30 Jahre. So trifft Armut und Erwerbslosigkeit besonders massiv die Jugend. Die **Inflationsrate** liegt um die **sieben Prozent**, bei Nahrungsmitteln – mit Ausnahme der subventionierten Güter – sogar deutlich höher.
Das nominale Bruttoinlandsprodukt **(BIP) je EinwohnerIn** liegt bei geschätzt **3 463 US-Dollar**. Zum Vergleich: Das nominale BIP je EinwohnerIn liegt in Algerien bei 4 225 US-Dollar.

Wirtschaft

Neben dem Bergbau, der einer der bedeutendsten Sektoren ist, spielen Landwirtschaft, Textilfabrikation und Tourismus eine wichtige Rolle für die tunesische Wirtschaft. Knapp **20 Prozent** der Erwerbstätigen sind in der **Landwirtschaft** tätig, rund **ein Drittel** in der **Industrie** und die **Hälfte im Dienstleistungssektor**. Einnahmen aus dem Tourismus betragen rund sieben Prozent des BIP. Bergbau und Industrie tragen rund 21,4 Prozent und Land-/Forst-/Fischwirtschaft etwa 9,8 Prozent zum BIP bei.
85 Prozent der tunesischen Firmen sind im informellen Sektor (dessen Wirtschaftsleistung nicht im BIP erfasst ist) tätig. Sie erwirtschaften rund **115 Mrd.** US-Dollar, mehr als das Sechsfache des tunesischen Haushaltes.
Das nominale **BIP** liegt bei geschätzt **40,3 Mrd. US-Dollar**. Zum Vergleich: Das nominale BIP liegt in Algerien bei **175,5 Mrd.** US Dollar.
Ausländische Direktinvestitionen machen den größten Teil des tunesischen BIP aus. Der Anteil an diesen liegt 2016 bei 29 305 Mio. US-Dollar, der Transfer bei 958 Mio. US-Dollar. [13]

Handel

Die Importe Tunesiens übersteigen die Exporte. Um das zu finanzieren, ist das Land auf ausländische Investitionen angewiesen. 1993 verabschiedet Tunesien daher neue Investitions-Richtlinien. Seitdem siedeln sich mehr als 1 500 **exportorientierte** Joint Ventures im Land an. Sie profitieren von den niedrigen Löhnen und mangelnden Rechten der Arbeiterklasse. Sie genießen zehn Jahre lang Steuerfreiheit, d.h. ihre Gewinne fließen ohne Abzüge, sprich ohne davon der tunesischen Gesellschaft etwas zu zahlen, in die Zentren der imperialistischen Metropolen.
Die wichtigsten Handelsbeziehungen unterhält Tunesien mit Europa: 2016 **importierte** Tunesien 15,4 Prozent aller Waren und Güter aus **Frankreich**, 14,5 Prozent aus **Italien**, 9,3 Prozent aus **China**, 7,7 Prozent aus **Deutschland**, 4,4 aus der **Türkei**, gefolgt von **Spanien** und **Algerien**. Im gleichen Jahr **exportierte** Tunesien 32 Prozent aller Waren und Güter nach **Frankreich**, 17,4 Prozent nach **Italien**, 10,5 Prozent nach **Deutschland**, 4,9 Prozent nach **Algerien** gefolgt von **Spanien, Libyen** und **Belgien**.
Tunesien exportiert 2016 Elektrotechnik: 20,1 Prozent, Textilien: 18,5 Prozent, landwirtschaftliche Erzeugnisse: 6,1 Prozent (v.a Datteln und Oliven), Phosphat, Zink, Eisenerze und Chemikalien sowie elektronische Geräte.
Das **Exportvolumen** liegt im selben Jahr bei geschätzt 13,6 Mrd. US-Dollar.
Importiert werden Maschinen: 9,8 Prozent, Textilien: 9,5 Prozent, Elektrotechnik: 9,3 Prozent, Kfz und -Teile: 8,1 Prozent, Nahrungsmittel: 7,9 Prozent sowie Chemikalien und Energie. Derzeit produziert Tunesien 97 Prozent seines Stromes aus fossilen Brennstoffen, davon 80 Prozent aus Erdgas. Lediglich drei Prozent der Gesamtstromproduktion wird aus erneuerbaren Energien gewonnen.
Der Import liegt 2016 bei geschätzten 19,5 Milliarden US-Dollar.
2016 betrug also die **negative Handelsbilanz** 5,9 Mrd. US-Dollar.

Imperialistische Interessen – das Ringen um wirtschaftlichen Einfluss in Nordafrika

Für die vorherrschenden Großmächte in der Region, den US-Imperialismus und die EU, ist der revolutionäre Volkswiderstand höchst gefährlich. Zum einen zeigen die Massenbewegungen, was Demokratie und Freiheit wirklich bedeuten könnten. Zum anderen besteht die Gefahr, nützliche Marionetten in der Region zu verlieren.
Die tunesischen Herrschenden waren und sind stets treue Verbündete des Imperialismus und hätten sich ohne dessen Unterstützung auch kaum halten können. Sie unterdrücken das Proletariat und die Bauern, bedienen rücksichtslos jedes Interesse des internationalen Finanzkapitals und bekämpfen gnadenlos jegliche Opposition.

Imperialistische Machenschaften

Tunesien ist eine führende Exportmacht in Afrika. Das Land gilt als Musterschüler bei der Verwirklichung

13 2015 lag der Bestand bei 34 689 Mio. US Dollar und der Transfer bei 1 002 Mio. US Dollar.

imperialistischer Interessen und als Musterbeispiel für die Umsetzung der Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF).
Nur zwei Tage nach der Flucht Ben Alis wird für die Tunesische Zentralbank ein neuer Gouverneur eingesetzt: Mustapha Kamel Nabli, Direktor des IWF für den Mittleren Osten und Afrika. [14] Dieser führt einen Kampf gegen die Forderungen der Massen nach Einstellung der Zahlungen der Auslandsschulden und nach Änderung der Ausplünderungsverträge durch die transnationalen Monopole. Das bringt Tunesien in eine noch größere neokoloniale Abhängigkeit:
Unzählige neue Kredite, neue Freihandelsabkommen, verstärkte Privatisierungen von Staatsunternehmen und eine gegen die Werktätigen gerichtete Einsparpolitik. Die internationalen Geldgeber fordern von Tunesien eine Reform des Bankensektors (beschlossen im Juli 2015), neue Investitions-, Verwaltungs- und Steuergesetze und die Einführung öffentlich-privater Partnerschaften (beschlossen im Dezember 2015). [15]

Imperialistische EU

Die **Liberalisierung des Handels** zwischen der **EU** und **Tunesien** basiert auf der 1995 ins Leben gerufenen **Euro-Mediterranen Partnerschaft** (auch bekannt als „Barcelona-Prozess").
Der wesentliche Bestandteil dieses Abkommens ist die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Freihandelszone. Die kontinuierliche Steigerung des Handelsvolumens und die gewünschte Spezialisierung der Wirtschaft auf die Zulieferer- Bereiche schaffen für Tunesien größere Abhängigkeiten.
Schätzungen zufolge hat Tunesien zwischen 1996 und 2008 durch den stufenweisen Abbau von Zöllen im Rahmen des Freihandels etwa vier Mrd. US-Dollar an Staatseinnahmen weniger erhalten.
2008 wird eine Freihandelszone für nahezu alle Industrieprodukte errichtet. Seit 2015 verhandelt die EU mit Tunesien über den Abschluss eines vertieften Freihandelsabkommens, eines sogenannten Deep and Comprehensive Free Trade Agreements [16] (**DCFTA**).
Vor allem kleine und mittlere Unternehmen in Tunesien werden unter der Öffnung der Märkte leiden, da sie mit den Konkurrenten aus Europa nicht mithalten können, die durch den Wegfall von Zöllen ihre Produkte in Tunesien deutlich günstiger anbieten können. Kleine und mittlere Unternehmen in Tunesien sind ausgerechnet jene, die knapp die Hälfte der Arbeitsplätze im Privatsektor ausmachen, in dem wiederum etwa drei Viertel aller ArbeiterInnen beschäftigt sind. Im Gegenzug werden tunesische Monopole und große Unternehmen von **DCFTA** profitieren. [17]
Die tunesische Wirtschaft richtet sich sehr stark auf Europa aus, sowohl was den Außenhandel, als auch was die Tourismusbranche betrifft. Die EU hat am tunesischen Handelsvolumen einen Anteil von fast 80 Prozent. 2017 exportiert Tunesien Waren und Güter im Wert von 9,4 Mrd. Euro nach Europa, eine Steigerung von 1,2 Prozent zum vorhergehenden Jahr.
Im selben Jahr importiert das Land Waren und Güter im Wert von 11,1 Mrd. Euro aus Europa (+5,3 Prozent). Tunesien hat somit ein Handelsbilanzdefizit von 1,7 Mrd. Euro. [18]

Europas Strategie:
Abschottung der Festung Europa.

Die EU hat mehrere Projekte in afrikanischen Ländern und an deren Grenzen gestartet, die gezielt der Flucht- und Migrationsabwehr dienen. Die EU finanziert Internierungslager, unüberwindbare Grenzzäune sowie die Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften. Das „Polizeiprogramm Afrika" ist Baustein einer umfassenden Strategie der EU mit dem Ziel, den Kontinent zu einem Außenposten der Festung Europa aufzurüsten.
Dabei sollen die afrikanischen Staaten dazu gebracht werden, bei der sogenannten Rückführung von Flüchtlingen und MigrantInnen zu kooperieren. Wer nicht kooperiert, muss mit negativen Konsequenzen rechnen – bei der „Entwicklungszusammenarbeit" aber auch in der Handelspolitik.

Hegemonie der imperialistischen Großmacht Frankreich

Überall ist ihre neokoloniale Macht, die ununterbrochene Fortsetzung der Kolonisation in Tunesien deutlich sichtbar: Ökonomisch, politisch und kulturell.
Die Kolonialherren aus Frankreich haben nach der Unabhängigkeit Tunesiens eine ihnen genehme Regierung installiert, die außenpolitisch eine Allianz mit dem französischen Imperialismus betreibt und eine Bastion gegen die aufkommenden arabischen und afrikanischen Befreiungsbewegungen war und ist.
Auch wenn Frankreich gegenüber der Konkurrenz aus China oder Deutschland an Bedeutung eingebüßt hat – so wie in fast allen ehemaligen Kolonien Frankreichs

14 Proletarische Revolution, Nr. 74, April 2018, S. 13ff
15 monde-diplomatique.de/artikel/!5264210, 07.01.2016
16 DCFTA (Vertiefte und umfassende Freihandelszone)
17 Prif Spotlight, peace research institute Frankfurt/Leibniz-Institut hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, „Stabilisierung durch Freihandel?", 3/2017hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publikationen/Spotlight0317.pdf
18 gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/MKT/2016/11/mkt201611222064_159420_wirtschaftsdaten-kompakt---tunesien.pdf?v=5, Stand Mai 2018

– die ehemalige Kolonialmacht bleibt nach wie vor der wichtigste Handelspartner Tunesiens. Ihre Politik dient der Erhaltung der eigenen Einflusssphären, dem Ausbau neuer Absatzmärkte für ihre Produktionsüberschüsse, der Ausbeutung „billiger" LohnarbeiterInnen zum Scheffeln von Extraprofiten. Zudem haben sich die französischen Imperialisten ein wahres Steuerparadies in Tunesien erschaffen. Subventionen, Steuerbefreiungen und „billige" Produktionskosten lassen das französische Kapital enorme Gewinne einfahren, die sie nicht einmal reinvestieren müssen, um die Infrastruktur und die lokalen Produktionen zu erhalten. Ganz in Gegenteil: Lokale Produktionsstätten werden systematisch zerstört und zu „billigen" Zulieferern der imperialistischen Monopole degradiert.

BRD – Großmachtgelüste in ehemaligen französischen Kolonien

Strategiepapiere, Pläne ... Wie wir bereits mehrfach in unserer Afrika-Serie informiert haben, hat die deutsche Großmacht diverse Afrika-Pläne und Afrika-Strategien [19] entwickelt, um Investitionen deutscher Monopole auf dem afrikanischen Kontinent zu erleichtern, um billige Arbeitskräfte auszubeuten, um Rohstoffe aus dem afrikanischen Kontinent zu plündern sowie neue Absatzmärkte zu erschließen und damit die Vormachtstellung Deutschlands innerhalb der EU zu befestigen.

Seit einigen Jahren macht sich Deutschland daher gerne in den ehemaligen Kolonien Frankreichs in Afrika breit, um seinen größten Konkurrenten (aber auch Verbündeten – ja, so ist der Kapitalismus nun mal) auszuschalten. Der „Marshallplan" von 2017 z.B. benennt ausdrücklich Tunesien als „Partner"land Deutschlands. [20]

Handel

Deutschland ist mit einem Anteil von 7,7 Prozent der viertgrößte Handelspartner Tunesiens. Es werden hauptsächlich Elektrotechnik, Kfz und Kfz-Teile, Maschinen, Textilien und Bekleidung, NE-Metalle, Elektronik und Kunststoffe aus Deutschland importiert.

Nach Deutschland exportiert werden Elektrotechnik, Textilien und Bekleidung, Maschinen, Kfz und Kfz-Teile, sowie Nahrungsmittel. Für Deutschland ist Tunesien der fünftwichtigste Handelspartner auf dem afrikanischen Kontinent nach Südafrika, Nigeria, Algerien und Ägypten.

Die tunesischen Importe aus Deutschland steigen 2017 um 14,6 Prozent auf 1,6 Mrd. Euro, die Exporte nach Deutschland erhöhen sich um acht Prozent auf 1,8 Mrd. Euro. Deutschland ist außerdem der viertgrößte ausländische Investor in Tunesien. Der Bestand der deutschen Direktinvestitionen beläuft sich 2016 auf 255 Mio. Euro (2015: 286 Mio.). [21]

Deutsche Monopole

Rund 280 deutsche Monopole und solche mit deutscher Beteiligung sind in Tunesien tätig. Das Land ist ein „attraktiver Standort" (vor allem dank niedriger Löhne und mangelnder gewerkschaftlicher Gegenwehr!) für Hersteller von Kfz-Teilen. 16 deutsche Kfz-Zulieferer sind bereits in Tunesien angesiedelt. Abnehmer sind vor allem die deutschen Monopole Daimler, Audi und VW. [22]

Rund **250 Monopole** und Unternehmen aus Deutschland haben insgesamt mehr als 350 Mio. Euro in Tunesien investiert. Durch diese Auslandsinvestitionen ist *„eine Wirtschaftsstruktur entstanden, die auf einer Spezialisierung auf Branchen mit geringen Wertzuwächsen basiert";* zugleich sind die auswärtigen Investoren *„auf Profitmaximierung mittels Kostenreduktion"* bedacht. [23]

LEONI – Nürnberger Kabelhersteller

Das im 19. Jahrhundert gegründete Unternehmen geht 1923 erstmals an die Börse. Während der Nazidiktatur profitiert es von Militäraufträgen und der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen.

Aktuell ist die LEONI AG laut eigenen Angaben der größte Arbeitgeber in Tunesien. Der Konzern ist größter europäischer Zulieferer von Kabelsystemen für die

19 Zum Beispiel in TA, Nr. 78, S. 30

20 Neben Algerien, Ägypten, Benin, Botswana, Ghana, Marokko, Mauritius, Namibia, Senegal, Südafrika und Togo

21 gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/MKT/2016/11/mkt201611222064_159420_wirtschaftsdaten-kompakt---tunesien.pdf?v=5, Stand Mai 2018)

22 Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V., Trendstudie Afrika 2025, 05.06.2014, S. 77

23 labournet.de/internationales/tunesien/soziales/die-tunesische-regierung-mit-versprechungen-und-polizeigewalt-proteste-gehen-weiter/?cat=8254

Automobilindustrie und erzielt 2012 einen Umsatz von 3,8 Mrd. Euro.
Von den 60 000 Beschäftigten des Konzerns arbeiten nur noch 4 000 in Betrieben in Deutschland. Die restlichen 54 000 Arbeitsplätze werden ausgelagert, denn in Deutschland liegen die Arbeitskosten in der Elektronikindustrie bei 25 Euro pro Stunde einschließlich Sozialkosten, dagegen in Polen bei sechs und in Tunesien bei zwei Euro. [24]
Das Werk im Stadtteil Ezzahra von Tunis soll 2012 geschlossen werden, denn auch wenn die meisten nicht viel mehr als den Mindestlohn erhalten, ist das Lohnniveau in diesem Werk höher als in den anderen LEONI-Werken in Tunesien. Zudem agiert dort eine starke Gewerkschaft.
Daraufhin besetzen die ArbeiterInnen im Juli 2012 monatelang die Fabrik, um die Verlagerung in das mitteltunesische Sousse zu verhindern. Denn dort ist das Lohnniveau geringer und es gibt kaum gewerkschaftliche Opposition. [25] 12 000 ArbeiterInnen – in der Mehrheit Frauen – verdienen dort gerade mal 300 Euro im Monat. [26] Neben weiteren Kabelproduzenten (Dräxlmaier, Kromberg & Schubert) sind vor allem Textilunternehmen (Van Laack, Rieker), der Plüschtierproduzent Steiff sowie verschiedene Elektronikfirmen (Marquardt, Mentor, Wisi) in Tunesien präsent. [27]

Deutsche Vorposten

Neben Strategiepapieren und Direktinvestitionen schickt der deutsche Imperialismus auch seine wirtschaftlichen und politischen Vorposten nach Tunesien, um seine Interessen zu vertreten: Neben dem Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft existiert seit 1979 die Deutsch-Tunesische Industrie- und Handelskammer (AHK Tunesien). Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) arbeitet seit 1975 in Tunesien. Sie ist im Auftrag der deutschen Bundesregierung sowie der Europäischen Union (EU) dort aktiv.

Deutschlands Interesse: Ausweitung der Befestigungsanlagen der Festung Europa nach Afrika

Deutschland nimmt eine Schlüsselrolle bei der Ausweitung der europäischen Migrationsabwehr auf den afrikanischen Kontinent ein. Die deutsch-tunesische Zusammenarbeit konzentriert sich auch auf das Thema Migration. Bereits seit 2012 setzt die GIZ das „Polizeiprogramm Afrika" um. Es umfasst Maßnahmen zum Ausbau von Grenzanlagen sowie zur Ausrüstung und Ausbildung der (Grenz-)Polizei. Dazu hat die BRD Grenzposten errichtet und die Grenz-Polizei der jeweiligen Länder mit Fahrzeugen, kriminaltechnischen Labors sowie Pass- und Fingerabdruckscannern versorgt.
Die GIZ macht mit der Flüchtlingsabwehr kräftig Schotter. Der sogenannte EU-Treuhandfonds für Afrika ist mit 1,9 Mrd. Euro bestückt und betreibt Ausschreibungen zur Flüchtlingsabwehr, an denen sich die GIZ fleißig beteiligt. 48 Prozent der 1,9 Mrd. Euro sollen für Rückführungs-, Rückübernahme- und Wiedereingliederungsmaßnahmen sowie zur Verhinderung von Migrationsbewegungen ausgegeben werden. Im März 2017 wird in Tunis ein durch deutsche Initiative und Aufsicht betriebenes Migrationsberatungszentrum eröffnet. [28]
Diese Zentren sind keine Beratungszentren, so wie sie – an Zynismus kaum zu überbieten – bezeichnet werden. NEIN! Das sind Zentren, die verhindern sollen, dass Menschen vom afrikanischen Kontinent nach Europa – und schon gar nicht nach Deutschland – flüchten.
Statt ertrunkene Geflüchtete im Mittelmeer sollen der deutschen und europäischen Bevölkerung nun sogenannte Auffanglager (vielmehr Knast- und Folterzentren) und sogenannte Beratungszentren (also Abwehrzentren) präsentiert werden. Die Toten im Mittelmeer bringen schlechte Berichterstattung oder gar einen Aufschrei.
Die Betroffenen der neuen Abschottungspolitik in Afrika sehen wir nicht – das ist das menschenverachtende Kalkül von BRD-Regierung und EU.

Imperialistische Großmacht China

China will seine ohnehin **führende** Handelsposition in Afrika in den kommenden Jahren drastisch und massiv ausbauen. Zum einen will die „Volksrepublik" ihre geopolitischen und wirtschaftlichen Großmachtambitionen untermauern (also die Welt erobern), aber auch die Energieabhängigkeit Chinas spielt eine große Rolle. Sein Energieverbrauch ist stark gewachsen.
2014 ist das Land zu 60 Prozent seines gesamten Energiebedarfs auf Importe angewiesen. Seit 2013 forciert Staatschef Xi Jinping das Mammutprojekt „Neue Seidenstraße", auch schön geredet als „One Belt, One Road" (Ein Band, Eine Straße), das seit Ende 2017 konkret wird. Es ist das größte Infrastrukturprogramm weltweit.

24 monde-diplomatique.de/artikel/!451156, 13.09.2013
25 labournet.de/internationales/tunesien/arbeitskaempfe-tunesien/leoni/?cat=7563
26 monde-diplomatique.de/artikel/!451156, 13.09.2013
27 labournet.de/internationales/tunesien/soziales/die-tunesische-regierung-mit-versprechungen-und-polizeigewalt-proteste-gehen-weiter/?cat=8254
28 giz.de/de/weltweit/326.html, eingesehen Juli 2018

Ein Band, Eine Straße ist ein Geflecht aus Handelswegen, das in den nächsten Jahrzehnten gebaut werden soll. Diese Handelswege zu Land, zu Wasser und in der Luft werden die asiatischen, afrikanischen und europäischen Staaten miteinander verbinden.
Über Tausende Kilometer zwischen China und Europa: Straßen und Schienenstrecken, See- und Flughäfen, Kraftwerke, Pipelines und Logistikzentren in Pakistan, in Polen, in Spanien, von Ägypten nach Tunesien. Über 900 Mrd. US-Dollar will China in die „Neue Seidenstraße" investieren.

Durch strategische „Partnerschaften" entlang der Handelsrouten will China die eigene Wirtschaft schützen, sichert sich zugleich durch Kooperationsverträge Zugriff auf dringend benötige Rohstoffe und baut zukünftige Absatzmärkte auf.
Die Länder Nordafrikas, allen voran Ägypten und Tunesien, sind strategisch wichtige Partner bei diesem Mammutprojekt. Im Mai 2017 unterzeichnen die chinesische Entwicklungsbank und der tunesische Bankenverband ein Abkommen. Tunesischen Banken werden aufgrund dieses Abkommens Großprojekte für Infrastrukturmaßnahmen mit-, bzw. alleinfinanzieren, die dann selbstverständlich von chinesischen Baufirmen ausgeführt werden. Damit verbunden ist die Ansiedlung von chinesischen Produktionsbetrieben.
Bereits 2016 vergibt China **55 Mrd**. US-Dollar **Kredite** an 43 afrikanische Länder. Dabei geht es nicht nur um die Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten für die eigene Wirtschaft sondern auch darum, Handels- und Produktionsstützpunkte aufzubauen. [29]
Im Juli 2017 unterzeichnen die Volksrepublik und Tunesien auf dem **fünften Forum „Tunesien-China"** drei Vereinbarungen zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Ein Teil des Abkommens ist die Vereinbarung über den Bau einer Mega-Mall (riesiges Einkaufszentrum) in der Nähe der tunesischen Hauptstadt Tunis. Das geplante Einkaufszentrum, mit einer Fläche von 200 000 Quadratmetern hat einen Wert von 65 Mio. US-Dollar. Neben dieser unsinnigen Shopping Mall werden ein unsinniger Yachthafen und Golfplätze, Bankfilialen sowie Büro- und Wohngebäude gebaut. [30]

Klassenkämpfe

Im März 1937 **– unter französischer Kolonialherrschaft –** wird ein Bergarbeiterstreik blutig niedergeschlagen. Dabei werden 17 Bergleute getötet. 1978 entfaltet sich eine große Streikbewegung. Ein lokaler bewaffneter Aufstand führt zum Sturz des damaligen Staatspräsidenten. 1984 greifen die sogenannten Brot-Unruhen von **Gafsa** auf das ganze Land über. Anlass ist die Aufforderung des IWF (Internationaler Währungsfond), die Subventionen für Brot und Getreide zu streichen, so dass sich der Brotpreis verdoppelt.
Zur wesentlichen Vorgeschichte des tunesischen Aufstands gehören die Proteste und der Widerstand der ArbeiterInnen im Bergbaubecken von Gafsa. Das „Becken von Gafsa" im Südwesten Tunesiens ist eine Bergbauregion, in der hauptsächlich Phosphat gewonnen wird. In dieser Region kommt es immer wieder zu Streiks.
Die Bergarbeiter beteiligen sich aktiv an den landesweiten Streiks der 1970er und 80er Jahre. Mit Demonstrationen und Betriebsbesetzungen kämpfen die Kumpel gegen die miserablen Arbeitsbedingungen. Die zunehmende Mechanisierung und Automatisierung in den Bergwerken führt dazu, dass immer weniger ArbeiterInnen benötigt werden. In einer Region mit hoher Erwerbslosigkeit – trotz der Bedeutung des Bergbausektors.
Anfang 2008 wird öffentlich, dass neu ausgeschriebene Stellen nur per Korruption und Vetternwirtschaft vergeben werden. Es kommt bis Juni 2008 zu monatelangen Protesten und Auseinandersetzungen mit der Polizei und der Armee. Auch die Gebäude des Gewerkschaftsverbandes UGTT werden besetzt.
Aus den Streiks der Kumpel entwickelt sich eine breite Massenbewegung, die sich gegen soziale Ungerechtigkeit, Perspektivlosigkeit und Umweltzerstörung richtet.
Im Dezember 2008 flammen die Proteste aufgrund der skandalösen Gerichtsprozesse gegen AktivistInnen erneut auf. [31]

29 maghreb-post.de/finanzen/china-finanziert-projekte-in-tunesien/

30 maghreb-post.de/wirtschaft/tunesien-china-unterzeichnen-wirtschaftsabkommen-bau-einer-mega-mall/

31 RÄNKESCHMIEDE, „Texte zur internationalen ArbeiterInnenbewegung: Der Arabische Frühling in Tunesien und Ägypten", tie – Internationales Bildungswerk e.V., Nr. 21, Dezember 2012,

Im **Dezember 2011** streiken die ArbeiterInnen in wichtigen Industrie- und Dienstleistungsbranchen. Die Streiks werden zerschlagen.
Im **April 2012** protestieren Erwerbslose. Die Polizei geht mit massiver Gewalt gegen Erwerbslosen-Demonstrationen vor. [32]
Dezember 2012: 3 000 ArbeiterInnen, vor allem Putzkräfte, streiken beim staatlichen Energiebetrieb STEG für ihre Übernahme.
Januar 2013: Streiks, Proteste, Demonstrationen im ganzen Land. In der staatlichen Zellulosefabrik von Kasserine streiken rund 800 ArbeiterInnen und etwa 1 800 SaisonarbeiterInnen. Sie werden „aus Sicherheitsgründen" von der Armee vom Werksgelände vertrieben.
In Ben Arous organisieren Bauarbeiter und Beschäftigte nach dem „mecanisme 16" (ein spezielles Arbeitsbeschaffungsprogramm) Sit-ins. Die Bauarbeitergewerkschaft in der UGTT fordert gemeinsam mit ihnen die systematische Abschaffung der Sonderbeschäftigungsformen – in der Regel zu Niedriglohn. Der Streik endet mit einem Sieg für die ArbeiterInnen.
Der Gewerkschaftsbund schließt ein Abkommen, das vorsieht, 30 000 ArbeiterInnen, die bisher im öffentlichen Dienst prekär beschäftigt waren, als reguläre Beschäftigte zu übernehmen – und dies soll für alle künftig befristet eingestellten ArbeiterInnen spätestens nach einem Jahr Beschäftigung gelten. [33]
Zwei Jahre lang führen GewerkschafterInnen eine Auseinandersetzung beim Airbus-Zulieferer Latelec in Tunis. Im März 2013 werden zehn GewerkschafterInnen entlassen. Doch der Kampf geht weiter. Im Februar 2014 führen die entlassenen GewerkschafterInnen einen langen Arbeitskampf, an dessen Ende ein mehrwöchiger Hungerstreik steht.
Am 12. Februar 2014 beginnen 50 KollegInnen (der über 300) einen Teilstreik, der trotz aller Einschüchterungen positiv bewertet wird. Zehn Tage später, am 22. Februar, beschließt die UGTT einen betrieblichen Streik. Sieben der im März 2013 entlassenen zehn GewerkschafterInnen müssen wieder eingestellt werden, drei erhalten die geforderten Entschädigungen. [34]
Seit **2015** wird Tunesien von einem enormen Anstieg von Protesten überrollt. Mit der immensen Welle von Erwerbslosenprotesten, Blockaden von Straßen und Eisenbahnschienen werden **2016** sogar die Protestzahlen der Revolte von 2011 übertroffen. [35]
Im **April 2017** veranstalten mehr als 1 200 DemonstrantInnen in Südtunesien einen Sitzstreik auf den größten Ölfeldern Tunesiens in der Sahara. Der Streik wird auch in anderen Städten unterstützt, ein Protestcamp errichtet.
Gefordert werden 350 neue Arbeitsplätze bei den Ölgesellschaften und die Schaffung eines regionalen Investitionsfonds für gesellschaftliche Strukturen. Ebenso die Ablösung des Gouverneurs der Region. Die Regierung lehnt ab, Präsident Beji Caid Essebsi befiehlt den Einsatz von Militärkräften zum Schutz der Ölfelder. Dabei wird ein Demonstrant ermordet.
Da die Proteste nach über einem Monat weder durch polizeiliche Maßnahmen noch durch den Einsatz des Militärs unterdrückt oder gar beendet werden können, unterzeichnet die tunesische Regierung gezwungenermaßen ein Abkommen mit VertreterInnen der

regionalen Bevölkerung, in dem die beiden wesentlichen Forderungen erfüllt werden. Die Zusage verspricht 1 500 neue Beschäftigungsverhältnisse. [36]
Im **Januar 2018** flammen erneut landesweite Unruhen und Proteste auf. In der Hauptstadt Tunis brennen Autoreifen und Müllcontainer. Westlich von Tunis besetzen DemonstrantInnen ein Behördengebäude. In der westtunesischen Stadt Thala wird ein großer und wichtiger Polizeiposten in Brand gesetzt. In mehreren Städten im ganzen Land gehen viele Tausend Werktätige auf die Straße.
Neben Preissenkungen für Grundnahrungsmittel for-

S. 33f – tie, „Arabischer Frühling"
32 tie, „Arabischer Frühling", S. 42
33 labournet.de/internationales/tunesien/arbeitskaempfe-tunesien/es-flackert-auf-uberall/?cat=7563
34 labournet.de/internationales/tunesien/arbeitskaempfe-tunesien/latelec-der-kampf-geht-weiter/?cat=7563

35 Prif Spotlight, peace research institute Frankfurt/Leibniz-Institut hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, „Stabilisierung durch Freihandel?", 3/2017 hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publikationen/Spotlight0317.pdf
36 labournet.de/internationales/tunesien/soziales/tunesien-erwerbslosenproteste/der-protest-in-suedtunesien-wurde-mit-einem-katalog-an-versprechungen-beendet-wirtschaftsnahe-medien-kritisieren-kniefall-der-regierung/?cat=8254

dern sie eine soziale und medizinische Versorgung für Erwerbslose, staatliche Unterstützung für bedürftige Familien und einen Arbeitsplatz für mindestens eine Person pro Familie.
Die Bereitschaftspolizei startet einen Großangriff, Dutzende werden verletzt und fast 800 Menschen festgenommen. Ein Demonstrant stirbt – offiziell an den Folgen des Einsatzes von Tränengas – was weitere Proteste hervorruft. [37]
Die tunesische Regierung kündigt mehr Hilfen für Bedürftige an. Insgesamt sollen die Hilfsprogramme um umgerechnet rund 60 Mio. Euro aufgestockt werden, das betreffe rund 250 000 Familien. [38] Alles nur Tropfen auf den heißen Stein der Armut der großen Bevölkerungsmehrheit auf dem Land und in der Stadt.

Fazit:
Die tunesische ArbeiterInnenklasse, die werktätige Bevölkerung hat sich in ihrer Geschichte unermüdlich immer wieder gegen das System von Unterdrückung, Demütigung und Ausplünderung durch die eigenen herrschenden Klassen und den Imperialismus aufgelehnt. Revolten, Aufstände, Streiks.
Der deutsche Imperialismus ist massiv in das System der Ausbeutung in Tunesien involviert und weitet stetig seinen Einfluss aus. Menschen, die aufgrund der unerträglichen Lebensbedingungen fliehen, werden – sofern sie die Flucht überleben und in Deutschland ankommen – zum Großteil abgeschoben.
Um noch rigider mit tunesischen Geflüchteten umzugehen und keine Möglichkeit zuzulassen, Anträge auf Asyl zu stellen, wird von der Groko-Regierung hartnäckig daran gearbeitet, Tunesien zum „sicheren Herkunftsland" zu erklären.
Unsere Solidarität in Deutschland mit den von „unserem eigenen" Imperialismus ausgebeuteten Volksmassen, gilt es zu entwickeln und zu stärken. Dieses System muss abgeschafft werden!
Nicht nur weil hier in Deutschland Ausbeutung und Unterdrückung tagtäglich stattfindet, sondern weil weltweit in vielen abhängigen Ländern „unser" Imperialismus seinen Extraprofit macht, die Menschen in Not, Hunger, Krankheit und Armut hält und die natürlichen Lebensgrundlagen in diesen Ländern radikal vernichtet.
In den Betrieben, an den Arbeitsplätzen, Schulen und Unis schaffen wir ein Bewusstsein des proletarischen Internationalismus und setzen wir Zeichen!

37 dw.com/en/tunisia-hundreds-arrested-after-protests/av-42133693, Stand 12.01.2018
38 labournet.de/internationales/tunesien/soziales/die-tunesische-regierung-mit-versprechungen-und-polizeigewalt-proteste-gehen-weiter/?cat=8254)

Ägypten 2018
Auf die Rebellion folgte die brutale Konterrevolution
Interview mit Kija von der Informationsstelle Militarisierung

TA:
Was mich zuerst einmal interessieren würde: Ihr habt ja eine Ägypten-Gruppe gegründet, eine Soli-Gruppe, warum gerade Ägypten?

Kija:
Ägypten ist wichtig für uns – nach der Solidarität, die es mit den Protestbewegungen, mit den zahlreichen Gruppierungen in Ägypten, die nach dem Sturz von Mubarak bei den großen Massenprotesten im Jahr 2011 entstanden sind, also danach ist diese ganze Solidarität weggefallen. Und tatsächlich ist die Situation für regierungskritische Stimmen in Ägypten gerade so schlimm wie noch nie. Die internationale Solidarität ist gerade leider so schwach wie schon lange nicht mehr.
Aus diesem Grund wollten wir versuchen, anzuregen, Solidaritätsarbeit zu Ägypten zu machen oder zumindest darüber zu reden. Wir wollten auch die Kooperation Ägyptens mit der Bundesregierung kritisieren. Von der Bundesregierung kommen kaum kritische Worte. Während 2011, zumindest im Diskurs, noch so etwas wie Menschenrechte ein Thema war – ich möchte jetzt nicht sagen, dass je der Bundesregierung oder der EU die Menschenrechtslage in Ägypten besonders am Herzen gelegen hat – aber da hat man das zumindest noch benannt.
Man hat zumindest noch nach Außen hin gesagt, man möchte die demokratischen Prozesse in Ägypten stärken. Es ging von Anfang an natürlich lediglich darum, ein Mitspracherecht zu haben, praktisch die neuen Führungspersönlichkeiten und Parteien, die sich da herausbilden, kennenzulernen, um Einfluss auf sie zu nehmen.
Dieser Diskurs ist jetzt weggefallen. Es gibt jetzt den Militärdiktator Abd al-Fattah al-Sisi und über die Menschenrechtslage wird nicht mehr geredet.
Also ich denke nicht, dass die Interessen sich geändert haben, die waren immer die Gleichen, aber jetzt tut man noch nicht mehr einmal so, als hätte man tatsächlich ein Interesse an der Menschenrechtslage und deshalb denken wir, dass die Solidarität mit den regierungskritischen Stimmen in Ägypten gerade heute sehr wichtig ist.

TA:
Die Solidarität hat sehr abgenommen, verglichen mit der Zeit des sogenannten Arabischen Frühlings oder der Arabischen Rebellion, da war ja die Solidaritätsbewegung sehr viel größer. Was glaubst du, woran das liegt?

Kija:
Ja, ich denke, es sind viele Faktoren. Der erste Faktor, wenn es diese Massenproteste gibt, und diese positiven Geschichten und diese bekannten Gesichter vom Tahrir Platz, die man dazu hat, dann ist es, denke ich, weitaus einfacher, Solidarität zu üben. Es ist einfacher, solidarisch zu sein in einer Phase, in der absehbar ist, dass die Regierung gestürzt wird, als danach.
In Ägypten gab es viele Aktivistinnen und Aktivisten, die es sehr frustriert hat, zu merken, selbst wenn wir es schaffen, den Präsidenten zu stürzen und es danach Wahlen gibt, dann ist nicht gesagt, dass es danach demokratischer wird. Das hat man auch gesehen mit Präsident Mohammed Mursi, der sich praktisch immer mehr Rechte zugeschrieben hat.
Danach – mit dem Militärputsch – hat man dann auch gesehen, dass es auch andere Länder gibt, die sehr wohl die Zukunft von Ägypten mitformen wollen. Das bedeutet, dass man nicht nur praktisch gegen einen Präsidenten auf die Straße gehen muss, sondern im Endeffekt gegen Kapitalismus, gegen Neoliberalismus, gegen Neokolonialismus, und das ist etwas weitaus größeres.
In Ägypten ist es auch noch einmal schwieriger, weil das Militär – der ganze Militärapparat – im wirtschaftlichen Sektor als auch in der Politik so mächtig ist. Es geht nicht nur darum, nur einen Präsidenten zu stürzen, sondern es geht um einen grundlegenden Wechsel. Ich denke, sobald man merkt, dass es wirklich komplexer wird, ist Solidarität schwieriger.
Ein andere Faktor ist – es ist ja oft so mit Gruppen, die internationale Solidarität üben – dass die Solidarität oft Kampagnenform hat oder nur zeitweise ist. Danach werden die Kampagnen oder die Solidarität abgelöst von weiteren Faktoren:
Die letzten Jahre waren sehr wild und sehr frustrierend in verschiedenen Sektoren, was die Linke angeht. Z.B.: In Deutschland oder auch in Italien, ob das jetzt

die Austeritätspolitik in Italien ist oder ob das der Rechtsruck ist, oder ob das der Krieg in Syrien ist oder der Krieg im Jemen, der Krieg gegen Migrantinnen und Migranten... Ich denke, daran liegt es, dass die Solidarität abgenommen hat.

TA:
Du hast ja gerade gesagt, wie frustrierend die Situation gerade ist. Wie ist die Lage in Ägypten für Menschenrechtsorganisationen oder Opposition, oder auch für die Muslim-Bruderschaft?

Kija:
Das Problem ist, es gibt nicht wirklich Zahlen. Es gab Kollektive, die eine Liste von politischen Gefangenen zusammengestellt haben – das ist aber schon bald zwei Jahre her. Die Schätzungen liegen jetzt bei 60 000 politischen Gefangenen. Viele von den politischen Gefangenen sind politische Gefangene unter dem Vorwurf „Terrorismus".
Es ist ganz schwer herauszufinden, wer alles im Gefängnis ist. Es gibt unglaublich viele Entführungen, fast tagtäglich – auch von prominenten Persönlichkeiten. Es ist schwierig zu wissen, wo sind die Leute, sind sie entführt worden, sind sie in Gefangenschaft? Und dann ist es schwierig herauszufinden, was wirklich die Gründe sind.
Das passiert nicht nur im städtischen Raum – auch im ländlichen Raum. Und da sind manchmal gar keine Organisationen am Start, die das nachprüfen oder überprüfen. Deshalb wird eigentlich seit bald zwei Jahren mit der Zahl 60 000 hantiert. Es sind auf jeden Fall so viele, dass die Gefängnisse überfüllt sind.
Seit der Amtszeit von al-Sisi wurden rund 13 neue Gefängnisse gebaut. Es gibt Berichte von Menschenrechtsorganisationen, dass die Zellen so voll sind, dass es noch nicht einmal Platz gibt, dass alle gleichzeitig liegen und schlafen können, sondern dass man sich abwechseln muss, was horrende Vorstellungen sind. Erst jetzt gab es einen Bericht von Human Rights Watch, die darüber geschrieben haben, wie in Ägypten auch ganz strukturell Isolationshaft genutzt wird

Ägypten in Zahlen

Ägypten ist mit einer Mio. Quadratkilometern – ca. **dreimal so groß wie Deutschland** – das größte arabische Land und das **bevölkerungsreichste** Nordafrikas. In Ägypten leben 94,8 Mio. Menschen, in der BRD 82,4 Mio. Allerdings leben 99 Prozent aller ÄgypterInnen im Niltal und -delta. Ein Fünftel der Bevölkerung lebt im Großraum Kairo. Das Gebiet um Kairo – und Kairo selbst – gehört zu den am dichtesten besiedelten der Welt.
Knapp vier Mio. ÄgypterInnen leben im Ausland, v.a. in den Golfstaaten und Libyen, aber auch in Europa und in Nordamerika.
Im Süden und in den östlichen und westlichen Wüsten leben mehrere Völker:
Die **Nubier**, mit eigener Kultur und Sprache, sind vorwiegend im Süden. Im nördlichen Teil der östlichen Wüste und auf der Sinaihalbinsel siedeln mehrere **beduinische** Stämme. Sie bezeichnen sich selbst allerdings nicht als BeduinInnen, sondern als **Arab** (AraberInnen) im Gegensatz zu den Sesshaften (NichtnomadInnen), Al-hadar. In den Oasen der westlichen Wüste leben **Imazighen** (BerberInnen), die ihre eigenen Sprachen und Dialekte haben.
90 Prozent aller ÄgypterInnen sind Muslima, fast alle SunnitInnen, neun Prozent gehören der orthodoxen ägyptischen koptischen Kirche und ca. ein Prozent gehören anderen christlichen Konfessionen an.

Frauen und Rechte

Laut Global Gender Gap Report [1] belegt Ägypten von 144 untersuchten Länder den **Platz 134.**
Frauen werden psychisch und physisch gefoltert. Seit 2000 Jahren wird die Genitalverstümmelung (Female genital mutilation, FGM) praktiziert, begründet mit der notwendigen Zähmung des sexuellen Verlangens von Frauen, ästhetischen Aspekten und der Religion. Auch häusliche Gewalt und sexuelle Belästigung sind für Frauen in Ägypten an der Tagesordnung.

1 Der Global Gender Gap Report ist ein vom World Economic Forum 2017 erstellter Bericht, der die Gleichstellung der Geschlechter analysiert.

Die Erwerbslosigkeit bei Frauen ist mit über 27 Prozent mehr als dreimal so hoch wie die von Männern. 90 Prozent der erwerbstätigen Männer finden vor ihrem 30. Geburtstag eine Arbeit. Bei Frauen trifft das nur auf 15 Prozent zu. Nur ca. 23 Prozent aller ägyptischen Frauen über 15 Jahren sind überhaupt erwerbstätig.
(Alle Zahlen: liportal.de/aegypten/gesellschaft/, eingesehen Juli 2018)

Armut und Erwerbslosigkeit

Ägyptens EinwohnerInnenzahl hat sich in den vergangenen 30 Jahren fast verdoppelt. Etwa ein **Viertel** der Menschen (**also jede/r Vierte!**) lebt unterhalb der nationalen Armutsgrenze und etwa zwei Mio. Kinder zwischen fünf und 15 Jahren müssen arbeiten, um ihre Familien finanziell zu unterstützen.
Die offizielle Erwerbslosenquote der 15-64 Jährigen liegt bei 11,6 Prozent. Aber Erwerbslosigkeit in Ägypten ist vor allem ein Problem der Jugend. Die offizielle Erwerbslosenquote der 15-24 Jährigen liegt bei 33,1 Prozent.
(wko.at/statistik/laenderprofile/lp-aegypten.pdf, Stand April 2018)

als Folter. Es gibt Berichte über zahlreiche Verstöße in den Gefängnissen: Davon dass man keine Zahnbürste haben darf, dass man keine Bücher haben darf, dass es einem nicht erlaubt wird – selbst wenn man Besuchsrecht hat – den Besuch zu empfangen.
Abgesehen davon, dass den Verwandten oft gar nicht mitgeteilt wird, dass die Person in Haft ist. Diese Entführungen – das kann lange dauern, bis man das herausbekommt. Viele Angehörige suchen nach ihren Vermissten. Und es gibt Folter – körperliche und psychische.
Wie ist es heute, Dissens zu zeigen: Wenn man sich anschaut, wie die letzte Wahl am 4. April war, ist auch sehr beispielhaft dafür, wie al-Sisi allgemein gegen Opposition vorgeht. Er hat schon vor der Wahl diejenigen, die gegen ihn kandidieren sollten, eingeschüchtert oder auch verhaftet.
Es gibt einen prominenteren Vertreter des Militärs, Sami Anan. Er wurde aus dem Auto entführt. Er war in Kairo in seinem Auto und wurde bei Tageslicht aus seinem Auto herausgezogen und wurde dann verhaftet. Es gab eigentlich keinen Grund dafür. Das ist passiert kurz nachdem er verkündigt hat, dass er kandidieren möchte.
Es gibt einen anderen, den ehemaligen Premier-Minister von Ägypten, Ahmed Shafiq, der war selber in Dubai. Nachdem er zuvor bereits kandidiert hatte, bei den letzten Wahlen 2014, ist er danach in die Vereinigten Arabischen Emirate und hat da gelebt. Und aus Angst, er könnte kandidieren oder vielleicht gab es auch Gerüchte, die an al-Sisi herangetragen wurden, hat Dubai ihn an Ägypten deportiert und in Ägypten kam er in Haft.
Es gibt weitere Beispiele. Ein Nachfahre – ich glaube ein Enkel – von Anwar as-Sadat, dem Präsidenten vor Mubarak, der wurde auch eingeschüchtert und die Anhänger seiner Gruppe wurden eingeschüchtert, so dass er die Kandidatur zurückgezogen hat usw. usf. Die Liste ist lang.
Einige, die kandidieren wollten und die zum Boykott aufgerufen haben, denen wurde vorgeworfen, dass sie die Regierung stürzen wollen würden und es gab

Wirtschaft
Das nominale BIP [2] Ägyptens beläuft sich im Jahr 2017 auf geschätzte **193,7 Mrd.** US-Dollar. Zum Vergleich: Das nominale BIP Algeriens auf geschätzte **175,5 Mrd.** US-Dollar.
(cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/fields/2195.html#eg, eingesehen August 2018)
Das nominale **BIP je EinwohnerIn** liegt im Jahr 2017 bei geschätzten **2 501 US-Dollar**. Zum Vergleich: In Algerien bei geschätzten **4 225** US-Dollar.
(wko.at/statistik/laenderprofile/lp-aegypten.pdf, Stand April 2018)

Das **Wirtschaftswachstum** liegt 2018 bei geschätzt **4,1 Prozent,** die **Inflationsrate** 2017 bei geschätzt **26,8 Prozent.**
(cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/geos/eg.html)

Der **Dienstleistungssektor** ist der größte Wirtschaftssektor. Er trägt mit rund **49 Prozent** etwa die Hälfte zum BIP bei. Der **industrielle Sektor** trägt **37 Prozent** und der **Agrarsektor 11,2 Prozent** zum BIP bei.
Im **Dienstleistungssektor** arbeiten etwa **50 Prozent** der Erwerbstätigen, in der **Industrie 17 Prozent** und im **Agrarsektor 35 Prozent**. In den 1970er Jahren arbeiteten noch 90 Prozent aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft.

Industrie
Wichtige Industriezweige sind die Textilindustrie, die Nahrungsmittelverarbeitungs-, die Zement- und die Automobilindustrie.

Dienstleistung
Die Tourismusindustrie ist einer der wichtigsten Zweige des ägyptischen Dienstleistungssektors. Er steuerte nach Angaben der ägyptischen Zentralbank 2010 rund 11 Prozent zum BIP bei und erzielte rund 20 Prozent der Deviseneinnahmen. Etwa 12,5 Prozent aller Arbeitsplätze hingen direkt oder indirekt vom Tourismus ab. Weitere wichtige Dienstleistungszweige sind Handel, Transport und Bau.

Landwirtschaft
Die landwirtschaftliche Nutzfläche in Ägypten beträgt ca. 4 Prozent der gesamten Staatsfläche.

Rohstoffe
Ägypten verfügt über Erdöl, Erdgas, Eisenerz, Phosphate, Mangan, Sandstein, Gips, Talg, Asbest, Blei und Zink.
(liportal.de/aegypten/wirtschaft-entwicklung/, Stand Juni 2018)

Todesstrafe
Brutale Rekorde stellt das faschistische al-Sisi- Herrschaftssystem nicht nur in der willkürlichen Inhaftierung und grausamen Folter auf (siehe Interview), sondern auch bei der Verhängung der Todesstrafe und Hinrichtungen. Das Land steht auf Platz 3 der weltweiten Liste gefällter Todesurteile – gegen 402 Menschen im Jahr 2017. Ein Anstieg von 70 Prozent gegenüber 2016. Auf Platz 6 der Länderliste für 2017 landet Ägypten bei der Anzahl der vollzogenen Todesstrafen mit mindestens 35 hingerichteten Menschen.
(amnesty.at/media/2654/todesstrafen-statistik-2017_vollstaendiger-bericht.pdf)

2 Das BIP ist die Messgröße für das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft, ein Maß für ihre wirtschaftliche Leistung in einem Jahr. Es ist die Summe aller Waren, die in einem Land erzeugt wurden, und zwar unabhängig davon, von wem sie produziert werden. Allgemein kann man BIP als Gesamt Output bezeichnen.

nur einen einzigen Kandidaten gegen al-Sisi, und der ist Mitglied einer kleinen politischen Gruppe, die die Partei von Sisi unterstützt und hinter Sisi steht. Seine Kandidatur wurde erst zwei Tage vor der Wahl bekannt gegeben.
Man kann nicht von einer Wahl sprechen. Es gab eine Form von Widerstand von vielen ÄgypterInnen, auf die großer Druck ausgeübt wurde, dass sie unbedingt wählen müssen. Sisi wollte sich nicht blamieren mit einer niedrigen Wahlbeteiligung, so gab es viel Druck und Einschüchterungen, wodurch man die Leute dazu getrieben hat, in die Wahllokale zu gehen. Viele sind hingegangen und haben so getan, als würden sie wählen. Aber auf vielen der Stimmzettel wurde gar nicht abgestimmt.
Es wird diesen vielen Organisationen schwer gemacht, sich zu finanzieren. Es heißt, um den Terrorismus zu bekämpfen will man die Finanzierung aus dem Ausland überprüfen, und das ist an die Nichtregierungsorganisationen gerichtet. Viele haben nicht mehr eine Grundlage, wie sie sich finanzieren sollen. Andere wurden auch geschlossen.
Es gibt EL Nadeem. Das ist eine Organisation, die sich um Folteropfer kümmert. Der wird es ebenfalls schwer gemacht, zu arbeiten. Einerseits, indem es ihnen nicht mehr möglich gemacht wird, Finanzierung von außen zu bekommen. Andererseits, indem sie politische Repressionen erleiden.

China und Ägypten – eine ganz spezielle Beziehung

Beide Länder haben 2014 ihre politischen und Handelsbeziehungen zu einer „umfassenden Partnerschaft" ausgebaut. Das Handelsvolumen zwischen Ägypten und China belief sich von Januar bis Juni 2017 auf 5,18 Mrd. US-Dollar. Die Neue Seidenstraße wird das Handelsvolumen zwischen Ägypten und China noch weiter erhöhen. Bisher hat Ägypten Verträge mit chinesischen Firmen unterzeichnet, um ein Kraftwerk, eine Wasserentsalzungsanlage und eine Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Kairo und Alexandria bauen zu lassen. Zudem soll China den Suez-Kanal ausbauen als Teil der maritimen Seidenstraße. Ägyptens Präsident Sisi und Chinas Kollege Xi Jinping unterzeichneten im März diesen Jahres zwei Abkommen. Eines für den Bau eines elektrischen Zuges im Wert von 739 Mio. US-Dollar. Das andere beinhaltet, dass Ägypten 45 Mio. US-Dollar in den zweiten Fernerkundungs-Erdbeobachtungssatelliten (SAT 2) der russischen RSC Energia investiert.
Darüber hinaus ist Ägypten der größter Waffenabnehmer Chinas in Afrika.
(deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2018/03/18/neue-seidenstrasse-chinas-stabilisiert-muslimische-laender/ Stand 13.03.2018)

Wenn wir uns die Muslim-Bruderschaft anschauen. Im August 2013 wurden mehr als 1 000 Menschen in Kairo erschossen bei einem Sit-In auf dem Rābiʿa-al-ʿAdawiyya-Platz in Kairo. Kurz danach wurde die Muslim-Bruderschaft als terroristische Organisation eingestuft.
Das war die Partei, die den ersten demokratisch gewählten Präsidenten in Ägypten gestellt hat. Klar, man kann die Muslim-Bruderschaft kritisieren. Ich kritisiere sie auch, einerseits steht sie wirtschaftlich für Neoliberalismus und andererseits hat Mursi die ÄgypterInnen, die die Revolution gemacht haben, stark enttäuscht, indem er sich immer mehr Rechte zugeschrieben hat. Aber es ist die Stimme von der Opposition. Es ist schwierig für die Muslim-Bruderschaft, politisch zu agieren.
Es wurden im Laufe der Amtszeit von Sisi mittlerweile mehr als 80 Online-Nachrichtenseiten gesperrt, die jetzt nicht mehr zugänglich sind von Ägypten aus. Eine ganz wichtige und progressive ist Mada Masr. Aber die progressiven Leute haben jetzt angefangen, eine politische Satire-Show zu machen, die heißt Großer Bruder. Und es ist schön zu sehen, wie sie sich neu erfinden und nicht aufgeben, obwohl alle von ihnen ein starkes Risiko in Kauf nehmen müssen, verhaftet zu werden.
Es sind offiziell 17 Journalisten in Haft. Im Mai dieses Jahres wurde einer der letzten Journalisten, Ismail Alexandrani, die aus dem Sinai berichtet haben, verurteilt. In Sinai wurde ein Media-Blackout auferlegt, da dürfen keine Journalisten rein, Stimmen aus Sinai werden zensiert, es ist ganz schwer, Informationen darüber zu erhalten.
Ismail Alexandrani war zwei Jahre in Untersuchungshaft und wurde jetzt zu zehn Jahren verurteilt, für das Verbreiten von falschen Nachrichten, Rufmord am Staat und Verunglimpfung. Muhamed Sabry, der auch zu Sinai geschrieben hat, ist ins Exil gegangen, da er zu viel Repression erfahren hat.

TA:
Du hast vorher schon mal den Kampf gegen den Neokolonialismus erwähnt, den Kampf gegen Kapitalismus. Welche Interessen hat Deutschland an Ägypten? Klar, Ägypten ist einer der größten Waffenkäufer. 2016 waren Algerien und Ägypten die größten Waffenabnehmer von Deutschland.

Kija:
Ich denke, wichtiger als Waffenexporte sind die geostrategischen und geopolitischen Interessen. Ägypten ist verflucht, weil es am Suez-Kanal liegt.
Es gab ja bereits einen Krieg in den 1950ern, als Ägypten den Suez-Kanal verstaatlicht hat. Es ist im Inter-

esse aller großen Exportnationen, dass der Zugang zum Roten Meer und zum Mittelmeer – vom Indischen Ozean bis in den Atlantik – sichergestellt werden muss.
Deshalb haben wir diese ganzen Missionen gegen Piraterie am Horn von Afrika. Deshalb gibt es jetzt auch immer mehr Militärbasen in Dschibuti, an der Meerenge bei Bab al-Mandab.
Es wäre der Albtraum aller großen Exportnationen, wenn Ägypten eine demokratische Regierung hätte, die selber entscheiden könnte, was die Schiffe zahlen müssen, um durch den Suez-Kanal zu fahren, oder Bedingungen auferlegen könnte usw. Ich glaube, das ist ein ganz großer Punkt: Der Suez-Kanal muss offen für die Exportnationen sein. Die Sicherheit für die Waren muss gewährleistet sein.
Der Suez-Kanal wurde jetzt ausgebaut. China ist z.B. interessiert daran, diese Infrastrukturmaßnahmen mit zu finanzieren. Es sollen ein Logistik-Hafen und ein Industrie-Zentrum entstehen, was das alles noch interessanter und profitabler macht.
Ein weiter Grund ist: Vor wenigen Tagen hat Volker Kauder, CDU, die demokratischen Prozesse, die Entwicklungen, die Ägypten durchmacht, die gute Kollaboration in der Bekämpfung von illegaler Migration und Terrorismus gelobt. Er hat gesagt, *„Ägypten ist und bleibt als größtes arabisches Land der Schlüssel für Stabilität in der Region“*.
Ich denke, das ist recht bezeichnend. Ägypten ist interessant für die Bundesregierung in der Zusammenarbeit mit einer Regierung in Ägypten, die darauf hört, was der Westen sagt, weil das Land in starken Abhängigkeiten steht. Das ist nicht nur für die Bundesregierung interessant, sondern auch für die EU insgesamt und auch für die USA und weitere Staaten.
Ägypten ist das bevölkerungsreichste arabische Land. Ägypten war auch schon mal tonangebend für Befreiungsnationalismus – den ich nicht romantisieren möchte. Aber es gab auch andere Winde, die in Ägypten geweht haben.
So lange der wirtschaftliche Status quo herrscht, in dem Sinne: Man hat Eliten, mit denen man kollaborieren kann und die nicht unbedingt die Sanktionen der Bevölkerung befürchten müssen. Sie werden abgesichert durch Aufrüstung, Ausstattungen, Ausbildungen – auch in Aufstandsbekämpfung. Das ist ihnen wichtig.

TA:
Unter diesen Bedingungen hätten sie auch Mubarak behalten können. Mubarak steht ja für all das, was du gerade gesagt hast: Stabilität, Garant im arabischen Raum, dafür stand Mubarak ja auch.

Kija:
Aber im Endeffekt haben sie Mubarak gehalten. In dem Sinne, dass Mubarak als Person gegangen ist, aber was eigentlich dahinterstand, war die Macht des Militärapparats, und daran hat sich nichts geändert. Man hat ein Gesicht verloren, das war es. Aber die ganze Machtstruktur, die ganzen wirtschaftlichen Eliten, daran hat sich nichts geändert. Es war praktisch eine Entscheidung des Militärs zu sagen, o.k. Mubarak ist nicht mehr zu halten, und er war praktisch das Bauernopfer, das gefallen ist. Zudem hat sich mit der Entscheidung Mubaraks, seinen Sohn Gamal Mubarak, der im Gegensatz zu allen vorherigen Präsidenten nicht aus den Militärrängen kam, als seinen Nachfolger zu platzieren, ein Konflikt zwischen dem Militär und ihm aufgebaut. Diesen konnte das Militär mit dem Sturz Mubaraks leicht lösen. Aber es ist nicht so, dass sich mit dem Abgang von Mubarak etwas geändert hätte.

TA:
Das Militär hat ja relativ viel Macht in Ägypten. Es hat eigene Krankenhäuser, eigene Industriezentren –das hat sich im Laufe der Zeit so entwickelt. Das Militär galt bisher immer als Garant für Stabilität, seit der Suez-Kanal unter Nasser verstaatlicht wurde.

Kija:
Das war ein interessanter Moment in der Geschichte. Als die freien Generäle König Faruk stürzten, gab es einerseits Gamal Abdel Nasser und es gab Muhammad Nagib. Nagib war eigentlich die einflussreichste Person zu dem Zeitpunkt und wurde zum ersten ägyptischen Präsidenten ernannt. Er hatte gesagt, nach dem Sturz des Königs zieht sich das Militär aus den politischen Belangen raus und erlaubt eine parlamentarische Demokratie, aber Nasser setzte ihn daraufhin ab. Um sich von Anfang an die Macht zu sichern, hat er viel von den konfiszierten Ländern an die Generäle gegeben. So hat es angefangen.
Jetzt heißt es – es gibt auch da keine Statistik, weil es nicht erforscht werden darf, weil es eines der Tabu-Themen ist – es wird davon ausgegangen, dass das ägyptische Militär in 61 Prozent der Wirtschaft mit drinsteckt. Die stellen Makkaroni, Klopapier, ... her. Die haben Gewächshäuser, sie haben unglaublich viel Land.
Der ganze Landverkauf, von dem die Regierung entscheidet, dass es jetzt staatlich ist, das gehört dem Militär. Das ist ziemlich willkürlich. Dagegen gibt es auch immer wieder Proteste.
Jetzt wollen sie auch die Nil-Inseln räumen, auf denen seit Jahrhunderten Menschen leben und diese bewirtschaften. Sie leisten jetzt Widerstand. Die meisten

Bauunternehmen – das ist Militär. Diese ganzen Megaprojekte von Sisi dienen auch dazu, das Militär mehr an sich zu binden, weil die ganzen Unternehmen, die da mit drin stecken, sind vom Militär.
Ja, und sie können auch gut produzieren, weil in Ägypten ist der Militärdienst verpflichtend. Viele, die Militärdienst machen, verbringen so gut wie eigentlich keine Zeit in der Kaserne, weil sie dann in diesen Fabriken des Militärs arbeiten und nicht bezahlt werden. Das wird als Militärdienst gesehen. D.h. man hat eine kostenlose Arbeitskraft.

TA:
Stichwort China: Du hast gerade gesagt, dass China auch Interesse hat an dem neuen Hafen und die Infrastruktur drum herum mit aufbaut. China verwirklicht Megaprojekte in Tansania, in Südafrika – China ist stark auf dem afrikanischen Kontinent und hat auch Militär stationiert in Dschibuti in Konkurrenz zu den anderen Mächten. Wie siehst du das? Weißt du, welchen Einfluss China auf Ägypten hat, wie wirkt sich der Einfluss aus auf wirtschaftlicher Ebene?

Kija:
China finanziert jetzt Megaprojekte mit. Ägypten plant ja auch den Bau einer neuen Hauptstadt. Das ist ein Milliardenprojekt. Es ist größenwahnsinnig, kann man fast schon sagen. Vor allem wenn man bedenkt: Mit den ganzen Streichungen von Subventionen, der hohen Inflation usw. usf.
Viele Menschen wissen tatsächlich nicht mehr, was sie essen sollen. Dass man dann diese Megaprojekte realisiert. Und eines von diesen ist dieses unnütze neue Hauptstadt-Projekt, an dem auch Deutschland groß mit beteiligt werden soll und eben auch China.

85 Prozent der Kosten von diesen drei Milliarden, die für einen Teil vorgesehen sind, sollen von China geleistet werden.
Dieser Teil soll auch von einem chinesischen Unternehmen gebaut werden. Es sind praktisch Kredite, die innerhalb von wenigen Jahren zurückgezahlt werden müssen und die dadurch auch noch ein chinesisches Unternehmen finanzieren.

TA:
Wenn China die neue Seidenstraße baut, ist Ägypten auch Teil davon.

Kija:
Allein der Suez-Kanal ist auch für China von großer Bedeutung, als ebenfalls große Exportnation. Seit den 1990ern haben die Beziehungen zwischen China und Ägypten zugenommen, und in den letzten Jahren wurden sie intensiviert.

TA:
Die alte Kolonialmacht England. Zieht die sich aus Ägypten zurück?

Kija:
Von England kriegt man zum Thema Ägypten gerade tatsächlich nicht allzu viel mit. Es gab einige Proteste dort, vor allem seit Giulio Regeni umgebracht wurde, ein italienischer Politikwissenschaftler, der in Cambridge studiert hat. Es gab viele Demos an den Universitäten und in London bei dem Besuch von Sisi. Aber unter den Ländern, die groß im Waffengeschäft in Ägypten mitmachen, sticht vor allem Frankreich hervor und natürlich die USA, die einen großen Einfluss auf Ägypten haben.

TA:
Welches Interesse hat Ägypten daran, sich am Krieg im Jemen zu beteiligen?

Kija:
Ägyptens Wirtschaft steht vor dem Kollaps. Sisi könnte sich nicht an der Macht halten, wenn er nicht ständig neue Kredite aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten bekommen würde. Eigentlich ist es seit Jahrzehnten so, aber nochmals verstärkt seit 2007/2008 mit der Finanzkrise.
In vielen Projekten hat Saudi-Arabien Kapital aus europäischen Ländern abgezogen, aus Ländern, die massiv von der Krise betroffen waren, und hat das Kapital in den arabischen Ländern investiert – vor allem in Ägypten.
Die ägyptische Wirtschaft ist von saudi-arabischen Sponsoren und Unternehmen kaum zu trennen. Sisi

hat persönlich für seine Regierung – wie viel er davon in die eigene Tasche steckt, weiß man nicht – aber er hat sehr viel Geld bekommen von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten.
Der Krieg im Jemen, dabei trägt Saudi-Arabien zwar die Hauptverantwortung, aber Ägypten beteiligt sich, und die Welt sieht weg.

TA:
Sisi wollte die strategisch wichtigen Inseln Tiran und Sanafir im Roten Meer an Saudi-Arabien verschenken bei einem Besuch des saudischen Königs Salman in Ägypten Anfang April 2016.

Kija:
Da gab es starke Proteste und letztendlich hat sogar ein Gericht in Ägypten sich getraut zu sagen, das darf man nicht, das geht nicht. Es gab daher kurzzeitig Spannungen zwischen Ägypten und Saudi-Arabien.

TA:
Nun will Saudi-Arabien das Megaprojekt „Neom" starten. 265 000 Quadratkilometer ist das Gebiet und liegt im Nordwesten von Saudi-Arabien, in direkter Nähe zu Jordanien und Ägypten. Auch die beiden Inseln Tiran und Sanafir werden zu „Neom" gehören. Eine Brücke soll gebaut werden, die über Tiran über das Rote Meer bis auf das ägyptische Festland reicht und damit Asien und Afrika verbinden soll. Da soll eine mega innovative Digital-Industriezone mit Forschungseinrichtungen usw. usf. entstehen. Ein ehemaliger Siemens-Chef ist als Geschäftsführer eingestellt.

Kija:
Saudi-Arabien soll auch einen Militärstützpunkt errichten dürfen. Neom liegt am Golf von Akaba, am Sinai. Dort wollen sie nicht nur diese innovative Stadt bauen, sondern sie wollen Präsenz im Roten Meer haben. Es ist gerade sehr „en vogue", eine Militärbasis am Roten Meer zu haben. Das haben jetzt fast alle großen Staaten: Die USA, Frankreich, China, Spanien, Japan, Italien und natürlich die Bundesregierung. Sie haben ihre Soldaten zumindest zeitweise in einem Fünf-Sterne-Hotel, dem Sheraton untergebracht. Es gibt dort eine sehr hohe Militärdichte.
Die Türkei in Somalia, die Vereinigten Arabischen Emirate in Eritrea, Dschibuti, Somalia und Somaliland. Sie haben Pachtverträge für Militärbasen dort abgeschlossen, trainieren die örtliche Polizei...

TA:
Das Rote Meer ist ein strategisch wichtiger Punkt.

Kija:
Ja, es gibt gerade einen Wettlauf, um Seekontrolle und strategische Einflussgebiete.

TA:
Welche Rolle spielt Ägypten in der Flüchtlingsabwehr?

Kija:
Ägypten ist von der Bundesregierung zum Partner im Kampf gegen Terror und Migration ernannt worden. Erhält dafür Ausbildung und Ausstattung.
2017 wurde ein neues Abkommen beschlossen, das jetzt noch weiter austariert wird, was dieses Abkommen alles beinhalten soll. D.h. es scheint, dass Ägypten eine Liste an die Bundesregierung gegeben hat mit den ganzen Sachen, die es gerne hätte, und die Bundesregierung entscheidet, was das Land bekommt und was nicht.

Was geplant ist, dass es praktisch Delegationsreisen gibt von Polizeioffizieren nach Deutschland, die hier Fortbildungen machen. Es geht darum, dass man einerseits zusammenarbeitet in der Bekämpfung von Schmuggel – es geht hier um Menschenschmuggel. Es ist bereits so, dass auf Druck der Bundesregierung und der EU Ägypten Migration illegalisiert hat – seit 2015 ist es praktisch gesetzwidrig, ohne gültige Dokumente sich durch das Land zu bewegen oder auch Menschen zu transportieren ohne gültige Dokumente – also vom Busfahrer zum Schmuggler.
Es wurde bereits Ausstattungshilfe geleistet u.a. Fingerabdrucklesegeräte, um feststellen zu können, welche Staatsangehörigkeit die Person hat, damit man das Abschiebehindernis der Nichtfeststellbarkeit der Staatsangehörigkeit aus dem Weg räumen kann. 70 Prozent aller Fälle von den Personen, die man gerne abschieben möchte, kann man nicht abschieben, weil man die Staatsangehörigkeit nicht nachweisen kann.

In der Polizeizusammenarbeit von 2014 bis jetzt, hat das BKA Schulungen gegeben in Internetauswertungen. Und es ist rausgekommen, dass eben dieses Wissen genutzt wurde, um in den sozialen Medien Profile von Leuten zu durchforsten, um zu verstehen, wer politisch Dissens äußert, und auch wer homosexuell ist.

Ägyptens Strategie vom Sicherheitsapparat ist: Man gaukelt den Menschen immer vor, für Ordnung zu sorgen und puscht auf diese konservativen Vorstellungen, dass die ägyptische Staatspolizei praktisch für die Ordnung in der Gesellschaft sorgt und die, die dann darunter leiden, sind oft dann eben Personen aus dem Rotlicht-Milieu oder eben auch Menschen, die nicht heterosexuell orientiert sind. Das wird dann groß aufgezogen, um zu sagen, „schaut wie die ägyptische Polizei sich für die Aufrechterhaltung unserer Werte in unserer Gesellschaft kümmert". Ägypten hat unter Sisi

noch einmal die Repressionen gegen homosexuelle Menschen ausgeweitet.

Was jetzt weiter geplant ist im Kampf gegen Migration und Flucht, ist die Errichtung von einer Art Büro – das soll die GIZ (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) machen im Auftrag vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die sollen ein Deutsch-Ägyptisches-Zentrum für Jobs, Migration und Reintegration machen. Das ist ein Gebäude, aus dem einerseits Kommunikations-Kampagnen organisiert werden, damit Menschen nicht übers Mittelmeer fliehen. Das ist sowohl an Ägypten als Transit- als auch als Herkunftsstaat gerichtet. Man will zudem die „Rückkehr erleichtern".

Also wenn Deutschland abschiebt, soll Ägypten die Menschen aufnehmen. Nach außen hin soll dieses Zentrum so eine Art „freundliches Gesicht" geben, dass man sagen kann, aber guckt, wir machen doch was gegen Fluchtursachen, wir haben hier dieses Zentrum für Jobs. Sie wollen auch versuchen, dort Ausbildungen anzubieten, sie zu beraten, wie sie an Job kommen können.

Aber das Problem von Ägypten ist ja nicht, dass ihnen eine Art Arbeitsagentur fehlt. Aber das wird eben dargestellt.

Zum Abkommen zur Migration: Einerseits geht es darum, dass man Migration als Schmuggel bekämpft, dass man Rückführabkommen abschließt, dass man das Ablegen von Booten an der Küste sicherstellt und dass man verhindert, dass Menschen ohne gültige Papiere vom Süden nach Ägypten reinkommen.

Ägypten ist auch Teil von dem Khartoum-Prozess, der von der EU aufgestellt wurde. Die Länder, die an dem Prozess beteiligt sind, sollen verhindern, dass die Menschen nach Libyen kommen, wenn man Libyen nicht unter Kontrolle bekommt. Da macht Ägypten mit.

Sie bekommen da z.B.: Von Italien eine Polizeiakademie. Ägypten ist sehr wichtig im Kampf gegen Migration. Und das, obwohl man weiß, dass die ägyptische Küstenwache wiederholt „shoot to stop" benutzt hat. So nennt man das, wenn ein Boot ablegt und man schießt auf das Boot und nimmt in Kauf, dass die Menschen auf dem Boot sterben, um sie aufzuhalten. Das ist mehrmals vorgekommen. Da gibt es verschiedene Menschenrechtsorganisationsberichte dazu.

Das hat auch viele Menschen aus Syrien betroffen, die eine Weile versucht haben, über Ägypten nach Europa zu kommen.

Aus Ägypten betrifft es meistens Minderjährige, weil sie noch eine bestimmte Chance haben, in Europa ein Recht zu haben, weil sie als Ägypter nur schwer Asyl bekommen. Und wenn man sich anschaut, was in Sinai passiert, da gibt es den sogenannten Krieg gegen den Terror. Da gibt es sehr viele Luftschläge von denen hier kaum berichtet wird. Diese Route ist auch nicht mehr möglich.

Früher war es eine der Routen, die man genommen hat, um von Eritrea, Äthiopien oder Sudan durch Ägypten und durch den Sinai nach Israel zu gelangen. Im Sinai ist Krieg und für die Menschen auf der Flucht ist es nicht mehr möglich diesen Weg zu nutzen. Und auf dem anderen Weg mit der Küste wird „shoot to stop" angewandt. Es gibt keine Kritik daran.

Im Gegenteil: es gibt Bekräftigung darin. Volker Kauder hat in seinem schönen Interview vor kurzem auch gleich gelobt, wie gut sie doch jetzt zusammenarbeiten, dass viel weniger Menschen aus Ägypten ablegen, dass das in der Migrationszusammenarbeit hervorragend funktioniere. Der Preis ist hoch.

Es gibt auch kaum noch eine Organisation, die sich einsetzt für z.B. sudanesische Migrantinnen und Migranten. Es gab eine, aber aus unterschiedlichen Grün-

den wurde sie auch geschlossen.
Man hat dieses Gesetz erlassen gegen die Finanzierung von NGOs von außerhalb. Andererseits ist es den Leuten auch zu heiß geworden, zum Teil. Es waren auch viele aus England, die da mitgemacht haben, bei dieser Gruppe. Es machen jetzt hauptsächlich noch kleine Kirchen etwas. Aber viel ist nicht geblieben.
In Ägypten gab es immer wieder große Skandale. 2009 oder 2010 haben Hunderte Menschen vor dem UNHCR-Büro in Giza protestiert. Die DemonstrantInnen wurden auseinander gejagt, Menschen erschossen, andere in der Wüste ausgesetzt. Es gibt kein Recht auf Asyl in Ägypten, es ist kein „sicherer Drittstaat" für die Menschen.

TA:
Es war einmal der „Arabische Frühling", jetzt sieht es mehr wie ein „Arabischer Winter" aus. Nicht nur in Ägypten sondern auch in Tunesien. Dort sind vielleicht minimale Verbesserungen erkämpft worden. Gibt es die Hoffnung, dass in den nächsten Jahren die Oppositions-Bewegungen oder widerständige Bewegungen die Volksaufstände wieder aufleben lassen?

Kija:
Sagen wir es so: Ich denke nicht, dass Sisi sich halten kann. Also, vielleicht will ich da auch nur optimistisch sein. Aber ich denke, es gibt so viele Punkte auch, wo man sieht, dass er sich dessen bewusst ist, wie instabil seine Macht ist. Z.B. gab es jetzt diesen Trend, dass in Ägypten so Schlüsselanhänger verkauft wurden. Und du hast dann diesen silbernen Kranz, den du an deinen Schlüssel machst. Daran sind zwei Fäden und an jedem dieser Fäden ist ein Bällchen. Und das wurde als Sisis Eier bekannt und so verkauft. Er hat von mehr als 1 475 Straßenverkäufern diese Dinger konfisziert. Und es war eine Riesen-Kampagne, und alle haben darüber gelacht, außer die Leute, von denen es konfisziert wurde – es war ja ihr Einkommen. Aber es zeigt, wie verletzlich er ist.
Seine Macht ist nicht stabil – er ist sich dessen bewusst. Deshalb benutzt er so viel Repression. Darauf ist seine Macht aufgebaut. Sollte er auch die internationale Unterstützung, die er bekommt – auch von der Bundesregierung – auf der politischen Weltbühne verlieren, dann stürzt er auch. In Ägypten ist seine Macht nicht stabil. Er hatte schon einmal befürchtet, dass es einen Staatsstreich gegen ihn geben wird und hat Generäle festnehmen lassen.
Er hat vor kurzem auch noch einmal die wichtigsten Posten austauschen lassen. Er traut auch seinen engsten Kreisen nicht. Es gibt trotz der großen Repression ständig Demonstrationen in Ägypten.
Es gab Demonstrationen, als die Pensionen gestrichen wurden und der Preis der Metro-Tickets hochgegangen ist – was ein Desaster ist für Menschen, die in der Metropole Kairo wohnen, wo man Stunden damit verbringen kann, von einem Ort zu einem anderen zu kommen. Es ist eine der größten Städte Afrikas – wenn nicht sogar der Welt – mit mehr als 20 Millionen EinwohnerInnen. Das ist eine krasse Maßnahme, da die Metro-Preise zu erhöhen.
Es wurden zehn der wichtigsten Personen, die man irgendwie ausgemacht hat festgenommen, aber die Proteste sind überall, an verschiedenen Punkten aufgepoppt und sind nicht gut zu kontrollieren.
Es gibt weiterhin zahlreiche kleine Proteste und auch Streiks. Ich glaube, es war der Innenminister, der gesagt hat, dass in Ägypten keine Streiks geduldet werden und auch keine Proteste, sondern nur legale Formen des Dissens möglich seien. Er hat Proteste illegalisiert und kriminalisiert.

Heidelberg Zement hat eine Fabrik in Ägypten, da wurde gestreikt – das Militär kam und hat geräumt. Aber es wird trotzdem gestreikt, protestiert und demonstriert. Es gibt nicht mehr diese Massenproteste, wie die von 2011. Aber ich glaube, neue Formen werden sich entwickeln und darauf bin ich auf jeden Fall gespannt. Aber es brodelt – und Sisi weiß das.

TA:
Dann hoffen wir mal, dass dein Optimismus auch eintrifft.
Zum Abschluss: Möchtest du noch etwas ergänzen?

Kija:
Es ist zwischen der EU – vor allem Deutschland und Frankreich – und Ägypten eine militärische Zusammenarbeit geplant. Es gibt sie zwischen polizeilichen Geheimdiensten und militärische Zusammenarbeit. Das alles hat einen sehr kolonialen Ansatz, man sagt: Wir bringen es denen bei, die wissen nicht, wie man

ordentlich Untersuchungen macht, die denken nicht strategisch, die sind nicht kompetent, die sind nicht operativ und strategisch nicht kompetent.
Wir müssen vielleicht noch mehr darüber reden, in wie vielen Ländern, das der Fall ist, dass der Sicherheitsapparat aufgeplustert wird, was das für Folgen hat und wie das demokratische Entwicklungen unterbindet und wie das auch „unsere" Polizei verändern wird.
Ich habe neulich mit einem Bundespolizisten gesprochen – ja das passiert, ich habe mich dumm gestellt – und habe gefragt, wo er denn alles so im Einsatz sei, ob das nur hier lokal wäre. Und dann hat er gemeint „nein, die Bundespolizei ist deutschlandweit im Einsatz, was sag ich WELTWEIT."
Das ist auch so eine „Re-Kolonalisation", die da stattfindet. Ich denke, es ist wichtig, sich solidarisch zu zeigen mit den regimekritischen Stimmen in Ägypten und zu sagen, dass das, was die Polizei dort macht und das, was das Militär im Sinai macht, dass das nicht geht und dass da keine Zusammenarbeit passieren darf.

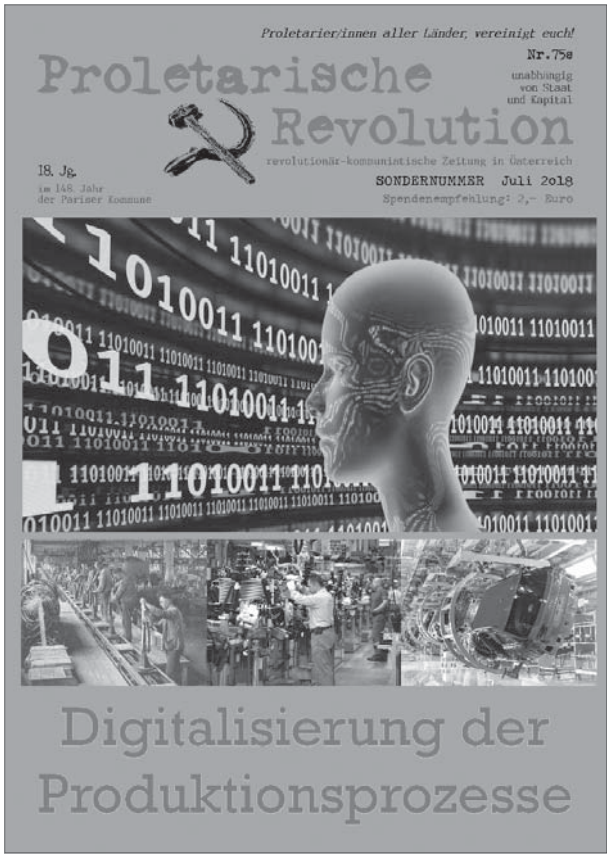
TA:
Da ist Solidarität natürlich total gut. Es ist auch gut, dass ihr die Gruppe gegründet habt. Ich denke, dass wir natürlich hier in Deutschland in erster Linie dagegen ankämpfen und sagen müssen, hey Leute unsere Regierung steckt mittendrin. Wir müssen hier kämpfen.

Kija:
Es wäre bestimmt auch spannend herauszufinden, wenn sie diese Delegationsreisen haben, wo die stattfinden, weil es durchaus Orte von Protest sein können.

TA:
Sisi war doch vor einigen Jahren in Berlin, da gab es kaum Proteste.

Kija:
Stimmt. Es gab eine Journalistin, die selber Ägypterin war, die gerufen hat, er sei ein Mörder. Die wurde dann raus gebracht. Es gab keine Proteste. Sisi wurde mit rotem Teppich, mit militärischen Ehren im Schloss Bellevue empfangen.
Aber ich hoffe, wenn sie wieder zu Besuch kommen, dass das auf jeden Fall nicht so laufen wird.

TA:
Vielen Dank für das Interview.



Inhalt

Vorwort 3
Zur Digitalisierung der Produktionsprozesse 5
1. „Digitalisierung" - Hoffnungsschimmer und Kampfparole des Kapitals 5
Kasten: „Industrie 4.0" 7
2. Digitalisierung der Produktion: „Visionen", Phantasien und Fallbeispiele aus dem Reich der Realität 12
2.1. Beispiel Stahlindustrie 14
2.2.Kraftwerkstechnologie (Hydro) 16
2.3. Siemens Digital Factory 17
Kasten: Digitalisierung in der Bauwirtschaft 18
2.4. Zur Frage d. „individualisierten Massenproduktion" 19
Kasten: Nähroboter 19
3. „Digitale Revolution" - eine neue, vierte industrielle Revolution? 20
4. Durch Digitalisierung zu einer neuen Produktionsweise? 22
5. Zur Politischen Ökonomie der Digitalisierung 24
6. Digitalisierung - Mittel zur Überwindung von Stagnation und Krise? 26
6.1. Heilmittel Produktivitätswachstum? 27
6.2. Nachfrageschub wegen Digitalisierung? 28
6.3. Überwindung der Anarchie der Produktion ? 28
6.3.1. „Predictive Analytics" 28
6.3.2. „Prescriptive Maintenance" („Vorausschauende Wartung") 29
6.3.3. „On demand"-Fertigung 30
7. Was bedeutet die Digitalisierung für die Arbeiterklasse und den Klassenkampf? 32
7.1. Massenarbeitslosigkeit durch Digitalisierung? 34
Kasten: Studie Bonin/Gregory/Zierahn 35
7.2. Überwachung, Drangsalierung, Terrorisierung 39
7.3. Maximierung d. absoluten u. relativen Mehrwerts 39
7.4. Qualifizierte und unqualifizierte Arbeit 40
7.5. Neue „Heimarbeit" und crowd work 41
7.6. Verdinglichung und Kapitalfetisch 42
Kasten: Marx, „Es ist nicht der Arbeiter…" 44
8. Mythen über Cyberwelten und Robokratie 44
„Brücke in Amsterdam baut sich selbst" - zum Fetischcharakter automatisierter bzw. robotisierter Arbeit im Kapitalismus 47
Anhang:
Sind ProgrammiererInnen produktive ArbeiterInnen? Gehören sie zur ArbeiterInnenklasse? (Fragen im Zusammenhang mit einer Klassenanalyse der „Digitalisierung" bzw. der „Digitalarbeit") 51
„Stahl 4.0" - Stahlindustrie/ Deutschland (Vorarbeiten/Materialsammlung zur „Digitalisierung") 58

Editorial

Für schwarzblaue Bundesregierung und ihre Wirtschaftsministerin Schramböck ist „die Forcierung der Digitalisierung eines der wesentlichsten Anliegen". Deshalb werden „für die Digitalisierung pro Jahr 20 Mio. € an frischem Geld zur Verfügung stehen", angeblich vor allem für „die Unterstützung der KMU bei der Umsetzung der Digitalisierung" und die „digitale Fitness aller Altersgruppen …" (Pressedienst der Parlamentsdirektion, 12.4.2018) Die parlamentarische Opposition hingegen kritisierte die „Verschiebung der Fördermittel weg von den KMU hin zu den Großunternehmen…" (ebd.)

Zur selben Zeit wird in Wien die Magistratsabteilung 01 mit dem Namen „Wien Digital" gegründet. Diese wacht ab Juni 2018 mit „etwa 1100 IT-Mitarbeitern … über knapp 86.000 IT-Nutzer". (WZ 4.7.2018)

Nahezu täglich melden die Massenmedien Neuerungen auf dem Gebiet der Digitalisierung. Doch fast alles dreht sich normalerweise um „Einsparungen in der Verwaltung", „Bürokratieabbau", „E-Government-Services" und ähnliches.

Wir hingegen haben uns in den letzten Monaten intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, was sich real in der Produktion verändert, in den Fabriken, wo tatsächlich Waren hergestellt werden. Wir denken, dass die Frage der Auswirkungen der Digitalisierung in der Produktion ein sehr wichtiges Thema ist, das in der Alltagsdiskussion allzuoft mit Rationalisierungen in der Verwaltung, sowohl im Betrieb als auch in staatlichen Institutionen, durcheinandergemischt und verwechselt wird. Gerade die Produktionsweise ist aber die Grundlage des „real existierenden Kapitalismus" und alle die sich mit den Möglichkeiten seiner Überwindung auseinandersetzen, sollten sich nicht nur mit der politischen Seite sondern auch mit der ökonomischen Entwicklung beschäftigen.

Der im Folgenden abgedruckte Text (samt Zusatzkästen und Anhängen) ist das Produkt einer intensiven Diskussion im Umkreis der Proletarischen Revolution seit Jänner 2018 und wurde in dieser Zeit mehrfach ergänzt und verändert. Wir veröffentlichen ihn jetzt zur (weiteren und breiteren) Diskussion; damit ist für uns aber die Kritik und Auseinandersetzung darüber keineswegs abgeschlossen. So hat ein Genosse bereits einen längeren kritischen Beitrag für August angekündigt, auf den wir schon gespannt warten, aber die Herausgabe der PR 75 nicht weiter verzögern wollten.

Wir ersuchen alle unsere LeserInnen um eure geschätzten Stellungnahmen, wobei wir uns sowohl über kurze Statements als auch längere Beiträge freuen.

Kollektiv ★ Proletarische Revolution

Tag X in München – NSU-Prozessende

Wir erkennen das Urteil nicht an! Eindrücke – Wut – Zusammenstehn – Widerstand

Am 11. Juli 2018, dem Tag X, wurde das Urteil im NSU-Prozess im Oberlandesgericht (OLG) verkündet.
Im Vorfeld war klar, das genaue Datum wird sehr kurzfristig, eine Woche vorher, erst bekannt gegeben. Zur Vorbereitung auf diesen Tag haben sich Betroffenen-Initiativen, Angehörige und Opfer des NSU, antifaschistische und antirassistische Gruppen/Initiativen, das Tribunal „NSU-Komplex auflösen", migrantische und linke Organisationen schon lange vorher in verschiedenen Vernetzungen bzw. Bündnissen zusammengeschlossen.
Unser Ziel war, am Tag X in München mit den **Familien und Angehörigen**, der vom NSU ermordeten Menschen sowie den **überlebenden Opfern** der Nazi-Bombenanschläge **solidarisch** zusammenzustehen. Und gleichzeitig unseren gemeinsamen **Protest** gegen das skandalöse Gerichtsverfahren und das zu erwartende, den NSU extrem verharmlosende Gerichtsurteil auf die Straße zu tragen. Beim Tribunal „NSU-Komplex auflösen" vom 17. bis zum 21. Mai 2017 wurden neue Netzwerke geschmiedet. Unter dem Motto **„Kein Schlussstrich!"** wurde ein Aufruf für die Aktionen am Tag X veröffentlicht.
Seit September 2014 haben wir, *Trotz alledem!* in unserem Umfeld, unsere GenossInnen und in der linken Bewegung aufgerufen sich am Tag X zahlreich zu beteiligen. Auch in unseren Publikationen, die wir vor Fabriken und auf Aktionen verteilten ebenso wie in Diskussionsbeiträgen auf Veranstaltungen und auf Betriebsversammlungen.
Am 5. Juli, dem 437. Verhandlungstag, kündigte der Vorsitzende, Richter Götzl, das Urteil für den **11. Juli 2018** an. Endlich stand nach fünf Jahren und zwei Monaten das durch üble Manöver der VerteidigerInnen der Nazi-Angeklagten immer wieder verzögerte Prozessende fest.
Das **Motto „Kein Schlussstrich!"** vereinte uns alle! Klar war, die Urteilsverkündung wird kein Ende der Aufklärung sein, denn diese hat der langjährige Prozess nicht betrieben. Für uns alle stand fest, weiterhin „NSU-Komplex auflösen" zu fordern und voranzutreiben!

Schon die Anklageschrift der Generalbundesanwalt besagte, es wird keine Aufklärung und auch keine Gerechtigkeit im NSU-Prozess geben, egal wie hoch die Strafen ausfallen.

Wir haben bereits 2013 in unserer Zeitung [1] vor dem Beginn des Prozesses vorhergesagt, dass eine wirkliche Aufklärung im NSU-Prozess nicht stattfinden wird. Die Frage: „Wer wird für die NSU-Morde zur Rechenschaft gezogen?" beantworteten wir: „Vielleicht eine überlebende Täterin und vier Unterstützer." Über die Rolle der staatlichen Institutionen, über die Rolle von V-Leuten, die die Morde mit vollstreckten, über Ermittlungen, die gezielt auf falsche Spuren lenkten, weitere Morde nicht verhinderten, sondern begünstigten, Beweise und Akten vernichteten, über die rassistische Stigmatisierung der Angehörigen und Opfer als TäterInnen etc. wird es keine „Wahrheitsfindung" geben.

Von Anfang an war uns klar, dass das OLG München und Richter Götzl gegen den NSU-Komplex, gegen den institutionellen und strukturellen Rassismus kein Urteil fällen würden. Sie sind ein **Instrument dieses Staates**. Mit seinen anderen Institutionen, wie dem Bundeskriminalamt (BKA) und Verfassungsschutz (VS), ist dieser Staat mit den NSU-Nazis Hand in Hand gegangen. Diese Systematik wird sich in „milden" Urteilen bestätigen. Sie werden sich doch selbst nicht verurteilen! Mit dieser Haltung sind wir nach München gefahren.

Wir waren da, um unseren Protest zu zeigen! Ganz laut mit allen zusammen zu sagen: **Wir erkennen das Urteil nicht an! Keinen Schlussstrich! Und wir klagen den institutionellen und strukturellen Rassismus an!** Hier in München wird das empörende „milde" Urteil für die angeklagten NSU-Nazis gesprochen werden, „Der NSU ist frei".

Kundgebung vor dem Gericht

Hunderte Menschen stehen früh am Morgen vor dem Gerichtseingang in der Schlange, um in den Verhandlungssaal eingelassen zu werden. [2] Ein „Heer" von Presse, Fernsehen, Radio etc. hat sich aufgestellt, um über das Urteil zu berichten. Da die Kundgebung noch nicht angefangen hat, unterstützen einige von uns die Organisierung der Veranstaltung, andere beobachten das Geschehen vor dem Gericht. Hier sind wir mit TeilnehmerInnen, die sich für unsere Zeitschriften, vor allem eine Sondernummer zum „NSU-Komplex" [3] interessieren ins Gespräch gekommen. Kurz danach stellen wir fest, dass es verboten ist, vor dem Gericht irgendeine Publikation zu verteilen bzw. zu verkaufen oder auch Transparente zu halten. Offiziell darf niemand auf dem Gehsteig stehen. Das wird aber systematisch nicht eingehalten. Dabei ist die Polizei relativ zurückhaltend, was eigentlich von der bayerischen Polizei nicht zu erwarten ist. Eine riesige von türkischen Chauvinisten ausgebreitete türkische Nationalfahne wird schließlich von der Polizei, entsprechend der Auflagen der Veranstalter für die Kundgebung und Demo, wieder eingerollt.

Der genehmigte Kundgebungsplatz ist mit Gittern abgeteilt. Kurz nach acht Uhr wird der Aktionstag mit einer Gedenkminute an die NSU-Opfer eröffnet und die Namen der Opfer werden genannt. [4] Vor der Bühne werden Porträts der Opfer, gemalt von der Künstlerin Veronika Dimke, hochgehalten. Später auf der Demonstration werden die Schilder von Angehörigen und AktivistInnen getragen. Die Künstlerin selbst hält eine kurze Rede. Aber sie kann nicht wirklich sprechen, sie ist zu sehr aufgewühlt.

Das **Aktionsbündnis** moderiert und organisiert beeindruckend die gesamte Kundgebung und das Bühnenprogramm. Den Auftakt macht das **„Bündnis gegen Naziterror und Rassismus"** (München), das die gesamte Organisation vor Ort koordiniert hatte.

Über den ganzen Tag hinweg sprechen Angehörige, Betroffene und Statements von den NebenklageanwältInnen werden abgegeben. Reden und Grußbotschaften werden vorgetragen von den Initiativen: „Keupstraße ist überall" (Köln), „für die Aufklärung des Mordes an Süleyman Taşköprü" (Hamburg), „6. April" (Kassel), „in Gedenken an Oury Jalloh" (Dessau), „für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş" (Berlin), „Schwarze Menschen in Deutschland" (ISD), von „NSU-Watch Einmischen & Aufklären", „Interventionistische Linke" (IL) und vielen mehr. Mit **unterschiedlichen**

1 *Trotz alledem!*, Mai, Nr. 63, S. 16

2 NSU-Nazi-AnhängerInnen hatten sich bereits in der Nacht vor dem OLG angestellt und so viele Plätze im Gerichtssaal besetzt.

3 „Nichts vergeben! Nichts vergessen! – ‚NSU-Komplex' Rassismus Faschisierung – Widerstand Solidarität", 2017

4 Auf dem Aktionstag wird durchgängig von zehn NSU-Opfern gesprochen. Der Name der ermordeten Polizistin, Michèle Kiesewetter, wird in einem Zug mit den Opfern des Rassismus genannt. Bilder von ihr und ihr Namen werden auf Transpis und Schildern getragen. Wir wissen, dass Familien der ermordeten Migranten-Opfer des NSU Michèle Kiesewetter als zehntes Opfer des NSU sehen. Natürlich respektieren wir das, aber wir haben eine andere Einschätzung. Wir meinen, es wird nicht genug differenziert. Eine Distanzierung von der Gleichstellung mit den Opfern der rassistisch motivierten Terrormorde ist notwendig. Wenn Michèle Kiesewetter als Opfer des NSU angeführt wird, dann ist es wichtig, sie nicht als Opfer des deutschen Rassismus zu bezeichnen, wie es oftmals getan wird. Für uns steht weiterhin nicht fest, wie es sich mit dem Mord an Michèle Kiesewetter und dem Mordversuch auf ihren Kollegen verhält. Es gibt zahlreiche nicht aufgeklärte Tat-Umstände und Tat-Motive. Auch der NSU-Prozess hat letztlich überhaupt nicht geklärt, wer den Mordanschlag und warum auf beide verübt hat.

Schwerpunkten werden der **NSU-Prozess** und **die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse** thematisiert.

Unsere Rede hat ein Freund der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) vorgetragen. Eine tolle solidarische Unterstützung, und wir sprechen hier sehr herzlich unseren Dank aus.

Vorgetragene Auszüge des **Theaterstückes „Die NSU-Monologe"** berühren uns. Im Unterschied zur Aufführung während des Tribunals begleitet eine Frau die SchauspielerInnen einfühlsam **mit Gesang**.

Weiter werden Passagen aus »**Wir klagen an! Anklage des Tribunals „NSU-Komplex auflösen"**« [5] kollektiv vorgetragen. Darin werden namentlich einzeln NaziTäterInnen, Institutionen, JournalistInnen, PolitikerInnen, JuristInnen, StaatsbeamtInnen usw. ganz konkret angeklagt. Am Ende wird Richter Götzl als Angeklagter der „Anklage des Tribunals" hinzugefügt.

Weitere kulturelle Beiträge sind eine **Ausstellung** über die Opfer des NSU und eine Ausstellung der Initiative „Burak Bektaş". In einem Zelt wird der **Film** über die Recherche des „Forensic Architecture Institut" zum **Tathergang der Ermordung von Halit Yozgat**, in drei Sprachen – englisch, deutsch und türkisch – gezeigt.

Wir bringen unser Transparent mit den Bildern der neun ermordeten migrantischen Opfer und der Parole „Staat und Nazis – Hand in Hand – Organisiert den Widerstand!" an.

Bewegende Grußworte von Gülistan Avcı, Faruk Arslan, İbrahim Arslan werden vom Aktionsbündnis verlesen beziehungsweise per Telefon-Live-Schaltung übertragen. Zwischendurch wird immer wieder auch Musik gespielt.

In der Nähe des Gerichts ist in einem Hotel ein „Empfangs- bzw. Rückzugsraum" für Angehörige, Opfer und Betroffene organisiert. In der Mittagspause sind die Familien Kubaşık, Taşköprü und einige Menschen aus der Keupstraße gekommen.

Einige Hundert AktivistInnen sind vor Ort. Viele bekannte Gesichter, die wir schon beim Tribunal oder bei den Initiativen kennengelernt haben. Von Anfang an begegnen wir uns mit lächelnden Gesichtern, begrüßen und umarmen uns. Was für ein Gefühl der Freude über die ganze Vielfalt aller Menschen, die sich hier zusammengefunden haben.

Uns eint, dass wir gegen Faschismus, gegen Rassismus und gegen das kapitalistische System sind. Ja, es gibt unter uns unterschiedliche politische Haltungen gegenüber dem heutigen System, über unsere Ziele und „Utopien". Aber an diesem Tag, in diesem antirassistisch-antifaschistischen Kampf stehen wir zusammen auf einer Seite, die institutionellen und strukturellen Rassismus anklagt.

Wir leben in einer Welt, in der überall die Barbarei herrscht, in der die Ellenbogen-Gesellschaft die unterdrückten Menschen gegeneinander hetzt, in der Nationalismus zu Rassismus und Faschismus führt, in der die Herrschenden ihre menschenfeindliche Politik ohne große Hindernisse weiterführen und gleichzeitig sich als „Schützer demokratischer Werte" verkaufen; ja, in solch einer Welt rührt uns allein, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Ethnie, Kultur, Religion sich begrüßen und umarmen.

Das sind rührende und bekräftigende Gefühle, die gegen das menschenverachtende System **unseren Mut und unsere Hoffnung stärken**. Es ist dies einer der Momente, in dem das Gefühl aufkommt, hier ist absolut kein Platz für Rassismus. Wie schön wäre es in einer Welt ohne Rassismus, ohne Faschismus und Ausbeutung zu leben. Und wie richtig ist es, für solch eine Welt zu kämpfen!

Mit diesen Gefühlen und dieser Kraft führen wir Diskussionen, geben unser Flugblatt weiter und freuen uns über das Interesse an verschiedenen Ausgaben unserer Zeitung *Trotz alledem!*

Eine junge Frau, die für einen **Schweizer Radiosender** berichtet, spricht einen unserer Genossen an, ob sie ihm ein paar Fragen über unsere Meinung zu dem Ergebnis der Gerichtsverfahren stellen könne. Sinngemäß will sie wissen, was wir von dem Urteil erwarten

5 „WIR KLAGEN AN! Anklage des Tribunals ‚NSU-Komplex auflösen'" zu beziehen über: Lückenlos e.V. c/o Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79, 50823 Köln bzw. www.nsu-tribunal.de

Die Urteile

Beate Zschäpe wird als einzige Angeklagte der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und des zehnfachen Mordes für schuldig befunden sowie der schweren Brandstiftung. Sie erhält lebenslänglich, 15 Jahre Gefängnis und eine besondere Schwere der Schuld wird festgestellt. Letzteres bedeutet, nach 15 Jahren entscheidet eine Strafkammer, wann sie entlassen wird. Unter bestimmten Bedingungen, „Krankheit oder andere besondere Umstände" kann das bereits nach 15 Jahren sein. Wir vermuten, dass sie trotzdem früher herauskommen wird. Entgegen dem Antrag des Generalbundesanwaltes (GBA) hat das OLG München keine Sicherungsverwahrung verhängt.

Das Urteil ist Bestätigung der völlig absurden staatlichen Theorie vom „NSU-Trio", das lediglich aus dem Trio Zschäpe, Böhnhard und Mundlos bestanden habe.

Dem gegenüber stehen die nackten Tatsachen: Alle Beweisanträge, alle Fakten und Recherchen der Nebenklage haben das genaue Gegenteil bewiesen. Der **NSU ist ein faschistisches Netzwerk** mit einer Vielzahl von TäterInnen bundesweit.

Alle anderen Mitangeklagten werden nicht wegen Mord und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Daher werden sie mit milden Strafen belegt, die teilweise hinter den Forderungen der GBA zurückbleiben.

Ralf Wohlleben, ehemaliger NPD-Funktionär wird wegen Beihilfe zum versuchten Mord und als „NSU-Helfer" zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Die GBA hatte 12 Jahre gefordert. Wohlleben ist einer der Hauptakteure des NSU. Seit November 2011, also etwas mehr als sechseinhalb Jahre sitzt er im Knast. Eine Woche nach Prozessende hat das OLG den Haftbefehl aufgehoben mit Zustimmung des GBA. Dieser begründet das damit: aus Sicht des Angeklagten bestünde „die Hoffnung die Vollstreckung des letzten Drittels seiner Freiheitsstrafe könne zur Bewährung ausgesetzt werden." Wohlleben kann einen Wohnsitz bei seiner Frau und Arbeit bei dem Fascho Jens Bauer in dem Nazi-Basisdorf Bornitz/Sachsen-Anhalt nachweisen. Bauer hat Wohlleben offensichtlich für seinen NS-„neu-heidnischen" Eliteverein „völkische Artgemeinschaft" [1] rekrutiert, 1951 von einem SS-Mann gegründet. Der Nazi-Liedermacher „Fylgien" Döhring hat bereits eine Hymne auf Wohlleben und den NSU veröffentlicht: *„Doch nun bist du zurück, bist wieder hier und die Bewegung, sie steht treu zu dir – nun auf in die Schlacht, es ist noch nicht vorbei."* Die Drohung mit weiteren Nazi-Morden ist mehr als deutlich!

Und die Antwort des Staates auch: Die Mittäterschaft am Mord von neun Migranten und an Bombenanschlägen mit zahlreichen Opfern wird tatsächlich nicht geahndet. Ein Freibrief für weitere Mordserien.

André Eminger bekommt lächerliche 2,5 Jahre Haft, denn er wird nicht wegen Beihilfe zum Mord, sondern nur wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Obwohl er maßgeblicher Organisator der Illegalität des NSU war und in seinem Zentrum agierte. Obwohl er über seinen Anwalt im Schlussplädoyer nochmals seine offen „nationalsozialistische Gesinnung" bekräftigen ließ. Auf seinem Körper ist in englisch **„Stirb Jude Stirb"** tätowiert.

Holger Gerlach erhält drei Jahre Haft wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Die GBA hatte fünf Jahre gefordert. Ein weiterer angeblich ahnungsloser Helfer des NSU, der „nur" jahrelang Böhnhard seine Identität „geliehen" und dem NSU treu beigestanden hatte.

Carsten Schulze ist nach Jugendstrafrecht zu drei Jahren verurteilt worden. Als einziger Angeklagter hat er ausgesagt, hat im Gericht seine Schuld bekannt und sich bei den Familien der Opfer entschuldigt. Er war bereits vor dem Prozess aus der Naziszene ausgestiegen. Das Gericht hat demonstriert, dass es „nicht belohnt" wird, wenn jemand über die Nazi-Taten ausgesagt.

Zum Strafmaß für Wohlleben und Eminger erklärt Götzl laut Süddeutscher Zeitung im Urteil, *„dass die **Familienväter** Wohlleben und Eminger **‚besonders haftempfindlich'** seien, dass Gesamtstrafen gebildet werden, es geht um Tateinheit und Tatmehrheit."* (12. Juli) Welches Mitgefühl!

Richter Götzl hat hingegen in seiner Urteilsbegründung kein einziges Wort für das unerträgliche Leid, die rassistischen staatlichen und medialen Verurteilungen der Angehörigen und Opfer des NSU-Terrors übrig. Die ganze Dimension der NSU-Mordserie bleibt außen vor.

Auf den verzweifelten Aufschrei von İsmail Yozgat als Götzl bei der Urteilsverkündung den Mord an seinem Sohn Halit „abhandelt", reagiert der Richter brutal mit der sofortigen Androhung des Saalverweises. Als am Schluss die zahlreichen Nazis-BesucherInnen im Gerichtssaal triumphierend über die Freilassung Emingers klatschen, erfolgt keine Götzl-Drohung.

Welcher Zynismus! Auch das ein bezeichnendes Statement dieses Gerichts!

Patrycja Kowalska, Sprecherin der ‚Kein Schlussstrich' Kampagne kommentiert:

„Der Senat um Götzl sendet folgenreiche Signale: Für die Betroffenen des NSU-Terrors ist es ein weiterer Schlag ins Gesicht. Nazis wissen, dass sie wenig zu befürchten haben und werden es als Sieg und Bestätigung bejubeln. Für uns zeigt sich einmal mehr: Die Aufklärung des NSU-Komplex liegt an uns. Von staatlicher Seite ist nichts zu erwarten." [2]

1 Zeit online, „Das neue Leben des Ralf Wohlleben", 15.08.2018

2 „NSU-Prozess: Folgenreiches Signal", Pressemitteilung vom 18.07.2018 der Kampagne Kein Schlussstrich

und ob es unserer Meinung nach eine Aufklärung gebe u.a. Seine Antwort lautet kurz skizziert: ***„Wir erwarten von dem Gerichtsurteil nichts.*** *Es wird die eine oder der andere geopfert, um die Rolle des Staates und seiner Behörden unter den Teppich zu kehren. Das Gerichtsverfahren selbst ist ein Vertuschungsmittel, es gibt und wird keine Aufklärung geben. Von Anfang an haben die Behörden alles dafür getan, dass die Wahrheit nicht ans Tageslicht kommt. Deswegen haben sie Hunderte Akten vernichtet und die ZeugInnen, die vor Gericht aussagen sollten, hatten eine kollektive Amnesie oder haben gelogen... Ohne VS, MAD oder andere Behörden des Staates, ohne ihre Mittäterschaft könnte es keine NSU-Mordserie geben.*"

Während der Aktionen versuchen immer wieder unterschiedlich uniformierte Polizisten durch ständiges durch die Reihen Hin- und Her-Gehen oder mit ihren Kameras, die sie direkt auf uns halten, uns Protestierende einzuschüchtern oder – angeblich unabsichtlich – unsere Aktivitäten zu verhindern. Offiziell halten sie sich zurück. Aber sie zeigen uns deutlich, dass sie uns offen überwachen wollen! Jede Menge Zivis (zivile Polizisten) geben sich dummdreist als interessierte Passanten aus und stellen uns auffällig unauffällig verschiedene Fragen. Wie zum Beispiel, wer alles beim Bündnis „Kein Schlussstrich" dabei sei, aus welchen Städten wir kommen und so weiter.

Kurz vor elf Uhr erreichen uns die **ersten Informationen über die Urteilsverkündung**. Die Rede von Anwalt Alexander Hoffmann über die Urteilsbegründungen ist sehr zutreffend. Einige Gedanken daraus: Die These vom „Trio" wird von Anfang bis Ende vom Gericht beibehalten. Damit wird die Rolle der Geheimdienste wie z.B. Verfassungsschutz (VS) und anderer Behörden unter den Teppich gekehrt. Richter Götzl ist für seine harten Strafen bekannt. Doch während in Deutschland ein angeblicher Steinewerfer bei den G20-Protesten überzogen hohe Strafen erhält, bekommen die Nazis, die mehrere Menschen ermordet oder deren Ermordung unterstützt haben, milde Strafen. Dieses Urteil kommt einer Aufforderung an die Nazis gleich, ***„dass Nazis losgehen und Menschen ermorden können und dass sie für die Unterstützung solcher Taten nur zwei Jahre bekommen."***

Die Empörung gegen das Urteil ist vehement, weil die vier Nazis zu so niedrigen Strafen verurteilt werden.

Die **Empörung wächst**, als am Nachmittag klar wird, dass der bekennende Nationalsozialist A. Eminger bereits schon freigelassen ist, unter Beifallsbekundungen seiner Nazikumpanen.

Auf der Bühne werden mehrere „feurige" Reden gehalten. Das Hauptmotto ist ja „Kein Schlussstrich" und dementsprechend wird auch der weitere Kampf gegen dieses Urteil, das eine erneuter Schlag ins Gesicht der Opfer, der Angehörigen und Betroffenen ist, eröffnet.

In den unterschiedlichen Redebeiträgen zeigt sich uns noch einmal deutlich, dass in dem breit gefächerten Bündnis unter dem Motto „Kein Schlussstrich" mindestens **drei unterschiedliche Einschätzungen** gegenüber dem Staat und seinen Institutionen – u. a. auch gegenüber dem OLG München vertreten werden.

Die **erste Haltung** ist, dass wir von diesem Staat und seinen Gerichten, von seinen Behörden nichts erwarten können – denn sie werden sich nicht selbst verurteilen. Diese Institutionen sind die Quelle der inneren Faschisierung und des Anstachelns des Rassismus.

Wer konsequent gegen Faschismus und Rassismus kämpfen will, muss **gegen dieses kapitalistische System**, gegen den **imperialistischen deutschen Staat kämpfen**. Außer uns sind es sehr wenige, die diese Haltung klar und deutlich verinnerlicht haben und vertreten.

Die **zweite Haltung** hat, obwohl sie kein Vertrauen in diesen Staat und seine Behörden setzt, trotzdem **Hoff-**

nung, dass das Gericht die Nazis zu **harten Strafen** verurteilt. Nicht wenige teilen diese Position.
Die **dritte Haltung**, die mehrheitlich vertreten wird, äußert das völlige **Unverständnis** darüber, wie der Staat oder das Gericht solche Urteile fällen kann. Das sei doch nicht demokratisch… etc. Diese AktivistInnen sind am meisten enttäuscht und ja, schockiert.
Nachmittags kommen nach und nach immer mehr Menschen zur Demonstration, die um 18 Uhr starten sollte. Der Platz und die Nebenstraßen werden immer voller.

Demonstration

Nach Schwierigkeiten bei der Aufstellung geht die Demonstration mit etwas Verzögerung los. Geplant war ein **Block von Angehörigen, Betroffenen und Initiativen** vor dem Lautsprecher-Wagen, in dem **keine** Fahnen oder Transparente von Organisationen getragen werden. Die Organisationen sollten hinter dem Lauti-Wagen laufen. Obwohl die Moderatoren dazu immer wieder aufrufen haben, wird das nicht eingehalten.
Die Beiträge während der Demo entsprechen inhaltlich denen auf der Kundgebung. Sie greifen den institutionellen und strukturellen Rassismus und deklarierten den weiteren Kampf dagegen. Die Solidarität und das Zusammenstehen mit den Angehörigen und Betroffenen steht im **Mittelpunkt**.
Die Demonstration dauert bis halb neun Uhr am Abend. Am Odeon Platz stehen viele DemonstrantInnen noch eine Weile zusammen bis wir auseinander gehen. Die TeilnehmerInnenzahl liegt geschätzt bei 6 000 bis 10 000 Menschen. Da die Urteilsverkündung auf einen Werktag, Mittwoch angesetzt war, (und auch erst eine Woche vorher bekannt war) ist diese **hohe Beteiligung** ein **eindrückliches Signal**.
Wir tragen von Anfang an ein Front-Transparent und während der Demo noch ein Seiten-Transparent. Interesse und Diskussionen über unsere Publikationen begleiten uns während der ganzen Demo. Auch wenn wir relativ wenige GenossInnen sind, da unsere organisierten ArbeiterInnen/Werktätige sich nicht so kurzfristig frei nehmen konnten, sind wir aktiv und präsent. Es ist enorm wichtig an diesem entscheidenden Tag dabei zu sein.
Als wir weggehen, können wir uns leider nicht von allen wieder getroffenen FreundInnen verabschieden. Aber die, die wir noch sehen, verabschieden sich mit dem Wunsch „bis zum nächsten Mal".
Unter dem Slogan „Kein Schlussstrich" haben wir unseren Widerstand gegen den institutionellen, strukturellen Rassismus und die anwachsende Faschisierung demonstriert.
Und das nicht nur in München, sondern in vielen Städten Hamburg, Berlin, Köln, Karlsruhe, Frankfurt/a.M, Bremen, Halle, Freiburg, Göttingen, Hannover, Kiel, Leipzig, Münster, Rostock usw. – bundesweit haben Tausende Menschen gegen das Urteil auf den Straßen protestiert!

Ausblick ...

Ja, der Tag X ist schon vorbei und wir waren dabei. Was wir konkret auf der Kundgebung und Demo gesehen und erlebt haben, hat in unseren Diskussionen folgende Gedanken ausgelöst:
Auf der einen Seite steht das menschenfeindliche System und sein Wächter, der deutsche imperialistische Staat mit all seinen Institutionen.
Auf der anderen Seite stehen wir mit allen unterdrückten ArbeiterInnen, Werktätigen verschiedener ethnischer Herkunft. Der größte Teil der deutschen ArbeiterInnen und Werktätigen ist immer noch massiv vom deutschen Nationalismus und Rassismus beeinflusst. Ein nicht unerheblicher Teil sympathisiert mit nazifaschistischen Ideologien und Kräften. Das erleben wir tagtäglich an unseren Arbeitsplätzen in den Betrieben.
Nachdem die NSU-Bande „aufflog", hat sich ein Bewusstsein gegen den deutschen Rassismus entwickelt, aber die Bewegung ist immer noch **sehr**

„NSU-Tribunal" geht nach Mannheim – Kommt zahlreich!

„Am 23. November findet eine Fortsetzung des NSU-Tribunals in der Bürgerbühne Mannheim statt:

WIR MÜSSEN REDEN hadi!

Wir führen den angestoßenen Prozess fort und zeigen auch in Mannheim Kontinuitäten von gesellschaftlichem und institutionellem Rassismus. Die Geschichten von migrantischen und postmigrantischen Kämpfen, der Entstehung von Little Istanbul und der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma sind dabei zentral.
Es geht um die Sichtbarmachung der Angriffe auf diese Realitäten, das versuchte Pogrom in Schönau, die Erschießung von Anton Lehman und die Morde des NSU.
*Am **23. und 24. November 2018** ergreifen Betroffene in Mannheim das Wort und klagen eine andere Realität ein, eine solidarische Gesellschaft, die diese Verhältnisse ändern kann."*
Kontakt: Mannheim@NSU-Tribunal.de

schwach. In dieser Bewegung existieren unterschiedliche Haltungen gegenüber dem kapitalistischen System und dem deutschen imperialistischen Staat. Viele AntirassistInnen haben immer noch „Hoffnung" und vertrauen auf den „Rechtsstaat". Diesen sehen sie als „Schiedsrichter" über den verschiedenen Klassen der Gesellschaft stehend an. Das heißt, sie bewegen sich innerhalb des Systems.

Das alles zeigt uns, wie wichtig es ist, sich für eine richtige Haltung einzusetzen und dafür zu kämpfen, diese Menschen zu überzeugen, einen Kampf außerhalb und gegen das System zu führen. Wenn der **Anti-Faschismus** darauf **beschränkt** wird, **nur gegen AfD, NPD oder auch gegen den NSU** zu protestieren, sind wir nicht im Stande, die Ursachen von Faschismus und Rassismus zu bekämpfen bzw. abzuschaffen.

Ein antifaschistischer und antirassistischer Widerstand muss gegen das kapitalistisch-imperialistische System, gegen den deutschen imperialistischen Staat geführt werden. Ein systematischer und langfristiger Kampf auf dieser Grundlage, ist notwendig.

Heute, am Tag X in München und in vielen anderen Städten steht das Gerichtsurteil gegen die NSU-Mörder und Unterstützer im Fokus der Aktionen. Natürlich ist es richtig, das an diesem Tag in den Vordergrund zu stellen.

Aber die Reden, Grußbotschaften von Betroffenen und Angehörigen, von verschiedenen Initiativen u.a. weisen ganz deutlich daraufhin, institutioneller und struktureller Rassismus und die innere Faschisierung sind spätestens seit **Anfang der 1990er** Jahre im Aufwind.

Die **rassistischen Pogrome** von Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen waren gezielt geschürte Begleiterscheinungen des institutionellen und strukturellen Rassismus des Staates. Kurz gesagt, der deutsche Staat und seine Institutionen, Behörden etc. sind nicht nur bei den NSU-Morden Mittäter oder Unterstützer.

Der **gesamte Angriff** auf die demokratischen Rechte, die Gewalt und Pogrome gegen MigrantInnen, die Förderung des deutschen Rassismus und der faschistischen Ideologie, die Finanzierung und Stärkung der Nazi-Szenen, also die **innere Faschisierung** geht von diesem Staat aus.

Weil das so ist, ist auch keine Aufklärung beim NSU-Prozess angesagt. Weil die Hauptbeschuldigte Zschäpe und das gesamte Umfeld der NSU-Bande geschützt werden sollten, wird weiter an der zynischen Legende vom „NSU-Trio" festgehalten. Alle Fakten über die Mittäterschaft der angeblichen „UnterstützerInnen" werden ignoriert. Hunderte Akten werden folgenlos vernichtet. Einsicht in zentrale Dokumente wird verweigert.

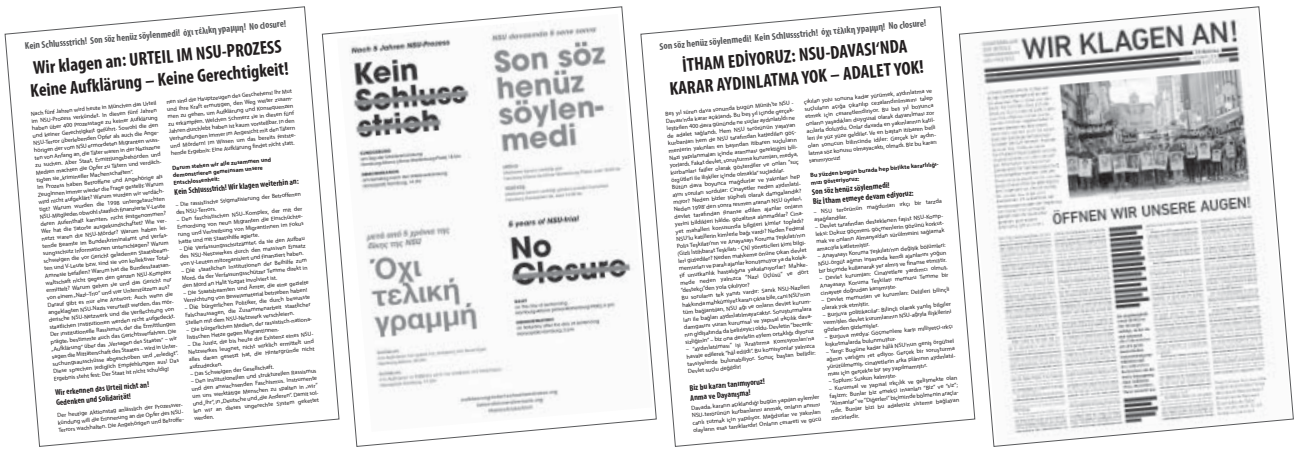
Oder wie im Fall von Halit Yozgat, der Entscheid der hessischen Landesregierung und des Landesamtes für Verfassungsschutz für bestimmte Unterlagen aus dem Jahr 2014, eine Sperrfrist von 120 Jahren zu verhängen. Dieser Staat und seine Behörden versuchen bis heute mit allen Mitteln, die Wahrheit zu vertuschen.

Statt Aufklärung werden aktuell im Jahr 2018 im Gegenzug Polizei, VS und andere Behörden mit immer **mehr Befugnissen ausgestattet, umorganisiert und gestärkt**. Und das wird der Bevölkerung als Schutz-Maßnahme „gegen Verbrechen" verkauft.

Das Urteil vom OLG München wird von bürgerlichen PolitikerInnen und Medien als ein Beweis für den „Rechtsstaat" und als Ende des Verfahrens gelobt. Gleichzeitig wird von Seehofer bis Merkel erklärt, dass das Urteil den Schmerz der Angehörigen und Betroffenen nicht stillen könnte… Auf Krokodilstränen wird auch nicht verzichtet! Was für ein Zynismus?

Nur eine Woche nach der Urteilsverkündung in München läuft über alle Medien die Nachricht über die **Entlassung von R. Wohlleben** am 17. Juni aus dem Gefängnis. Eine Woche nachdem der verurteilte A. Eminger bereits am Tag X das Gericht als freier Mann verlassen konnte.

Parallel dazu passiert in **Heilbronn ein Angriff** auf eine Bäckerei, deren Besitzer türkischer Herkunft ist. Der Täter schießt **sechs Mal auf eine Frau** hinter der Theke, die ein Kopftuch trägt. Sie wird nicht getroffen, der Täter kurz danach festgenommen. Er erklärt, seine Tat



Kein Schlussstrich! Son söz henüz söylenmedi! Δεν τελείωσε! Kein Schlussstrich! Son söz henüz söylenmedi! Δεν τελείωσε!

Wir klagen an: URTEIL IM NSU-PROZESS Keine Aufklärung – Keine Gerechtigkeit!

Nach fünf Jahren wird heute in München ein Urteil im NSU-Prozess verkündet. In diesem fünf Jahren haben über 400 Prozesstage zu keiner Aufklärung und keiner Gerechtigkeit geführt. Sowohl die zehn NSU-Terror überlebenden Opfer als auch die Angehörigen der vom NSU ermordeten Migranten wissen seit vom Anfang an, die Täter waren in der Nachbarschaft zu suchen. Aber Staat, Sicherheitsbehörden und Medien machten die Opfer zu Tätern und verpflichteten ihr „Mitmenschlichkeit".

Im Prozess hatten Rassismus und Angehörige als Zeugen immer wieder die Frage gestellt: Warum wurde nicht aufgeklärt? Warum wurden wir weiterhin terrorisiert? Warum wurden die 10 nachgewiesenen NSU-Mitglieder niemals angeklagt? Warum konnten darem Ankerkraft haerten, nicht ermittelt werden? Wie hat die Polizei ausgesehen? Wieso haben letzteren trauen die NSU-Mitglieder? Wieso haben terrorisierte Bürgerinnen und Verfassungsschutz informationen unterschlagen? Warum schweigen die vom Gericht geladenen Staatsbeamten und V-Leute bzw. sind sie vom Gericht freigestellt? Warum hat die Bundesregierung Akten für 120 Jahre gesperrt? Warum hat der Kongress Mossi, da die Verfassungsschutz Termine macht in vielfältig nichts gegen den gesamt NSU-Komplex ermittelt? Warum gelten sie und das Gericht nur dem Mord an Halit Yozgat involviert ist.

von einem „Nazi-Ton" und vier Ungereimtheiten aus? – Die Sonderermittlungen zum Bereich Sprengstoffe

Darauf gibt es von uns Antworten: Auch wenn die – Das bürgerlichen Politiker, die durch Sprache

angeklagten NSU-Nazis verurteilt werden, das mit- Falschheiten, die Zusammenarbeit staatlicher

deutsche NSU-Netzwerk wird nicht aufgedeckt. Stellen mit den NSU-Nahmen verschleiern.

Staatlichen institutionen verdeckt rechte aufgedeckt. – Die bürgerlichen Medien, der rassistisch-nationa-

Der institutionelle Rassismus, der das Ermöglichen listischen Hetze gegen Migranten.

politik, bestimmte sich das Gleichwertsehen. Die – Das Ende, der bis heute die Existenz eines NSU-

„Aufklärung" über das Nichtwissen und Nichtsehen Nationalen leugnet, nicht wirklich ermittelt und

eines die Mittäterschaft des Staates – wird in Ur- alles, dazu gehört bei, die ehrlergründe nicht

sachen, Staatsversagen, Verschleierungen und „unfähig" aufdecken.

suchungsausschüsse abgeschrieben und „unfähig". Das

Ergebnis steht fest: Der Staat ist nicht schuldig!

Wir erkennen das Urteil nicht an!

Gedenken und Solidarität!

Die Trauerfeier (Aktionstag) anlässlich der Prozesseröffnung soll die Erinnerung an die Opfer des NSU-Terrors wachhalten. Die Aufgabe liegt somit Betroffenen und den Hinterbliebenen der Getöteten vor uns!

Darum stehen wir alle zusammen und

dennoch/deshalb gemeinsam unsere

Entschlossenheit:

Kein Schlussstrich! Wir klagen weiterhin an:

– Die rassistische Stigmatisierung der Betroffenen des NSU-Terrors.

– Den faschistischen NSU-Komplex, die mit der Entfernung von neun Migranten die Einschüchterung von Migrantinnen im Visier hatte und mit Staatshilfe agierte.

– Die verharmlosungsstrategie, da sie dem aufbau des NSU Nazinetzwerks direkt den mainhorn dynastie von V-Leuten ermöglichten.

– Die „staatlichen Institutionen der Behörde zum Mord, da die Verfassungsschutz Termine macht in dem Mord an Halit Yozgat involviert ist.

– Die Sonderermittlungen zum Bereich Sprengstoffe Verschleierung von Beweismaterial betreiben haben.

– Das bürgerlichen Medien, die durch Sprache Falschheiten, die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit den NSU-Nahmen verschleiern.

– Die bürgerlichen Medien, der rassistisch-nationalistischen Hetze gegen Migranten.

– Das Ende, der bis heute die Existenz eines NSU-Nationalen leugnet, nicht wirklich ermittelt und alles, dazu gehört bei, die ehrlergründe nicht aufdecken.

– Den „Schweigen der Gesellschaft.

– Dem institutionellen und strukturellen Rassismus

– Dem antirassistischen Faschismus. Insbesondere

und „ihr", im „Deutschland „die Ausländer" Gemeinsam

und „ihr", im „Deutschland „die Ausländer" Gemeinsam

ist vor an dieses ungerechte System gekettet werden.

Noch 5 Jahren NSU-Prozess

Kein Schluss strich

Son söz henüz söylen-medi

5 years of NSU-trial

No Closure

İTHAM EDİYORUZ: NSU-DAVASI'NDA KARAR AYDINLATMA YOK – ADALET YOK!

Biz bu kararı tanımıyoruz!

Amna ve Bayınsma!

WIR KLAGEN AN!

ÖFFNEN WIR UNSERE AUGEN!

mit einem angeblichen „Kurzschluss"… Angeblich ermittelt die Polizei weiter, um den Fall zu klären!

Anfang August werden bei einer **Explosion in Leipzig zwei Menschen** verletzt. Die Explosion trifft einen Dönerimbiss und die Polizei prüft, „ob die Explosion fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführt worden ist". Und die Diskussion über **„Ankerzentren"** laufen immer weiter auf Hochtouren. **Abschiebungen** von Geflüchteten werden massiv vorgenommen und die **Grenzen weiter dicht** gemacht!

Seit seiner Existenz sind die **Verharmlosung der faschistischen Ideologie** und der Rassismus Bestandteil der Staatsideologie des imperialistischen deutschen Staates. Letztendlich hält dieser Staat beide Herrschaftsformen der Bourgeoisie, die bürgerliche Demokratie und die faschistische Diktatur in der Hand. Eine Erwartung an diesen Staat, dass er den Faschismus oder die faschistische Ideologie von Grund auf bekämpfen wird, ist einer der größten politischen Fehler, den linke, revolutionäre und antifaschistische Kräfte machen können.

Die Herrschenden und ihr Staat wissen was sie tun und was sie wollen! Auch das Urteil im NSU-Prozess ist dafür ein konkreter Beweis. Es kommt darauf an, ob die linken, revolutionären, antifaschistischen Kräfte den entsprechenden Kampf auf der richtigen und konsequenten Grundlage gegen dieses System führen können oder nicht. **Wir müssen unsere Bewegung und unsere Bündnisse bewusster aufbauen und stärken.**

Wir kämpfen weiter solidarisch Seite an Seite mit den Angehörigen und Opfern rassistischer und faschistischer Gewalttaten. Von diesem Staat und seinen Institutionen erwarten wir nichts. „NSU-Komplex auflösen", rassistische Gewalttaten aufklären, Faschisierung und Rassismus weiter bekämpfen – **das müssen wir alle schon selber tun!**

Stimmen von Angehörigen und Opfern zum Ende des NSU-Prozess

Arif S., Überlebender des Bombenanschlags in der Keupstraße

Der 9. Juni 2004 war der Tag an dem die Herzen der Keupstraße zerrissen und ihre Hoffnungen begraben wurden.

Wer waren diese TäterInnen? Einzelne TäterInnen oder bloß die Befehlsausführenden, die sich auf andere Leute stürzen. Haben die verstorben und noch lebenden Mörder und deren Unterstützer diese Massaker, Morde und Bombenanschläge nicht in diesem Land begangen?

Waren die betroffenen Familien der Opfer der über Jahre hinweg begangenen Morde und Bombenanschläge nicht die Menschen dieses Landes?

Leider ist der Staat bei der Aufklärung dieser Sachverhalte doch gefallen. Der Staat muss aber die Waage der Gerechtigkeit im Gleichewicht halten, ohne die Menschen aufgrund ihrer Religion, Sprache, Herkunft oder Hautfarbe zu diskriminieren.

Wir sind ein Teil von diesem Land geworden, wir hatten Träume und Hoffnungen, wir wollten uns hier eine Zukunft aufbauen. Wir haben an die Gerechtigkeit, die Justiz, die Demokratie und die Gleichheit hier geglaubt.

Man wollte uns von diesem Land, in dem wir leben trennen. Warum wurden wir zum Angriffsziel gemacht? Denn sowohl Politik als auch die rassistischen Medien haben die Gewaltanwendung herausgefordert. In dem sie diesen Rassismus immer wieder provoziert und mit Hass und Greuel gegen MigrantInnen gehetzt haben.

Abdulkerin Şimşek, Sohn von Enver Şimşek

In Deutschland herrscht keine Gleichberechtigung, das habe ich in diesem Gericht gesehen, ja. Wir sagen ja Deutschland ist ein Rechtsstaat. Ich empfinde es nicht mehr so. In diesem Gericht hieß es immer, wenn es in Richtung Staatsversagen geht, das ist hier nicht das Thema.

Gut dann verklagen wir jetzt mal den Staat und machen das zum Thema.

Eine andere Welt ist möglich – Zusammen gegen Nationalismus + Faschisierung!

Redebeitrag „Trotz alledem!", München

Ich begrüße ganz herzlich alle Familienmitglieder und Betroffene der NSU-Mordtaten und des NSU-Terrors, die heute anlässlich des Urteils hier sind.
Ich heiße alle AntifaschistInnen und AntirassistInnen willkommen, die heute in München ihren Protest und ihre Wut auf die Straße tragen.
Als AntifaschistInnen und KommunistInnen wollen wir in unserem Redebeitrag über die aktuelle Entwicklung des **Nationalismus und der Faschisierung in Deutschland** sprechen. Der aggressive deutsche Nationalismus ist ein Grund dafür gewesen, dass deutsche „Herrenmenschen", wie die NSU-Naziorganisation sich ermächtigt fühlten, über das Leben anderer Menschen zu richten.
Nicht nur der NSU folgte der faschistischen Maxime „Deutschland den Deutschen". Bereits **1980** detonierte eine Nazibombe auf dem **Oktoberfest** hier in München. In den **1990er** Jahren die **rassistischen Pogrome** von Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen - Gegen MigrantInnen und geflüchtete Menschen.
Im Jahr **2000 antisemitischer Terroranschlag** in **Düsseldorf-Wehrhahn**. Beginn der **Mordserie des NSU-Komplexes**, für die bis ins Jahr 2011 die migrantischen Opfer und Angehörigen von Staat, Politik und Medien zu Tätern gemacht wurden.
Auch aktuell vergeht kein Tag ohne Angriffe auf Geflüchtete, muslimisch markierte Menschen, MigrantInnen und schwarze Menschen.
Dieser tödliche Rassismus ist Produkt der jahrzehntelangen anhaltenden Hetzpropaganda. Er ist unter den Stichworten „Asylantenflut", „Flüchtlingswelle", „Überfremdung", „Das Boot ist voll", „Deutschland schafft sich ab" auf fruchtbaren Boden gestoßen.
Die **aktuellen Debatten und Reden** über die „deutsche Identität", „Heimat", „Leitkultur", „Deutschland zuerst", „Patriotismus", die in den Talkshows und Kolumnen so harmlos daher kommen, **bedeuten für viele Menschen in diesem Land massive Ausgrenzung, Diskriminierung und brutale Gewalt**.
MigrantInnen in Deutschland stehen unter Beobachtung. Ein Klima der Angst und Repression wird verbreitet. Es grenzt schon an **Gesinnungsterror**, wie die allerkleinste Bewegung und Äußerung von MigrantInnen und Geflüchteten genauestens auseinandergenommen wird. Erfüllen sie sogenannte deutsche Normen und Werte? Sind sie integriert oder nicht? Seit Jahrzehnten werden dafür Noten ausgeteilt.
Ganz im Zentrum der Beobachtung stehen dieser Tage die Geflüchteten. Nicht nur im Visier von AFD, sondern aller bürgerlichen Parteien. Von Bild bis Stern, von Journalisten bis hin zu AFD-Faschisten, von Nachrichtenagenturen bis Moderatoren – alle warten auf eine **reißerische Nachricht**, die sie für ihre Zwecke missbrauchen können.
Sie müssen herhalten, wenn demokratische Rechte und Freiheiten abgeschafft werden. Bundesinnenminister CSU-Seehofer, überträgt die Bayerische Linie auf den Bund und institutionalisiert deutschen Nationalismus.
Mit seinem **Heimatministerium** bedient er deutschchauvinistische Gefühle und Deutschtümelei. In Konkurrenz zwischen CSU, CDU und anderen bürgerlichen Parteien und der AFD kennt der nationalistische Wettbewerb inzwischen keine Grenzen nach oben.
In den **Internierungs-Lagern**, verharmlosend Ankerzentren genannt, von SPD mit beschlossen, werden Geflüchtete kaserniert bis ihr Asylantrag entschieden wird. Bis zu drei Jahren sollen Geflüchtete so eingesperrt werden.

Das verletzt alle grundlegenden Menschenrechte. Im Kasernieren und Verwalten von Menschen hat Deutschland eine lange Erfahrung und hat es weltweit zur traurigen Berühmtheit gebracht.
Die Hetze wird – und das ist das Kennzeichen des neuen deutschen Nationalismus-Feldzuges - von sich linksliberal gebenden Intellektuellen bis hin zu deutschnationalen Kreisen der CSU geteilt. Das ist das Erschreckende der neuen deutschen Zusammenrottung.

Die **schleichende Faschisierung der Mitte**, der offene unverdeckte Faschismus des Bürgertums. Die Spaltung der Gesellschaft betrieben von oben, wird begleitet mit dem **Abbau demokratischer Rechte und Verschärfung der Repression**.

Es ist falsch, zu glauben, dass bürgerliche Demokratie und Faschismus sich widersprechen oder absolute Gegenentwürfe sind. Der Hitler-Nazifaschismus ist ein Beweis dafür, dass der Faschismus aus dem **Schoss der Demokratie hervor kroch** und auch **heute wieder hervor kriecht**.

Es sind auch die bürgerlichen Parteien, die faschistisches Gedankengut in der Gesellschaft und im Parlament hoffähig machen. Mal wird es unter dem Begriff „Patriotismus" versteckt, mal unter „Heimatliebe", mal ist es „deutsche Identität". Ihre Kritik an den rassistischen, antisemitischen Ausfällen einer AFD ist verlogen. Sie hofieren die Faschisten im Parlament, sitzen zusammen in Ausschüssen und wählen diese als Vorsitzende.

„Deutsche Identität stiftend" ist neuerdings das staatlich befohlene Anbringen von **christlichen Kreuzen** in allen Amtsstuben in Bayern. Demokratische Grundrechte wie **Religionsfreiheit** werden mit Füßen getreten. Die christliche Religion wird weiterhin zur Staatsreligion empor gehoben. Damit werden andere Religionen ausgeschlossen. Sie gehören eben nicht zur deutschen Identität.

Eins muss uns klar sein, eine **kollektive deutsche Identität,** an der von Bild bis Spiegel, von Gauck bis Gauland gearbeitet wird, bedeutet für MigrantInnen, für Andersdenkende, für AntifaschistInnen in diesem Land und für die Welt nichts Gutes.

Eine verordnete kollektive deutsche Identität führte zu zwei Weltkriegen, zum historisch einmaligen industriellen Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma. Sie führt naturgemäß zur Uniformierung der Gesellschaft, zum Ausschalten des Denkens, zum Kadavergehorsam, zum willenlosen deutschen Soldaten. Ein Soldat, der für imperialistische Kriege, für Eroberungen und Ausbeutung anderer Länder bestens geeignet ist.

Nur wer begreift, dass der **Faschismus auch eine Herrschaftsform des Kapitals** ist, versteht auch, dagegen zu kämpfen. Wir müssen ihn an seiner Wurzel packen. Wer bei der Bundestagswahl geglaubt hat, mit der Wahl von SPD, Grünen und Linke den Faschismus zu verhindern, irrt sich gewaltig.

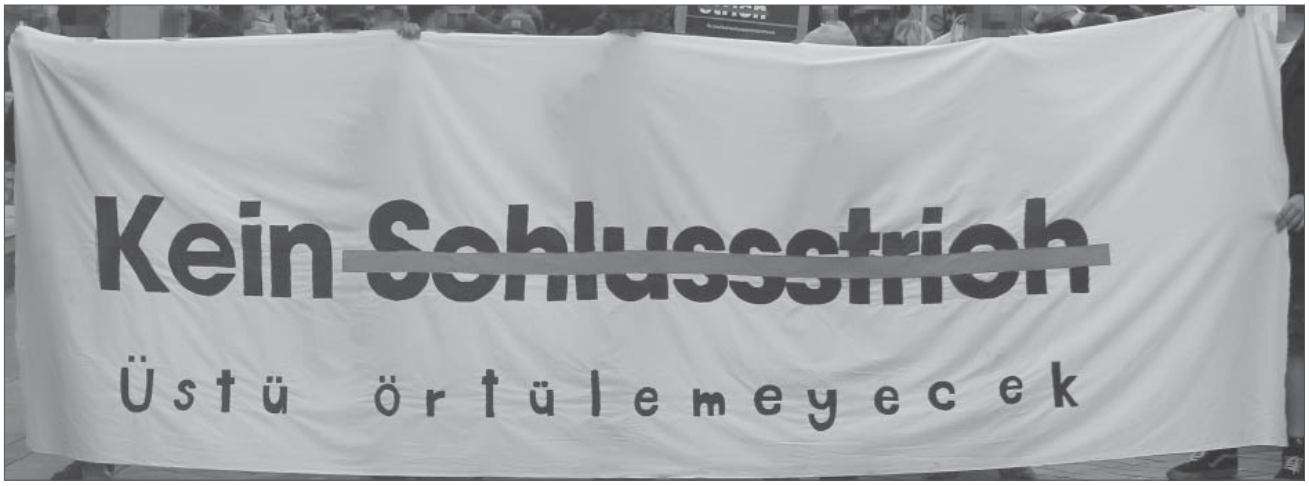
Wer den **Boden des Parlamentarismus** nicht verlässt und nicht eine **revolutionäre Alternative** auf der Straße, in den Betrieben, in den Schulen/Universitäten, in der gesellschaftlichen Debatte dagegen setzt, hat jetzt schon verloren…

Die Faschisierung ist nicht ausgelöst von Millionen verunsicherter Werktätigen, von Enttäuschten und Abgehängten wie es die Medien behaupten. Der Faschismus ist eine Option in der Strategie des deutschen Kapitals.

Der Kampf gegen Rassismus, Islamophobie, Faschismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie muss zugleich als ein Kampf gegen das kapitalistische-imperialistische System geführt werden.

Rassismus bedeutet Spaltung der Gesellschaft in WIR und DIE ANDEREN!

Gegen jede Deutschtümelei und deutschen Chauvinismus!
Lassen wir uns nicht spalten!
Unbedingte Solidarität und gemeinsamer Kampf mit den Betroffenen rassistischer und faschistischer Gewalt!
Die Welt ist bunt und vielfältig –
eine andere Welt ist möglich!
Leben allein und frei wie ein Baum
und geschwisterlich wie ein Wald …
das ist unsere Sehnsucht …
und diese Sehnsucht werden wir verwirklichen!



Internationale Diskussion
Über die Theorie der „neuimperialistischen" Länder

Vorbemerkung

Wir veröffentlichen einen Auszug aus der in deutscher Übersetzung neu erschienenen Broschüre von Bolşevik Partizan: „Was bestimmt die Entwicklungen in der Welt 2018? Streben der imperialistischen Großmächte um Welthegemonie oder die Herausbildung ‚neuimperialistischer Länder'?" [1] Angesichts der aktuellen Währungskrise der türkischen Lira und den sich zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Großmächten und der Türkei spielt die Einschätzung, ob sie ein kapitalistisch-abhängiges oder ein „neuimperialistisches" Land ist, eine wichtige Rolle. In der Ausgabe 77 von TA haben wir die Kritik der Zeitschrift „Proletarische Revolution" Österreich zur Theorie der „neuimperialistischen Länder" der MLPD zur Diskussion gestellt.

Türkei: „Neuimperialistisch"?

Über viele der von der MLPD als „neuimperialistisch" bewerteten Länder haben wir keine eigene tiefgehende Analyse. Diese ist unserer Meinung nach vor allem Aufgabe der marxistisch-leninistischen Kräfte im jeweiligen Land. Wir können, was andere Länder betrifft, ausgehend von der marxistisch-leninistischen Theorie, nur relativ allgemeine Einschätzungen treffen. Zu Nordkurdistan/Türkei allerdings können wir konkret Position beziehen, da wir deren sozio-ökonomische Entwicklung analysiert haben.

Wenn wir heute die Politik der herrschenden AKP-Regierung gegenüber den westlichen imperialistischen Mächten und umgekehrt betrachten, können wir eindeutig von einer **massiv anwachsenden Rivalität** sprechen. Die Rhetorik beider Seiten bezeichnet die jeweils andere Seite öfter eindeutig als Feind, auch wenn die Türkei als Mitglied der NATO offiziell „Bündnispartner" der westlichen imperialistischen Mächte war und noch ist – und obwohl die Türkei sehr starke ökonomische und militärische Beziehungen mit den westlichen imperialistischen Mächten hat, die nicht so leicht gekappt werden können.

Es vergeht kein Tag, an dem der Staatspräsident der Türkei, R. T. Erdoğan, und Mitglieder der AKP-Regierung die westlichen imperialistischen Mächte, vor allem aber Holland, Deutschland, Österreich, Frankreich und die EU als Ganzes sowie die Schweiz pauschal als „Unterstützer des Terrorismus", „als Verräter", als „Doppelzüngler", „Doppelstandardler" brandmarkt. Die Methoden vieler westlicher PolitikerInnen gegenüber AKP-Regierungsmitgliedern und -Anhängern werden „faschistisch" genannt, einige deutsche und österreichische PolitikerInnen als „Nachkommen der Nazis" bezeichnet.

Die westlichen, vor allem europäischen, imperialistischen Mächte werden beschuldigt, dass sie sich feindlich gegenüber der Türkei verhalten, weil sie eine „neue Türkei", die eine „unabhängige nationale Politik betreibt", nicht wollen und Angst vor einem weiteren Erstarken der Türkei haben. Auch dem US-Imperialismus gegenüber tritt die türkische AKP-Erdoğan-Regierung heute ganz anders auf, als in den Anfängen ihrer Regierungszeit. In Syrien sind die USA und die Türkei teilweise Kriegsgegner.

Erdoğan spielt sich als antiimperialistischer Kämpfer, als „Vertreter aller, vor allem muslimischen Unterdrückten dieser Welt" auf.

Dem gegenüber gibt es keinen Tag, an dem nicht in den westlichen Medien von nahezu allen PolitikerInnen, von offen faschistischen Kräften bis zu den aller linkesten, „Erdoğan-Bashing" als fester Bestandteil der Tagespolitik praktiziert wird. Erdoğan wird von ihnen beschuldigt, die Türkei von „der Demokratie in eine Ein-Mann-Diktatur" zu führen.

Viele deutsche Politiker haben öffentlich massiv eine „Nein"-Kampagne anlässlich des Referendums am 16. April 2017 über die Verfassungsänderung in der Türkei betrieben. Offensiv wurde der Sturz von Erdoğan und der AKP-Regierung herbeigeredet und gesehnt.

1 Bolşevik Partizan, Sayı/Hejmar: 180 – Temuz/Tirmeh 2018, „2018'De DÜNYADAKI GELIŞMELERİ BELİRLEYEN NE? Emperyalist büyük güçlerin dünya hegemonyası için dalaşı mı, yoksa ‚Yeniemperyalist Güçler'in ortaya cıkması mi?". Deutsche Übersetzung in „Wichtige Artikel von Bolşevik Partizan – Zeitschrift für den Aufbau der Bolschewistischen Partei in Nordkurdistan/Türkei", Nr. 43 – August 2018.
Zu bestellen bei: info@bolsevikparti.org

Auch bei den diesjährigen Wahlen im Juni 2018 wiederholte sich das Gleiche. Nach dem Putschversuch der „Gülenisten“ [2] im Juli 2016 haben sich Europa und die USA vorerst als sicherer Hafen für die Putschisten erwiesen. Es wurde teilweise darüber fantasiert, ob der Putschversuch gegen Erdoğan und die AKP-Regierung, ein von ihm inszeniertes Theater war.
Ist das vielleicht ein Ausdruck der Rivalität unter imperialistischen Mächten? Ist die Türkei vielleicht schon ein neues, imperialistisches Land, welches nun mit den ehemaligen imperialistischen Herren des Landes relativ auf Augenhöhe rivalisiert?

Inhalt

„Neuimperialistische Länder“ –
Neue Kategorie in der imperialistischen Welt?
Über einige „grundlegende Merkmale“ der „neuimperialistischen Länder“
Lenin und die Kategorie „neuimperialistische Länder“
Wer beherrscht die Welt? Wer kämpft um die Hegemonie in der Welt?
Kräfteverhältnisse im imperialistischen Weltsystem verändern sich …
Kapitalexport

Türkei: „Neuimperialistisch”?
Größte Konzerne der Türkei
Kapitalexport des türkischen Finanzkapitals
Zu den angeführten Daten
Türkei – ein „Netto-Kapitalimport”-Land
Handelsbilanz der Türkei – defizitär seit 1946
Struktur des Außenhandels
Militärmacht
Debatte über die Strategie der Revolution
Unsere Analyse für Nordkurdistan/Türkei
Rhetorik und Realität

Die MLPD ist sich in ihrer Theorie der „neuimperialistischen Länder“ in der Antwort auf diese Frage sicher. Nach ihrer Meinung ist die Türkei ein „neuimperialistisches Land“. Um diese Behauptung zu untermauern, führt sie u.a. folgende Begründungen an: *„Erdoğan will ein vereintes Rojava verhindern und einen Brückenkopf schaffen, um der Türkei einen vorherrschenden Einfluss im Nahen und Mittleren Osten zu sichern. Hintergrund für dieses aggressive Vordringen ist die Entwicklung der Türkei zu einem neuimperialistischen Land, dessen Monopole vehement expandieren.*“ [3]
Hier zeigt sich eine tiefe Unkenntnis der einfachsten geschichtlichen Fakten der Entwicklung der Türkei.

Die **Ambitionen der türkischen Bourgeoisie**, sich im Nahen und Mittleren Osten einen vorherrschenden Einfluss zu sichern, sind **keineswegs neu**. Es sind eben nicht Erdoğans Bestrebungen alleine! Er ist einer der politischen Vertreter der türkischen Bourgeoisie!
Die Diktatur in der Türkei ist nicht eine „Ein-Mann-Diktatur“, sondern die **Diktatur einer Klasse** und zwar eben dieser türkischen Bourgeoisie! Schon **1974** hat die türkische Armee, teilweise gegen den Wunsch der NATO, den **Norden Zyperns** militärisch besetzt. Diese Besatzung dauert bis heute an. Das war ein imperialistischer Akt eines Landes, dessen Kapitalexport zu diesem Zeitpunkt bei fast Null lag!
Es ist für **alle regionalen Mächte** im Nahen und Mittleren Osten, aber nicht nur da, gang und gebe, dass sie vor Ort bestimmenden Einfluss gewinnen und absichern wollen. Dafür ist es nicht notwendig, „neuimperialistisch“ zu sein.
Kapitalistisch, nationalistisch, chauvinistisch zu sein und so zu handeln, reicht aus, wenn man dazu die nötige militärische Kraft hat und die internationalen Bedingungen günstig sind.
Hinsichtlich **Rojava (Westkurdistan)** ist folgendes festzuhalten: Das ist ein Landstreifen am nördlichen Grenzgebiet Syriens zur Türkei, der überwiegend von Kurden besiedelt ist. Außer der kurdischen Bevölkerung leben auch andere ethnische Gruppen wie Araber, Turkmenen, Yesiden etc. in dem Gebiet. Die Bevölkerung ist nicht nur ethnisch sondern auch hinsichtlich Religion und Konfession vielfältig.
Der syrische Zentralstaat ist seit 2011 bekanntlich auseinander gefallen und ein, wie es neumodisch heißt, „failed state“. Es tobt ein Krieg auf dem Territorium dieses „gefallenen Staates“ um die Beute.
Die Türkei hat eine über 800 km lange Grenze zu Rojava (Westkurdistan) in Syrien. Hier kämpfen alle imperialistischen Großmächte, vor allem die **USA und Russland**, speziell aber auch der **deutsche Imperialismus**, um ihre Einflusssphären zu sichern und das Gebiet unter ihre Kontrolle zu bringen.
Die regionalen Mächte wie Saudi Arabien, Iran, Israel und die Türkei mischen in diesem Krieg auch kräftig mit und versuchen bei der „Neuordnung“ Syriens, das Maximum für sich herauszuschlagen.
Fakt ist weiter, die PKK führt gegen die Türkei seit 1984 einen **gerechten Krieg** und wird vom faschistischen

2 Islamische Sektenorganisation unter der Kontrolle des CIA
3 „Neuimperialistische Türkei auf Expansionskurs“, RF 21/2016, S. 22

türkischen Staat zum terroristischen Feind deklariert. Der türkische Staat versucht durch einen barbarischen Krieg, die PKK zu vernichten. Die PKK wiederum hat in Rojava großen Einfluss.

Für die türkischen herrschenden Klassen und ihren faschistischen Staat sind die in Rojava und Syrien Krieg führenden Organisationen, wie PYD, YPG, YPJ etc. nichts anderes als der verlängerte Arm der PKK. Sie werden genauso wie die PKK als „terroristische Organisationen", die die territoriale Integrität der Türkei angreifen, tituliert. Eine PKK-freundliche Herrschaft in Rojava wird vom türkischen Staat und von der türkischen Bourgeoisie als existentielle Bedrohung angesehen.

Dabei sieht das Programm der PKK seit langem nicht mehr die Lostrennung vom türkischen Staat und die Gründung eines Nationalstaates in Kurdistan vor! Aber das bringt die türkische Bourgeoisie nicht davon ab, das Gespenst der „Spaltung" weiterhin an die Wand zu malen.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass die türkischen herrschenden Klassen unbedingt mit all ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ein **vereintes Rojava verhindern** wollen. Dazu braucht die Türkei nicht „neuimperialistisch" zu sein. Es reicht aus, dass sie türkisch, nationalistisch und chauvinistisch ist. Natürlich will die türkische Bourgeoisie bei der Neuaufteilung der zerfallenden Staaten im Nahen Osten, momentan konkret Irak und Syrien, auch am Tisch der Wölfe sitzen, mitreden und dabei versuchen, einen so groß wie möglichen Brocken für sich heraus zu schlagen.

Das heißt: Auch ohne die PKK-Nähe der YPG, PYD, YPJ wäre eine Intervention des türkischen Staates in Syrien höchst wahrscheinlich. Selbstverständlich hat die türkische Bourgeoisie ein Interesse daran, vom Energiereichtum in dieser Region zu profitieren. Selbstverständlich hat sie ein Interesse daran, ökonomisch beim Wiederaufbau der kriegszerstörten Länder zu verdienen, ihre Waren abzusetzen, Kriegsgeräte zu verkaufen etc. Sie hat selbstverständlich imperialistische, annektionistische Wünsche, Träume, die sie, wenn die Bedingungen es erlauben, auch in die Tat umsetzen wird.

Zu diesen Träumen gehören beispielsweise ganz konkret **Gebietsansprüche auf Mosul und Kirkuk** im **Irak** (Süd Kurdistan), die im Waffenstillstandsabkommen von Mudros vom 30. Oktober 1918 noch als innerhalb der „nationalen Grenzen der Türkei" festgeschrieben wurden. Sie will diese erdölreiche Gegend „heim ins Reich" holen. Zu diesen Träumen gehört auch, dass die Türkei das **Zentrum der islamisch-sunnitischen Welt** werden will. Sie will, dass die Türkei wieder die Größe des ehemaligen osmanischen Reiches gewinnt. Träume sind aber keine Realitäten.

Real geht es der türkischen Bourgeoisie im laufenden Krieg an den südlichen Grenzen des türkischen Staates vor allem darum, zu verhindern, dass die Türkei ein ähnliches „Schicksal" wie Irak und Syrien trifft, dass ihre Integrität und Souveränität in den heutigen Grenzen in Frage gestellt wird. Diese Option ist durchaus realistisch, falls eine der Großmächte gegenüber der Türkei direkt die kurdische Befreiungsbewegung unterstützt und für ein „unabhängiges " Kurdistan gegen die Türkei Stellung bezieht.

Das ist die größte Angst, ja geradezu Paranoia der türkischen Bourgeoisie, dass die Imperialisten die Türkei zu den Bedingungen des Pariser Vertrages (Sèvres), in dem die **Gründung eines Kurdistans und Armeniens**

in der Türkei vorgesehen ist, zurückbringen wollen.

Der **Völkermord an den Armeniern** und die **Vertreibung der Griechen** aus der Türkei im Zuge des ersten Weltkriegs ist die Gründungsgrundlage der neuen türkischen Republik. Schon als die türkische Republik noch im Entstehen war, im Kampf gegen die imperialistisch-kolonialistische Besatzung Anatoliens am Ende des ersten Weltkriegs, war die Politik der türkischen Bourgeoisie gegenüber der **kurdischen Nation eine kolonialistische, türkisch-nationalistische Assimilationspolitik**.

Die heutige Politik gegenüber Rojava ist nicht neu und kein Beweis dafür, dass die Türkei „neuimperialistisch" ist. Auch als die Türkei keine starken Monopole hatte, die zur Expansion drängten, betrieben die türkischen Herrschenden in der kurdischen Frage die gleiche Politik. Übrigens nicht nur gegenüber den Kurden! 1939 wurde **Hatay** (Hatay gehörte zu Syrien – damals noch französisches Mandatsgebiet im Übergang!) unter für die Türkei günstigen internationalen Bedingungen **„zurückannektiert"**!

Das heißt, bei einer Neuordnung im Kampf der Großmächte werden alle regionalen Mächte, neben der Türkei gehören dazu auch Israel, Saudi Arabien, Iran das Beste für sich selbst herauszuholen versuchen. Das machen nicht nur imperialistische Mächte, sondern alle reaktionären Regime.

Größte Konzerne der Türkei

In der Argumentation der MLPD werden folgende Fakten aufgeführt: In der Liste des Fortune Magazins der 500 größten Konzerne im Jahre 2015 steht das türkische „Übermonopol" Koç Holding *„auf Platz 420 mit einem Umsatz von 25,5 Milliarden US-Dollar und weltweit 91 304 Beschäftigten".*

Und *„Weitere elf türkische Monopole gehören zu den 2000 größten der Welt. Darunter befindet sich Sabanci Holding mit 63 281 Beschäftigten und einem Umsatz von 11,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2015, sowie die Işbank, die größte Bank der Türkei mit zahlreichen Niederlassungen im Ausland, unter anderem in Deutschland und Russland. Sie brachte es 2015 auf einen Umsatz von 14,6 Milliarden US-Dollar".* [4]

Erstens ist der Begriff **„Übermonopol"** kein marxistischer Begriff. Er suggeriert die Existenz übermächtiger Monopole in der kapitalistischen Wirtschaft, die z.B. in einer Sparte über alles bestimmen und sozusagen konkurrenzlos sind. Das ist Phantasie und nicht die Wirklichkeit. Im Imperialismus ist die Konkurrenz nicht aufgehoben, sondern spielt sich auf einer höheren Stufe ab: Als Konkurrenz unter den Monopolen.

Natürlich existieren neben all den großen Monopolen noch kleinere, mittlere und größere, aber absolut „allein herrschende" Monopole existieren in keiner Sparte der Wirtschaft.

Zweitens: Bürgerliche Wirtschaftsmagazine veröffentlichen jedes Jahr **unterschiedliche Ranglisten** der 500 bzw. 2 000 größten Konzerne der Welt. Die am häufigsten zitierten Listen sind: „Fortune 500 List Global" von der amerikanischen Zeitschrift Fortune und „Forbes 2000 List Global" von der amerikanischen Zeitschrift Forbes. Diese Listen unterscheiden sich voneinander, da voneinander abweichende Daten für das Ranking herangezogen werden.

Das Ranking der **Fortune-Liste** basiert nur auf den Umsatzzahlen der jeweiligen Firmen in dem gegebenen Jahr. Das Ranking der **Forbes-Liste** nimmt vier Daten zur Grundlage: Umsatz, Profit, Vermögen und Marktwert. Wie aus diesen vier Daten das Ranking errechnet wird, ist aus der Liste nicht ableitbar.

Wenn wir die **„Fortune 500"-Liste** von **2016** zur Grundlage nehmen, finden wir unter den 500 aufgelisteten Firmen **eine** aus der Türkei: Die **Koç Holding** mit einem **Umsatz über 25,515 Milliarden** US-Dollar an 419. Stelle. Diese Liste wurde von **WalMart** mit einem Verkaufsergebnis von **482,130 Milliarden** US-Dollar angeführt.

In der **„Fortune 500"-Liste** von **2017** ist die **Koç Holdi**ng mit einem Umsatz von **23,456 Milliarden** US-Dollar auf Rang 463 abgerutscht. Der **WalMart-Umsatz** im selben Jahr betrug **485,873 Milliarden** US-Dollar. So wie die MLPD diese bürgerliche Liste über den Umsatz liest, ist wohl ein **Handelsriese** das größte **„alles entscheidende", „Übermonopol"!!?**, die entscheidende Kraft in der Weltwirtschaft!?

Wir wissen aber, dass die **reale Größe der Wirtschaft** vor allem in der **Produktion** liegt! Die Produktion ist die reale Grundlage der Wirtschaft überhaupt. Wie verträgt sich diese marxistische These mit der „Fortune 500"-Liste? Überhaupt nicht, denn diese Liste verschleiert mehr die wirklichen Verhältnisse als sie offen zu legen.

Aber auch wenn man diese Liste zur Grundlage der Analyse und der Politik macht: Bei dieser Liste heben sich die ersten **53 Firmen** mit einem Verkaufsergebnis von über 100 Milliarden US-Dollar vom Rest der Liste ab. Nach den TheoretikerInnen der „Übermonopole" müssten sie wohl „Über-Übermonopole" heißen!!! Wenn wir das größte „Übermonopol" der Türkei mit den wirklich Großen vergleichen, relativiert sich diese „Größe", und wir erhalten ein realistischeres Bild. [5]

Auf der **Forbes-Rangliste 2017** „The world's biggest public companies" – Die größten börsennotierten Firmen der Welt – ist **kein Monopol aus der Türkei** unter den ersten 500 Rangplätzen der größten Firmen aufgeführt. Allerdings befinden sich unter den **größten 2000 Firmen** insgesamt **zehn** und zwar:

Milliarden US Dollar [6]

Rang	Firma	Umsatz	Profit	Vermögenswerte	Marktwert
647	Garanti Bank	9,5	1,7	92,9	9,0
677	Isbank	14,3	1,6	115,8	6,2
717	Koç Holding	27,1	1,3	27,6	8,0
750	Akbank	7,6	1,7	89,8	7,9
779	Sabancı Holding	12,2	1,1	91,8	4,7
873	Halkbank	7,7	1,1	82,3	2.2
935	VakifBank	6,8	1,1	69,1	3,3
1294	Turkish Airlines	11,7	0,475	18,5	5,2
1436	Erdemir	5,4	1,1	8,0	8,4
1969	Ford Otosan	7,4	0,449	3,3	4,6

Zehn Monopole aus der Türkei unter den 2000 „größ-

4 RF 21/2016, S. 22

5 fortune.com/global500/list/

6 www.forbes.com/global2000/list/#country:Turkey

ten börsennotierten Firmen der Welt". (2016 waren es elf) Das hört sich ziemlich „imperialistisch" an! Bezeichnend ist, dass selbst wenn wir diese zehn Firmen zusammennehmen, sie **weder was ihre Umsätze, noch ihre Profite**, geschweige denn was ihr **Gesamtvermögen oder ihren Marktwert** betrifft, an die **wirklich großen imperialistischen Weltmonopole** heranreichen.

Um die tatsächlichen Verhältnisse zu verstehen und zu veranschaulichen, hier die Vergleichszahlen der **ersten fünf** der **Forbes-Liste „Global 2000"** für das Jahr **2017:**

Milliarden US Dollar [7]

Rang	Firma	Umsatz	Profit	Vermögenswerte	Marktwert
1	ICBC (China)	165,3	43,7	4210,9	311
2	China Construction Bank	143,2	37,2	3631,6	261,2
3	JPMorgan Chase	118,2	26,5	2609,8	387,7
4	Berkshire Hathaway	235,2	39,7	702,7	491,9
5	Agricultural Bank of China	129,3	29,6	3439,3	184,1

Umsätze …

Die Gesamtsumme der Umsätze aller **elf** im Jahre **2016** in der Forbes-Liste „Global 2000" gelisteten **Monopole aus der Türkei** belief sich auf **104,3 Milliarden** US-Dollar. Das waren **21,6 Prozent** des Umsatzes von **Wal Mart** im selben Jahr (482,1 Milliarden US-Dollar). Die Gesamtsumme der Umsätze aller zehn größten Monopole der Türkei betrug im Jahr 2017 **109,7 Milliarden** US-Dollar. Das waren im Verhältnis zum Umsatz von Wal Mart – 485,873 Milliarden US-Dollar im Jahre 2017 – **22,5 Prozent**.

Der Umsatz der **zehn größten börsennotierten Monopole** der Türkei insgesamt war um **55,6 Milliarden** US-Dollar niedriger als der Umsatz der **Nr. 1 der börsennotierten Firmen der Welt, der ICBC** (International Construction Bank of China – Internationale Bau/Konstruktion Bank)!

Profite …

Die Profite der **zehn größten „Übermonopole!!"** der Türkei beliefen sich 2017 zusammengenommen auf 11,624 Milliarden Dollar! Etwa ein **Viertel des Profits** der **ICBC**!

Vermögenswerte …

Der Gesamtvermögenswert aller **zehn größten börsennotierten Firmen** der Türkei lag 2017 bei 599,1 Milliarden US-Dollar. Allein der **Vermögenswert der ICBC** ist das **Siebenfache** davon!

Marktwert …

Der Gesamtmarktwert aller **zehn größten** in der Forbes-Liste 2000 aufgelisteten **türkischen Monopole** betrug 59,8 Milliarden US-Dollar in 2017. Ein **Fünftel des ICBC Wertes**!

So sehen die wirklichen Verhältnisse aus! Die Theoretiker der „neuimperialistischen Länder" nehmen diese Listen und interpretieren sie so, wie es in ihre Theorie passt. Als Beweis führen sie die Tatsache an, dass auch türkische Monopole sich in der Liste der größten 2000 oder auch 500 Monopole befinden. Damit denken sie wohl, ist der Beweis geführt.

Hier stellt sich die Frage: Ab wie vielen bei „Forbes Global 2000" gelisteten Firmen wird ein Land imperialistisch, bitte schön? Und ab welcher Rangzahl gehört ein x-beliebiges Monopol zu den wirklichen „Global Playern"? Die enormen Unterschiede unter den Firmen, die in diesen Listen aufgeführt werden, zeigen ganz klar, dass es falsch ist, sich allein auf die Tatsache zu berufen, diese oder jene Firma stehe doch auf diesen Listen, um zu beweisen, dass ein Land imperialistisch ist.

Wenn diese Listen als Belege herangezogen werden, ist es völlig unverständlich warum die Theoretiker der „neuimperialistischen Länder" die Länder **Taiwan**, auf „Forbes Global 2000" aus dem Jahr 2016 mit **47** Firmen vertreten, **Irland** mit **19**, Singapur mit **17**, **Malaysia** mit **15**, **Thailand** mit **15** oder die **Philippinen** mit **9** nicht zu den „neuimperialistischen Ländern" rechnen.

Demgegenüber werden Länder wie **Argentinien**, das auf dieser Liste mit **2** Firmen vertreten ist, **Indonesien** mit **6** und der **Iran**, der auf dieser Liste gar **nicht existiert**, zu „neuimperialistischen Ländern" erklärt. Allein das zeigt eindrücklich, wie willkürlich und unwissenschaftlich diese Theorie ist.

Ja, zehn große Firmen bzw. Monopole aus der Türkei werden für das Jahr 2017 aufgeführt:

Fünf Banken, darunter die **Akbank**, die Hausbank der **Sabancı Holding**; insofern sind es **neun Monopole**. Davon sind **drei**, **Türkisch Airlines, Halkbank** und **Vakifbank**, **staatliche** Monopole. Der **Erdemir Stahlkonzern** wurde 1960 auch als staatliches Monopol gegründet und später privatisiert. Jetzt ist er Teil der **OYAK Holding**.

Das besagt nicht mehr und nicht weniger als Folgendes: Die Türkei ist ein kapitalistisches Land, in dem sich auch, im Weltmaßstab gemessen, **mittelgroße**

7 https://www.forbes.com/global2000/list/

Monopole herausgebildet haben. Eindeutig ist die Türkei unter den vom Imperialismus abhängigen, kapitalistischen Ländern eines der Länder, in dem die **materielle Grundlage** für die **Entwicklung in Richtung zu einer imperialistischen Macht** gegeben ist. Ihre Monopole spielen schon heute in manchen Branchen, wie z.B. der Leichtindustrie, bei Waren wie Kühlschrank, Waschmaschine, TV, in der Textilindustrie und im Bausektor eine **wichtige Rolle**.

Die Türkei arbeitet auch in der Waffenindustrie fieberhaft daran, sich unabhängig zu machen und hat dabei in den letzten Jahren Erfolge verbucht. Das sind Fakten.

Andererseits müssen wir selbstverständlich auch bei diesen „türkischen" Monopolen die **Struktur des Kapitals** untersuchen. Wenn wir das machen, sehen wir, dass bei diesen nach Lesart der MLPD großen türkischen „Über!!"Monopolen, besonders bei **privatkapitalistischen, das ausländisch-imperialistische Kapital wesentlich beteiligt** ist.

Die **Koç Holding** und **Sabancı Holding** sind die **zwei größten privatkapitalistischen Monopolgesellschaften** der Türkei. Sie sind mit dem **internationalen Finanzkapital** fest verwoben. Viele der größeren Firmen im Rahmen dieser Holdings sind **„Partner" eines ausländischen Monopols**. Das heißt, diese „türkischen" Firmen sind teilweise der **verlängerte Arm** der **größeren Monopole aus den zumeist imperialistischen Ländern**. Das schließt nicht aus, dass diese türkischen Firmen selbst auch Investitionen im Ausland tätigen und ausländische Firmen aufkaufen etc.

Bei den im Konzerngeflecht der **Koç Holding** tätigen größeren Firmen sieht „die Partnerschaft" des ausländischen Kapitals folgendermaßen aus: [8]

Firma	Partner
Arçelik LG Klima (Kühlgeräteproduktion)	LG Electronics (Süd Korea)
Ford Otosan (Autoproduktion)	Ford Motor comp. (USA)
Yapı Kredi Koç Finansal Hizmetler (Finanzsektor)	Uni Credit Group (İtalien)
Koçtas Yapi Marketleri (Bausektor)	B&Q (England)
Türk Traktör (Größter Traktorproduzent der Türkei)	CNH (Italien)
Tofaş Türk Otomobil Fabrikası (Autoproduktion)	Fiat Auto SPA (Italien)
Opet Fuchs Madeni Yag ve Ticaret (Mineralöl & Handel)	Fuchs Petrolub AG (D)

Allerdings ist auch Fakt, dass die größten Firmen im Rahmen der Koç Holding, Arçelik (Leichtindustrie) und Tüpraş (Raffinerie) fast ohne ausländische Beteiligung existierende türkische Firmen sind. Das größte Industrieunternehmen der Türkei mit dem höchsten Umsatz ist Tüpraş. Das ausländische Kapital ist hier nur mit einem Anteil von 2,5 Prozent beteiligt.

Bei den im Rahmen der **Sabancı Holding** [9] tätigen größeren Firmen sehen die ausländischen „Partnerschaften" folgendermaßen aus:

Firma	Partner
EnerjiSA (Energiesektor)	Verbund Österreichische Elektrizitätswirtschaft AG Partner mit 49,99 Prozent, 2014 hat E.ON (D) übernommen
DuSA (Chemie)	DuPont (USA)
AkcanSA (Zement)	Heidelberger Zement (D)
ToyotaSA (Auto)	Toyota Mitsui (Japan)
BRISA (Autoreifen)	Bridgestone (Japan)
Akbank	Citibank (USA)
BNP/AK/Dresdener	BNP (F), Dresdener Bank (D)
ExSA (Finanz)	Exsa (England)
Aviva (Versicherung)	Aviva (England)
PhilSA (Zigaretten)	Philip Morris (USA)
DanoneSA (Lebensmittel)	Danone (F)
CarrefourSA (Einzelhandel)	Carrefour (F)

Auch hier ist Fakt: Einer der **führenden Textilproduzenten** in der Welt ist die Firma Kordsa, Konzern in der Sabancı-Gruppe. Bei Kordsa hat ausländisches Kapital keinen bedeutenden Anteil.

Unsere Schlussfolgerungen sind:

Viele der größeren Firmen unter dem Dach der zwei mächtigsten türkischen Holdings sind **groß auch durch ausländische Investitionen in diese Monopole.** Das gilt auch umgekehrt.

Wenn nur auf Grundlage der Forbes-Liste „Global 2000" die Tatsache zitiert wird, dass in dieser Liste der größten Unternehmensgesellschaften der Welt zehn Firmen aus der Türkei aufgelistet sind, ohne auf die internationalen Verflechtungen dieser Firmen hinzuweisen, wird das türkische Kapital, bzw. der türkische Kapitalismus **viel stärker** dargestellt als er in Wirklichkeit ist. Dadurch können sehr schnell ganz **falsche Schlussfolgerungen** gezogen werden.

Auf der anderen Seite zeigen aber diese Tabellen auch, dass die **größten türkischen Monopole** bei der Wahl ihrer ausländischen „Partner" nicht auf **ein imperialistisches Zentrum konzentriert** sind, sondern mit „Partnern" aus verschiedenen westlichen imperialistischen Ländern, aber auch aus Ländern wie Südkorea zusammenarbeiten. Aktuell kommen nach und nach auch Partner aus dem „Osten" dazu. Das gibt dem türkischen Großkapital und seinem Staat mehr Möglichkeiten, **„unabhängiger"** zu agieren.

8 www.koc.com.tr/tr-tr/faaliyet-alanlari/yabanci-ortaklar

9 www.sabanci.com/tr/sabancitoplulugu/tarihce/k-10

Kapitalexport des türkischen Finanzkapitals

Von den Theoretikern der „neuimperialistischen Länder" wird hinsichtlich der Türkei weiter ausgeführt:
*„Den türkischen Monopolen wurde bald der einheimische Markt zu eng. Es reichte ihnen nicht, immer mehr Waren zu exportieren. Als ein klassisches Merkmal imperialistischer Entwicklung hat die Türkei deshalb ihren **Kapitalexport** zwischen 1990 und 2015 dreimal so schnell gesteigert wie den Warenexport. Er wurde von 1,15 auf 44,7 Milliarden Dollar um fast das 40-Fache gesteigert."* [10]
Welchen Stellenwert türkische Monopole im imperialistischen System einnehmen, haben wir oben anhand der größten Holdings der Türkei konkret gezeigt. Das sind internationale Monopole, die eine Kooperation mit türkischem Kapital eingegangen sind; oder umgekehrt: Türkische Monopole, die mit ausländischem imperialistischen Kapital verschmolzen sind. Ja, türkische Monopole tätigen auch **verstärkt Kapitalexport**, der bei jeder einigermaßen größeren Kapitalgesellschaft das Normale ist. Und dieser Kapitalexport entwickelt sich. Das macht die Türkei aber nicht automatisch zu einem „neuimperialistischen Land".

Zu den angeführten Daten

Für 1990 wird der Kapitalexport der Türkei von der MLPD mit 1,15 Milliarden US-Dollar angegeben. Richtig wäre, hier **nicht allgemein** von **Kapitalexport**, sondern von **Direktinvestitionen** zu sprechen. Denn die Statistiken, laut UNCTAD World Investment Report, die die MLPD zitiert, enthalten die Angaben der Direktinvestitionen eines Landes im Ausland (FDI outflows). [11] In dem von ihr zitierten World Investment Report (WIR) werden die Direktinvestitionen der Türkei ins Ausland für das Jahr **1990 mit 16 Millionen** Dollar angegeben. Das bedeutet, der von der MLPD behauptete Kapitalexportwert für das Jahr 1990 von 1,15 Milliarden Dollar trifft nicht zu.
Erst im Jahre **2005** erreichte der Kapitalexport (richtig wäre: Die Summe der Direktinvestitionen) der Türkei die **Eine-Milliarde-US-Dollar-Grenze**, mit einem Wert von1,064 Milliarden Dollar.
Die Direktinvestition der Türkei für das Jahr **1991** wurde im gleichen Bericht (WIR) mit 27 Millionen US-Dollar angegeben. Dann steigerte sich dieser Wert, mit einigen Unterbrechungen, stetig. Gehen wir also von diesem Wert für das Jahr 1991 aus. Der Direktinvestitionswert der Welt betrug zu diesem Zeitpunkt 243 883, 2 Millionen Dollar. [12] D.h. der Anteil der Türkei an diesem **„Weltkapitalexport"** belief sich 1991 gerade einmal auf **0,01 Prozent**.
2015 betrug der Kapitalexport (Direktinvestition) weltweit 1 474 242 Millionen Dollar. [13] Der Direktinvestitionsexport der Türkei steigerte sich von 27 Millionen US-Dollar 1991, auf 4 778 Millionen US-Dollar im Jahre 2015. [14]
Zwischen den Jahren **1991 und 2015** ist das eine Steigerung um das **177-fache**. Das ist natürlich als absolute Zahl beeindruckend. Aber solche Steigerungen sind möglich, wenn der Ausgangspunkt gegen null tendiert. Das sagt über die wirkliche Stärke und den wirklichen Platz im **Weltkapitalexport-Ranking** nicht viel aus.
Der **Anteil des Kapitalexports** (Direktinvestition) **aus der Türkei** am Weltkapitalexport lag im Jahre **2015** bei **0,32 Prozent**. Das heißt, der Kapitalexport der Türkei hat sich in 25 Jahren von einem **Zehntausendstel-Anteil auf einen Tausendstel-Anteil** vorgearbeitet. Diese Entwicklung in den letzten 25 Jahren, vor allem aber in den 2000er Jahren, ist nicht gering zu schätzen aber auch nicht zu übertreiben.
Es ist eine **Übertreibung**, wenn daraus die Schlussfolgerung gezogen wird, die **Türkei sei eine „neuimperialistische" Macht**; wie es auf der anderen Seite eine **Geringschätzung** ist, wenn, die **Türkei** heute nach wie vor als eine **„Halbkolonie"** bewertet wird.
Die in dem oben angeführten Zitat der MLPD wiedergegebenen Zahlen sind nicht die Kapitalexportzahlen (in Form Direktinvestition im Ausland – FDI outflow) von einem Jahr, sondern Zahlen des Bestands der Direktinvestitionen im Ausland (FDI Stocks).
1990 betrug der Kapitalexportstock (Direktinvestitionsexportbestand) der Türkei (d.h. der akkumulierte Kapitalexportwert in Form der Direktinvestitionen bis zum Jahre 1990) 1,15 Milliarden US-Dollar. Das heißt, die Türkei hatte auch vor **1990**, als die Türkei auch nach Einschätzung der MLPD kein imperialistisches Land war, **Kapital exportiert**! Der Kapitalexportstock der Türkei war im Jahre 2015 auf 44,656 Milliarden US-Dollar angestiegen. Auf das 44-fache des Werts von 1990! Wieder enorm! Aber wenn man dann diese Zahl mit dem Weltkapitalexportstock von 2015 – 25 044,916 Milliarden [15] – vergleicht, kommen wir leicht auf die wirkliche Größe in der Welt: **0,18 Prozent des Weltkapitalexportstocks** in Form der Direktinvestitionen.
Das zeigt nicht mehr und nicht weniger, als dass der Kapitalexport der Türkei sich in den letzten 25 Jahren

10 RF 21/2016, S. 22
11 www.unctad.**wir**/Annex table 2. FDI outflows, by region and economy, 1990-2015
12 ebenda
13 WIR 2016, S. 196
14 WIR 2016, S. 198
15 WIR 2016, S. 200

enorm gesteigert hat. Aber sein Anteil am Weltkapitalexport (0,32 Prozent) und Kapitalexportstock (0,18 Prozent) bewegt sich noch im Bereich der Tausendstel.
Was das Verhältnis des **FDI Stock** in die Türkei und aus der Türkei in Bezug auf das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) der Türkei betrifft, sind die Zahlen folgendermaßen:

Jahr	**Kapitalimportstock** (Direktinvestitionstock) in die Türkei/BIP in Prozent **FDI inward stock**	**Kapitalexportstock** (Direktinvestition) aus der Türkei/BIP in Prozent **FDI outward stock**
1990	5,5	0,6
2015	19,8	6,1

Was besagen diese Zahlen? 2015 war zwar der Kapitalexportbestand in Form der Direktinvestitionen aus der Türkei ins Ausland verglichen mit dem von 1990 viel größer; aber nun machte der importierte, zum großen Teil imperialistische Kapitalimportbestand nahezu ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts aus, anstatt etwa ein Zwanzigstel von 1990. Das heißt nichts anderes als, die **Abhängigkeit vom ausländischen Kapital** hat, trotz enormen Anstiegs des Kapitalexports, **zugenommen**!
Andererseits aber ist das Tempo der prozentualen Zunahme des Kapitalexportstocks viel höher als die des Kapitalimports. Das zeigt, dass die **Entwicklung** in Richtung der **Reduzierung der Abhängigkeit** geht.
Einerseits bringt der gestiegene ausländische Kapitalimportstock mehr Abhängigkeit, andererseits ist das aber auch für das Tempo der Entwicklung des Kapitalismus in der Türkei ein Plus.

Türkei – ein „Netto-Kapitalimport"-Land

Wichtig für die Diskussion ist, in der Türkei existieren und entwickeln sich Monopole und Finanzkapital. Die türkischen Finanzkapitalisten kooperieren mit den Finanzkapitalisten aus verschiedenen, vor allem imperialistischen Ländern. Wobei jede Seite natürlich ihre eigenen Interessen verfolgt.
Das türkische Finanzkapital realisiert sowohl allein als auch im Bunde mit Kooperationspartnern Kapitalexport. Der Anteil ist, verglichen mit dem Kapitalexport der imperialistischen Länder, gering. Aber er nimmt zu. Die Richtung ist klar. Die Türkei will eine imperialistische Macht werden und bewegt sich auch in diese Richtung.
Die Frage, die es hier zu beantworten gilt, ist, ob die Türkei schon jetzt ein imperialistisches Land ist oder nicht. Bei der Beantwortung dieser Frage reicht natürlich nicht aus, festzustellen, ob und wie viel Kapitalexport getätigt wird, sondern es muss auch nachgefragt werden, wie der Stand des **Kapitalimports** aussieht und wie das Verhältnis beider insgesamt ist.
Um es kurz zu machen:
Das in die Türkei **eingeführte Kapital** in Form der Direktinvestitionen (FDI inflow) ist immer größer gewesen und ist auch **aktuell immer noch größe**r als der **Kapitalexport** (FDI outflow) der Türkei.
2015 stand dem Kapitalexport aus der Türkei von 4 778 Millionen US-Dollar ein Kapitalimport von 16 508 Millionen US-Dollar entgegen. Dieses Verhältnis betrifft nicht nur das Jahr 2015. Sondern das ist ein sich jedes Jahr wiederholendes Verhältnis, dass der **Kapitalexport der Türkei niedriger** ist als der **Kapitalimport**.
Das heißt, die Türkei ist hinsichtlich des Verhältnisses von Kapitalexport und Kapitalimport, bislang immer ein **defizitäres** Land, ein **„Netto-Kapitalnehmer"**, ein **„Netto-Kapitalimport"**-Land.
Wohin geht das in die Türkei als „FDI" fließende ausländische Kapital? Ein Teil des neuimportierten Kapitals kehrt in Form von **Profiten, Zinsen und Tilgungen von Schulden** etc. **ins Ausland** zurück. Der andere Teil vermehrt das ausländische Vermögen und damit auch den Einfluss des ausländischen Kapitals und verstärkt die abhängig kapitalistische Entwicklung des Landes.
Mit einem **geringen Teil** des **importierten ausländischen Kapitals** finanziert die mit dem ausländischen Kapital kooperierende **türkische Bourgeoisie ihre eigenen Geschäfte,** tätigt Investitionen und versucht, sich selbst zu stärken.
Die Zahlen der **türkischen Zentralbank** (TCMB) von **2016** belegen hinsichtlich der „Position der internationalen Investition" eine „Netto-Position" der internationalen Kapitalinvestition 2016 mit einem Wert von 335 999 Millionen US-Dollar! [16]
Das **Vermögen der „Internationalen Investoren"** hatte im Jahr **2015** den Wert von **214 782 Millionen** US-Dollar. Nach IWF-Angaben liegt das **BIP der Türkei** im selben Jahr bei **717 932 Millionen US-Dollar**. Die **„Netto-Position"** – d.h. abzüglich des Kapitalexports aus der Türkei – der „internationalen Investition" entsprach demnach **46,8 Prozent des BIPs** der Türkei! 2015 entsprach das Vermögen der imperialistischen Investoren in der Türkei 29,92 Prozent des BIPs der Türkei.
Sehen wir uns die Tabelle des Transfers dieses importierten Kapitals ins Ausland an:

16 Statistik, TCMB, ULUSLARARASI YATIRIM POZİSYONU – AYLIK

Milliarden US Dollar [17]

Jahre	Ins Ausland transferierter Profit, Zinsen etc.	Transfer/BIP in Prozent	Transfer/ Kapitalimport in Prozent
2010	11,522	1.6	21,0
2012	11,942	1,5	17,0
2014	12,557	1,6	24,3
2015	14,622	2,0	39,3

Diese Zahlen belegen, dass die Türkei ein sehr profitables Land für ausländische Investoren ist. Ebenso zeigen sie, dass die Türkei was den **Kapitalexport** und **Kapitalimport** betrifft, **eindeutig ein abhängiges Land** ist, obwohl sie auch in **zunehmendem Maße Kapital exportier**t.

Natürlich macht Kapitalimport ein Land nicht automatisch zu einem abhängigen Land. Vorausgesetzt ein Land ist imstande, die defizitäre Kapitalbilanz z.B. mit einer positiven Handelsbilanz auszugleichen. Oder aber wenn das Geld eines Landes de facto als Weltgeld fungiert, wie z.B. der US-Dollar, dann kann sogar ein Nettokapitalimport ein Zeichen der Stärke sein.

Handelsbilanz der Türkei – immer defizitär seit 1946

Der Außenhandel spielt in der Türkei erst mit Beginn der 1970er Jahre, als sowohl der Export als auch der Import erstmals die Eine-Milliarde-US-Dollar-Grenze überschritten haben, eine immer bedeutendere Rolle. Beim **Export** wurde im Jahre **2005** und beim **Import 2007** die **100-Milliarden-US-Dollar-Grenze** übersprungen.

Der Außenhandel, und damit die Integration in den imperialistischen Weltmarkt, sind seit den 1970er Jahren enorm angestiegen. Im Jahr 2016 standen im Außenhandel der Türkei, ein **Exportwert von 142,5 Milliarden** US-Dollar einem **Importwert von 196,1 Milliarden** US-Dollar der Türkei entgegen. [18] Verglichen mit den Zahlen der **Direktinvestitionen** (Kapitalexport) sind diese Zahlen **unvergleichlich größer**. Im Jahre 2015 stehen Waren- und Dienstleistungsexporte im Wert von 143,339 Milliarden US-Dollar einem Direktinvestitionswert (Kapitalexport) von 4,778 Milliarden US-Dollar entgegen.

So sieht die konkrete Realität der Türkei in der Frage des leninistischen Kriteriums des Imperialismus *„der Kapitalexport zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung“* aus. Auch wenn man nicht die Direktinvestition in einem Jahr, sondern den Direktinvestitionsbestand der Türkei zum Vergleich zugrunde legt, wie es die MLPD macht, (44,7 Milliarden US-Dollar) sehen wir, dass der **Warenexport** eines Jahres der Türkei, das **Dreifache ihres gesamten Kapitalexports** ist! In dieser Frage irrt sich die MLPD gewaltig!

Die Türkei ist mit ihrer Handelsbilanz (ausgenommen der Jahre zwischen 1930 bis 1946, mit Ausnahme 1938) immer ein defizitäres Land.

Nehmen wir als Beispiel die Jahre zwischen 2000 und 2006 [19]:

Jahre	Handelsbilanz (in 1000 US Dollar)	Import/Export Verhältnis in Prozent
2010	- 71 661 113	61,4
2011	- 105 934 807	56,0
2012	- 84 083 404	64,5
2013	- 99 858 613	60,3
2014	- 84 566 959	65,1
2015	- 63 395 487	69,1
2016	- 56 088 651	71,8

Diese Zahlen sind ein Indikator dafür, dass die türkische Wirtschaft momentan **nicht** imstande ist, sich **aus der imperialistischen Abhängigkeit** vollständig heraus zu lösen. Das hängt auch mit der Struktur des Außenhandels der Türkei zusammen.

Struktur des Außenhandels

Im Handel mit Industriewaren nach Technologieintensität im Januar und Februar 2016 bzw. 2017 sieht der Außenhandel folgendermaßen aus:

EXPORT	Januar – Februar 2016		Januar – Februar 2017	
	Wert (Million Dollar)	in Prozent	Wert (Million Dollar)	in Prozent
Industrieprodukte (Summe)	20 582	100	21 855	100
Hochtechnologie-produkte	648	3,1	618	2,83
Mittel Hochtechnologie	6 540	31,8	7 331	33,54
Mittel-Niedrig-technologie	6 145	29,9	6 520	29,83
Niedrigtechnologie-produkte	7 249	35,2	7 386	33,8

Beim Export von Industrieprodukten aus der Türkei liegt der Anteil von Hochtechnologieprodukten bei circa drei Prozent. Beim Import sieht es anders aus. [20]

17 aus Statistiken der TCMB zusammengefasst, 2016
18 TÜİK, dış ticaret istatistikleri, 1923-2017
19 www.tuik.gov.tr/PreHaberBultenleri
20 TÜIK, Teknoloji yoğunluğuna göre imalat sanayi ürünleri dış ticareti, Şubat 2017

IMPORT	Januar – Februar 2016		Januar – Februar 2017	
	Wert (Million Dollar)	in Prozent	Wert (Million Dollar)	in Prozent
Industrieprodukte (Summe)	23 896	100	24 733	100
Hochtechnologie-produkte	3 978	16,6	3 948	15,96
Mittel Hochtechnologie	10 536	44,1	10 484	42,39
Mittel-Niedrig-technologie	5 967	25	7 168	28,98
Niedrigtechnologie-produkte	3 415	14,3	3 133	12,68

Mit dieser Außenhandelsstruktur, der Export von Hochtechnologieprodukten liegt etwa bei drei Prozent, hingegen der Import bei etwa 16 Prozent, ist eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz nicht in Sicht. Wobei dabei berücksichtigt werden muss, die Türkei ist nach wie vor im Energiesektor ein Importland. Einen Großteil der Importe der Türkei macht der Öl- und Gasimport aus. Das spielt beim Handelsbilanzdefizit der Türkei eine große Rolle.

Wobei der Energiehandel mit dem Dollar als Zahlungsmittel, den Umfang der Defizite auf Dollarbasis teilweise auch von Börsenspekulationen abhängig macht. Die Türkei versucht deswegen, von der Dollarbindung im Zahlungsverkehr los zu kommen. Was aber sehr schwierig ist.

Mit einer solchen Wirtschaftsstruktur ist die Türkei ein **immer noch abhängiges Land aber auf mittlerer kapitalistischer Entwicklungsstufe**. Das schließt die imperialistischen Zielsetzungen, die imperialen Träume der Herrschenden überhaupt nicht aus, ebenso wenig wie ihre Einmischung in die laufenden Kriege um die Neuaufteilung der Welt.

Militärmacht

Die militärische Stärke der Türkei und das Streben der türkischen Bourgeoisie nach einer unabhängigen Rüstungsproduktion werden ebenfalls als Argument angeführt, um die These zu unterstützen, die Türkei sei ein „neuimperialistisches Land".

Die MLPD stellt dazu fest: *„Die Armee der Türkei rangiert mit 493 000 Soldaten nach NATO-Angaben zurzeit auf Platz zehn in der Welt und in der NATO auf Platz zwei hinter den USA."* [21]

Diese Fakten sagen aber über die wirkliche Stärke der türkischen Militärmacht nicht viel aus. Der Großteil der hohen Personalzahl in der Armee sind zwangsrekrutierte einfache Soldaten (12 Monate Wehrdienstpflicht). **Ausschlaggebend** für die **Militärstärke** sind aber, was das Personal betrifft, vor allem die **professionellen Kader einer Armee** und die **Qualität ihrer Bewaffnung und Ausstattung**. Wenn wir nach diesen Kriterien urteilen, ist die Militärmacht der Türkei keineswegs so stark, wie die Zahl der Soldaten vortäuscht.

Übrigens: Auch die Angabe der MLPD über die Zahl der Armeeangehörigen, annähernd eine halbe Million, trifft nach den neuesten Verlautbarungen des türkischen Militärstabs längst nicht mehr zu. Danach umfasst im Januar **2017** der Personalbestand der türkischen Armee insgesamt **359 273 Personen**. Davon sind **204 074 zwangsrekrutierte Soldaten**. [22]

Weiter wird in dem Artikel angeführt: *„Das jährliche Militärbudget wurde gegenüber 2007 um fast 45 Prozent auf 22,5 Milliarden US Dollar erhöht."* [23] Wichtig sind in dieser Frage die faktischen Militärausgaben in absoluten Zahlen. Diese sehen folgendermaßen aus:

Militärausgaben der Türkei zwischen 2005 – 2015 in Milliarden US-Dollar [24]

Jahre	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**
Militär-ausgaben	20,09	18,42	19,6	17,69	16,14	15,28
Jahre	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**	**2010**	
Militär-ausgaben	16,4	15,76	15,94	17,06	16,72	
Jahre	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	
Militär-ausgaben	16,88	17,24	17,63	17,77	17,67	

Woher die MLPD die von ihr angeführten Zahlen hat, ist aus ihrer Schrift nicht ersichtlich. Wir haben keine einzige Quelle bis 2015 mit dieser Angabe zu Militärausgaben in Höhe von 22,5 Milliarden US-Dollar gefunden!

Die **faktischen Militärausgaben** der Türkei lagen **2007** bei **15,76 Milliarden** US-Dollar und **2015** bei **17,67 Milliarden** US-Dollar. Gegenüber **2017** ist das ein **Wachstum um etwa 11 Prozent**.

Fakt ist auch, dass der prozentuale Anteil der Militärausgaben im Gesamtbudget des Staatshaushalts sich nicht erhöht, sondern zurückgeht.

Die Zahlen, die in den Texten der Theoretiker der „neuimperialistischen Länder" angeführt werden, geben ein falsches Bild von der wirklichen Stärke der Militärmacht Türkei.

21 RF 21/2016, S. 23

22 www.hurriyet.com.tr/gundem/tsk-personel-sayisini-acikladi-40324227

23 ebenda

24 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/322739/umfrage/entwicklung-der-militaerausgaben-von-der-tuerkei/

Ja, die Türkei ist eine wichtige Militärmacht im Mittleren Osten. Sie ist allerdings hinsichtlich der Ausrüstung, vor allem mit hochtechnologischen Waffen, noch immer von imperialistischen Rüstungskonzernen abhängig.

Die türkische Bourgeoisie, vor allem ihre heutige politische Führung die AKP-Regierung, will diese Abhängigkeit abstreifen. Dazu entwickelt sie mit Hochdruck ihre **eigene Waffenproduktion**. Nach ihren eigenen Angaben werden heute etwa **70 Prozent** ihres Waffen- und Munitionsbedarfs aus eigener Produktion abgedeckt. Die Bourgeoisie versucht, auch für schwere Kriegs- und Hochtechnologie-Geräte eine eigene Produktion zu entwickeln. Dabei hat sie auch, nicht gering einzuschätzende Erfolge, was den Hauptwaffenschmieden der Welt überhaupt nicht gefällt.

Außerdem versucht sie auch bei **hochtechnologischem Kriegsgerät**, die einseitige Abhängigkeit vom westlichen imperialistischem Lager abzustreifen, indem sie dieses Gerät von Anbietern aus dem anderen Lager kauft, wie z.B. das S 400 Raketenabwehrsystem von Russland.

Das erklärte Ziel der AKP-Regierung ist, bis zum Jahre **202**3 die **rüstungsindustrielle, vollständige Unabhängigkeit** zu erreichen. Erreicht werden soll also ein Stand der Eigenproduktion, mit dem das Land unabhängig von Waffenkäufen aus anderen Ländern Krieg führen kann.

Allerdings ist dieses Ziel gekoppelt mit dem Ziel, das **Bruttosozialprodukt** der Türkei von annähernd **850 Milliarden** US-Dollar auf **2 000 Milliarden** US-Dollar zu erhöhen. Dies setzt eine **durchschnittliche jährliche Wachstumsrate** von etwa **17 bis 18 Prozen**t voraus.

Das ist, wenn die Wachstumsraten der letzten Jahre berücksichtigt werden, nur ein Wunschtraum. Gegenwärtig scheint eine Lockerung und das Brechen der bisherigen einseitigen Abhängigkeit von den westlichen imperialistischen Waffenschmieden möglich zu sein. Allerdings geht das nicht so einfach. Die Türkei müsste dazu, wenn es darauf ankommt, auch bereit sein, die NATO zu verlassen. Eine solche Entwicklung werden die westlichen imperialistischen Mächte versuchen, mit allen Mitteln zu verhindern.

Debatte über die Strategie der Revolution

Die Debatte über die Einschätzung eines Landes, ob es ein imperialistisches oder ein abhängiges, unterdrücktes kapitalistisches Land ist, tangiert direkt die Strategie der Revolution in diesem Land.

Stalin legt in seiner Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus" dar, dass die Leninsche Theorie der proletarischen Revolution von drei grundlegenden Leitsätzen ausgeht. Als zweiten Leitsatz führt er aus:

*„**Zweiter Leitsatz:** Verstärkter Kapitalexport in die kolonialen und abhängigen Länder; Ausbreitung der ‚Einflußsphären' und des Kolonialbesitzes bis zur Erfassung des ganzen Erdballs; Umwandlung des Kapitalismus in ein **Weltsystem** der finanziellen Versklavung und kolonialen Unterdrückung der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll ‚fortgeschrittener' Länder – all dies hat einerseits die einzelnen nationalen Wirtschaften und nationalen Territorien in Glieder einer einheitlichen Kette, genannt Weltwirtschaft, verwandelt und andererseits die Bevölkerung des Erdballs in zwei Lager gespalten: in eine Handvoll **‚fortgeschrittener'*** (Hervorhebung BP) *kapitalistischer Länder, die ausgedehnte koloniale und abhängige Länder ausbeuten und unterdrücken, und in eine übergroße Mehrheit von kolonialen und abhängigen Ländern, die gezwungen sind, für die Befreiung vom imperialistischen Joch zu kämpfen (siehe ‚Imperialismus')."* [25]

Diese Einteilung der Welt, in eine Handvoll fortgeschrittener kapitalistischer Länder und eine übergroße Mehrheit von kolonialen und abhängigen Ländern, die gezwungen sind für die Befreiung vom imperialistischen Joch zu kämpfen, liegt auch dem Programm der III. Kommunistischen Internationale zugrunde.

Die **Hauptlosung des Kommunistischen Manifests „Proletarier aller Länder vereinigt euch"** wurde auf der Grundlage dieser Spaltung der Weltbevölkerung in zwei Lager in der Epoche des Imperialismus, mit der Losung **„Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch"** vervollständigt.

Diese Parole fasst die **zwei Hauptströmungen** der **proletarischen Weltrevolution** zusammen:

Unmittelbare **sozialistische Revolutionen** in den fortgeschrittenen kapitalistischen (imperialistischen) Ländern; und **nationale (antiimperialistische) und demokratische Revolutionen** in den vom Imperialismus in verschiedenen Formen und Intensität ausgebeuteten, unterdrückten, abhängigen Ländern.

Lenin weist in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" auch auf verschiedene Arten der Abhängigkeit vom Imperialismus hin. Er führt aus:

*„Spricht man von der Kolonialpolitik in der Epoche des kapitalistischen Imperialismus, dann muß bemerkt werden, daß das Finanzkapital und die ihm entsprechende internationale Politik, die auf einen Kampf der Großmächte um die ökonomische und politische Aufteilung der Welt hinausläuft, eine ganze Reihe von **Übergangs-***

25 Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus", Werke, Bd. 6, S. 83ff, Verlag Roter Morgen, Hamburg 1971

***formen** der staatlichen Abhängigkeit schaffen. Typisch für diese Epoche sind nicht nur die beiden Hauptformen von Ländern – die Kolonien besitzenden und die Kolonien selber –, sondern auch die verschiedenartigen Formen der abhängigen Länder, die politisch formal selbstständig, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind. Auf eine dieser Formen, die Halbkolonien, haben wir bereits hingewiesen. Ein Beispiel für eine andere Form ist z.B. Argentinien."* [26]

In dem **Programm der Kommunistischen Internationale** (KI) von 1928 wird für die „Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution" die Strategie des Kampfes „für die Weltdiktatur des Proletariats" entwickelt.

Unter Punkt 8 „Der Kampf für die Weltdiktatur des Proletariats und die **Haupttypen der Revolutionen**" wird festgestellt:

*„Die internationale Revolution des Proletariats besteht aus einer Reihe ungleichzeitiger und ungleichartiger Prozesse: rein proletarische Revolutionen; Revolutionen von bürgerlich-demokratischem Typus, die in proletarische Revolutionen umschlagen; nationale Befreiungskriege, koloniale Revolutionen. Erst **am Ende seiner Entwicklung** führt dieser revolutionäre Prozess zur **Weltdiktatur des Proletariats.***

*Die in der Epoche des Imperialismus gesteigerte Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus hat eine größere Verschiedenartigkeit seiner Typen, hat Unterschiede im Reifegrad und mannigfaltige, besondere Bedingungen des revolutionären Prozesses in den einzelnen Ländern erzeugt. Eine historisch unbedingt notwendige Folge dieser Umstände sind die **Mannigfaltigkeit der Wege und die Unterschiede im Tempo der Machtergreifung des Proletariats** wie die Unvermeidlichkeit gewisser Übergangsstufen zur proletarischen Diktatur in einer Reihe von Ländern. Infolgedessen nimmt auch der **Aufbau des Sozialismus in einzelnen Ländern verschiedene Formen an.***

Die mannigfaltigen Bedingungen und Wege des Übergangs zur proletarischen Diktatur in den einzelnen Ländern lassen sich schematisch auf folgende Typen zurückführen:

***Hochentwickelte kapitalistische Länder** (…) In diesen Ländern ist die politische Hauptforderung des Programms der unmittelbare Übergang zur Diktatur des Proletariats. (…)*

***Länder auf mittlerer kapitalistischer Entwicklungsstufe** (…) In **manchen** dieser Länder ist ein mehr oder minder rasches Umschlagen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische, in **anderen** sind Typen proletarischer Revolutionen mit umfangreichen Aufgaben bürgerlich-demokratischer Natur möglich. Im ersten Falle ist es daher möglich, daß die Diktatur des Proletariats nicht unmittelbar, sondern erst im Verlaufe des Überganges von der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zur sozialistischen Diktatur des Proletariats eintritt, im andern Falle wo sich die Revolution unmittelbar als proletarische entwickelt, setzt sie die Führung einer breiten Agrar-und Bauernbewegung durch das Proletariats voraus. (…)*

***Koloniale und halbkoloniale Länder und unabhängige Länder** (…) Der Übergang zur proletarischen Diktatur ist hier in der Regel erst über eine Reihe von Vorbereitungsstufen, erst als Ergebnis einer ganzen Periode des Umschlagens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische möglich."* [27]

Als ein Unterpunkt zu kolonialen, halbkolonialen und unabhängigen Ländern wird noch als eine Unterkategorie ***„Noch rückständigere Länder"*** gezählt. In denen *„der Kampf für die nationale Befreiung die Hauptsache*" ist.

Wir sind der Meinung, die Spaltung der Weltbevölkerung in eine Handvoll fortgeschrittene kapitalistisch-imperialistische Länder und in von diesen unterdrückte und ausgebeutete Länder ist auch heute noch die Realität. Was sich verändert hat, ist, dass sich die damalige **Hauptform** der Abhängigkeit, der **Kolonialismus**, fast gänzlich zurückentwickelt hat. Heute sind die **halbkolonialen und andere raffiniertere Formen der Abhängigkeit** zur Hauptform geworden und bestimmen das Leben der übergroßen Mehrheit der Weltbevölkerung.

Die Theorie der „neuimperialistischen Länder" sieht bei den meisten als „neuimperialistisch" bezeichneten Länder ihr tatsächliches Abhängigkeitsverhältnis von den imperialistischen Mächten überhaupt nicht, oder als nicht bestimmend an. Somit wird in diesen Ländern die **notwendige neudemokratische und/oder volksdemokratische Etappe** der Revolution als **überflüssig deklariert** und die Diktatur des Proletariats als unmittelbares politisches Ziel gesetzt. Das geht unserer Meinung nach an der Realität vorbei.

Das ist aber Teil der „neuen Strategie" der MLPD für „die internationale sozialistische Revolution". Diese wird **nicht** als eine **Summe verschiedenartiger Revolutionen in einzelnen Ländern** gesehen, sondern als eine gemeinsame, ungefähr gleichzeitige Erhebung des „internationalen Industrieproletariats". (Nach dieser Theorie lebt die übergroße Mehrheit der Weltbevölkerung in den imperialistischen Ländern.) Dieses setzt sich laut MLPD aus etwa 500 Millionen Proletari-

26 Lenin, „Imperialismus", S. 267

27 „Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale", Bd. II, Thesen, Resolutionen, Programm, Statuten, S. 79-80, 1928, Karl Liebknecht Verlag, Erlangen 1972

ern, die in den Werken der 500 größten „Übermonopolen" in verschiedenen Ländern arbeiten und „allen Unterdrückten" zusammen. Letztere umfassen nach der MLPD, alle Menschen, die der Unterdrückung, welcher Art auch immer, unterliegen und die durch die „Klimakatastrophe" bedrohte Natur.

Deswegen würde die MLPD auch gerne die Losung „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch", die praktisch auf die Vereinigung der beiden Hauptströme der proletarischen Weltrevolution für den Sieg abzielt, vergessen machen, bzw. **ersetzen** durch die Parole „**Internationale Industrieproletarier und Unterdrückte vereinigt euch!**".

Wenn wir diese Zeilen schreiben, hören wir schon die heftigen Entgegnungen der Theoretiker der „neuimperialistischen Länder": Wo bitte haben wir das geschrieben? So offen haben sie das nicht geschrieben.

Aber wenn wir ihre **Theorie im Zusammenhang studieren** und die Diskussionen in der ICOR kennen, wissen wir genau, dass die Theorie, die in den Werken *„Götterdämmerung über der neuen Weltordnung"*, *„Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution"*, *„Katastrophenalarm"* und zuletzt *„Über die Herausbildung der neuimperialistischen Länder"* entwickelt wurde, **keine** andere **logische Konsequenz** zulässt. Nachdem das Buch *„Götterdämmerung"* veröffentlicht wurde, haben wir in unserer Kritik daran folgendes festgestellt:

*„In der „Götterdämmerung" wird eine **qualitativ neue Stufe in der Entwicklung des imperialistischen Weltsystems** postuliert, und mit ‚**wesentlichen Veränderungen in der politischen Ökonomie** des Imperialismus' begründet."* [28]

In der von uns kritisierten Schrift wird tatsächlich **nicht offen** von einer „qualitativen Veränderung" des Imperialismus gesprochen. Aber die ganze Argumentation ging davon aus. In der öffentlichen ICOR Veranstaltung zu 100 Jahre Oktoberrevolution haben viele RednerInnen aus dem Umfeld der MLPD **offen von qualitativen Veränderungen** im System des Imperialismus geredet.

Auch hinsichtlich der Losung „Internationale Industriearbeiter und alle Unterdrückte vereinigt euch" wird die Entwicklung ähnlich sein.

28 Bolşevik Partizan, Nr. 164, S. 4; veröffentlicht in deutscher Sprache: „Kritische Randnotizen zu dem Buch ‚Götterdämmerung über der »neuen Weltordnung«'", Themenbroschüren für den Kommunismus, 08/2013, S. 5

Unsere Analyse für Nordkurdistan/Türkei

Die heutige Türkei ist **kein imperialistisches** sondern ein **abhängig kapitalistisches Land** auf **mittlerer kapitalistischer Entwicklungsstufe**. Allerdings ist der Kapitalismus soweit entwickelt, dass die türkische Bourgeoisie heute über einen sehr viel größeren Spielraum für eine **eigenständigere, zwischen verschiedenen imperialistischen Großmächten lavierende Politik** verfügen kann als vor 20 Jahren. Das haben wir in unserer sozio-ökonomischen Analyse bereits 2009 nachgewiesen.

Die Türkei ist ein Land, das im Weltmaßstab nicht zur Kategorie „eine Handvoll unterdrückender imperialistischer Länder" gehört. Aber sie ist nicht nur ein vom Imperialismus abhängiges und unterdrücktes Land, sondern sie ist zugleich selbst eine unterdrückende, regional hegemoniale Macht.

Politisch haben die Völker in Nordkurdistan/Türkei **nie** eine **funktionierende bürgerliche Demokratie** erlebt. Der **türkische Staat** ist eine **faschistische Diktatur**. Der Kampf für die **Zerschlagung des Faschismus** in der Türkei ist eine der wesentlichsten und dringendsten Aufgaben der Revolution wie auch die Aufgabe, die **Abhängigkeit vom Imperialismus** zu zerschlagen.

Folgende Fakten bestimmten heute die **sozio-ökonomische Struktur in Nordkurdistan/Türkei:**

Einheimische Finanzkapitalisten kooperieren mit den imperialistischen Finanzkapitalisten, sie betreiben auch Kapitalexport. Monopole spielen in der Wirtschaft eine bestimmende Rolle. Der türkische Staat verfügt über eine relativ starke Armee und mischt sich in regionale Kriege ein. Trotzdem besteht nach wie vor

auf allen Gebieten die Abhängigkeit der Türkei vom Imperialismus als bestimmendes Element.

Zentrale, ungelöste Aufgaben der **demokratischen Revolution** sind nach wie vor bedeutend in der Strategie der antiimperialistischen und demokratischen Revolution. Die ungelösten **nationalen Fragen** in Nordkurdistan/Türkei, vor allem die Frage der kurdischen nationalen Befreiung, aber auch die arabische und armenische Frage sind die wichtigsten dieser Aufgaben. Wobei das Bewusstsein der türkischen Werktätigen, auch infolge der Abhängigkeit vom Imperialismus, massiv **türkisch nationalistisch** aufgeladen ist.

Die **Klassenstruktur** der Türkei, mit einer breiten Schicht der Klein- und Mittelbourgeoisie, die objektiv Interesse an einer demokratischen-antiimperialistischen Revolution hat und der noch niedrige Bewusstseins- und Organisationsgrad des Proletariats machen eine **neudemokratische Revolution** notwendig, um zur **sozialistischen Revolution** weiter voranzuschreiten.

Unter heutigen Bedingungen die Türkei als „neuimperialistisches Land" zu deklarieren und damit die Etappe der Revolution als sozialistische Revolution zu bestimmen, geht an der Realität der Türkei vorbei.

Rhetorik und Realität

Wenn man die Rhetorik der heutigen AKP-Regierung und Erdoğans hört, kann man durchaus zum Ergebnis kommen, die Türkei sei eine imperialistische Macht, die mit den imperialistischen Herrschern dieser Welt auf Augenhöhe verhandelt und mit ihnen um die Hegemonie in der Welt kämpft. Selbstverständlich steht hinter dieser Rhetorik der Wunsch der Herrschenden in der Türkei, unter den imperialistischen Herrschern dieser Welt einer der Hauptakteure zu sein. Natürlich will ein Teil von ihnen, deren politischer Vertreter heute die AKP ist, die Abhängigkeit vom Imperialismus abschütteln, um selbst eine imperialistische Macht zu werden. Sie versuchen, das auch in die Tat umzusetzen.

Aber „Wollen" und „Sein" sind zwei Paar Stiefel, wie auch „Wollen" und „Können" zwei Paar Stiefel sind. Sie wollen, sind es aber nicht, sie wollen, aber sie können nicht. Oder sie können nicht in dem Maße, wie sie wollen.

Aber selbst diese, sich als antiimperialistisch gebende Rhetorik und die kleinen, unabhängigen, politischen Schritte stören die imperialistischen Oberherren der Türkei. Sie verteufeln die AKP/Erdoğan-Herrschaft und versuchen mit allen Mitteln, sie loszuwerden. Da das nicht so recht klappt, weil die AKP/Erdoğan-Herrschaft die Mehrheit der Bevölkerung auf ihrer Seite hat, üben sie massiv Druck auf die Regierung und Erdoğan aus, um sie wieder auf Linie zu bringen. Das ist ein Kampf einer abhängigen Macht, mit ihren bisherigen Herren, die gewohnt waren, alles zu bestimmen.

Da aber der türkische Kapitalismus sich ziemlich entwickelt hat und die Rivalität unter den Großmächten zunimmt, hat die Türkei mehr Spielraum als früher. Nicht mehr und nicht weniger.

Erdoğan droht ab und zu großspurig, die Türkei könne den Bruch mit dem „Westen" wagen. Das ist erst mal reine Prahlerei. Unter den heutigen Bedingungen können die türkischen Herrschenden nur die Herren der Abhängigkeit wechseln, was auch schon sehr schwierig ist.

Die Ökonomie der Türkei, allein auf sich gestellt, ist mit den bestimmenden imperialistischen Mächten nicht wirklich konkurrenzfähig. Auch die Spekulationen und Propaganda der türkischen Herrschenden, vor allem Erdoğans & Co., zur nationalistisch-chauvinistischen Vereinigung und Vertretung aller Turkvölker; der Vertretung der Interessen der ganzen „unterdrückten islamischen Welt", ja sogar „aller Unterdrückten der Welt", sind vor allem für den sehr scharf geführten Türkei-internen Machtkampf bestimmte reine Zweckerklärungen und imperiale Träume.

Vor der heutigen Türkei stehen, solange die Erdoğan/AKP-Herrschaft dauert und die westlichen imperialistischen Mächte ihre feindselige Politik gegenüber ihr nicht ändert, zwei mögliche Entwicklungswege:

1. Die Türkei wird sich von der Abhängigkeit, vor allem der von der westlichen imperialistischen Welt lösen, die imperialistischen Herren austauschen und versuchen, sich zu einer eigenständigen imperialistischen Macht weiter zu entwickeln.
2. Diese mögliche Entwicklung wird durch externe und interne Interventionen gestoppt, die Türkei wird sich zu einem „failed state" entwickeln und neu formieren.

Es gibt natürlich einen **dritten Entwicklungsweg**, den der Völker und der Revolution:

Durch eine antifaschistische, antiimperialistische, demokratische Volksrevolution unter Führung des Proletariats die Herrschaft der Bourgeoisie zerschlagen, um den Weg für sozialistische Revolution und Sozialismus frei zu machen.

Für die Verwirklichung dieses dritten Wegs kämpfen und arbeiten wir!

Erster Entwurf März 2017 – Endfassung Juni 2018

Teil XIV – Analyse der Restauration des Kapitalismus in der sozialistischen Sowjetunion

Vorbemerkung: Eine der zentralsten theoretisch-politischen Aufgaben ist heute die Ursachen für das Scheitern des Sozialismus, insbesondere in der Sowjetunion, in China und Albanien, aber auch in den osteuropäischen Ländern)kritisch auszuwerten. Für uns in Deutschland ist natürlich zusätzlich die Einschätzung der Entwicklung der DDR wichtig. Wir veröffentlichen in dieser Rubrik Diskussionsbeiträge und Analysen aus der internationalen, revolutionären Bewegung.
Auf dem Internationalen Treffen zum 100. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution am 4. und 5. November 2017 in Athen war ein Schwerpunkt die Diskussion: „Kapitalistische Restauration: Ursachen – Auswirkungen – die Antworten der Bewegung ". Wir veröffentlichen in dieser Nummer den Beitrag der KPG(m-l)/KKE(m-l), aus der Proletarischen Revolution (PR), Österreich, Nr. 72. Weitere Referate teilnehmender Parteien in den folgenden TA-Ausgaben.
Veranstaltet wurde das Treffen von KKE (m-l) (KP Griechenlands marxistisch-leninistisch), weitere TeilnehmerInnen: OCML VOIE PROLETARIENNE (Frankreich), IARKP (Österreich), TKP/ML (Türkei/Nordkurdistan), M-L KKE (Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Griechenlands) und EKKE (Revolutionäre Kommunistische Bewegung Griechenlands). [1]

Antworten zu entscheidenden Fragen der Restauration des Kapitalismus

KPG(m-l)/KKE(m-l) (Griechenland)

Vorbemerkung der PR-Redaktion
Beim folgenden Text handelt es sich um die eigene Übersetzung des Referats der griechischen KKE (m-l) (Kommunistische Partei Griechenlands – marxistisch-leninistisch) zu Fragen der kapitalistischen Restauration in den ehemals sozialistischen Staaten.

A. Die Betrachtungsweise

Warum ist es notwendig, die entscheidenden Aspekte der kapitalistischen Restauration, welche sich letztlich in den ehemals sozialistischen Ländern durchsetzte, zu analysieren? Die Antwort darauf liegt in einer Anzahl von voneinander abhängigen Prozessen, wobei der entscheidende Bestandteil der folgende ist:

1. Die Verteidigung des Sozialismus und seiner Aufbauleistungen ist mangelhaft und eine kritische Unzulänglichkeit, wenn man nicht auch auf die Gründe, welche den konterrevolutionären Umsturz hervorbrachten, eingeht. Es ist weder überzeugend, noch beantwortet es die Bedenken und Sorgen der KämpferInnen (als auch jene der Volksmassen), welche sich an neuen revolutionären Erhebungen versuchen werden. Es setzt sie auch den ideologischen Angriffen der Bourgeoisie aus und stellt sich nicht der schockierenden Bewusstheit. Deshalb ist das Eintreten für den wissenschaftlichen Kommunismus direkt und unbegrenzt mit der kritischen Evaluierung des Scheiterns und der Niederlagen der sozialistischen Versuche verbunden.

2. Ein wichtiger Punkt, verbunden mit der oben erwähnten Notwendigkeit ist die Antwort darauf, ob die Restauration des Kapitalismus eine „logische Konsequenz" war und somit geschehen musste. UnterstützerInnen dieser falschen Annahme finden sich in einem breiten Spektrum der politischen Kräfte, von rechts bis „links". Die Einen vertreten offen die Unmöglichkeit einer solchen „Herausforderung". Die Anderen (hauptsächlich von einer wie auch immer gearteten „Linken"), gehen davon aus, dass der historische Prozess „gezwungen war voranzuschreiten" und dass die notwendigen realen Bedingungen in jenen Gegenden, in welchen sozialistische Revolutionen und Erhebungen etc. stattfanden noch nicht weit genug entwickelt waren. Deshalb ist es von Bedeutung die ökonomischen, politischen und ideologi-

1 Anmerkung der PR-Redaktion: Die teilnehmenden Parteien und Organisationen haben zu den 3 Themen jeweils ein Referat (und zusätzliche Diskussionsbeiträge) gehalten. Die Referate der ausländischen (nichtgriechischen) Organisationen wurden bei der Konferenz auf griechisch übersetzt. (...) Einen Teil der Referate haben wir in verschiedenen Sprachen auch auf unserer homepage (prolrevol. wordpress.com) unter 4. November 2017 veröffentlicht.

schen Bedingungen und den historischen Kontext welcher die Bildung einer neuen Bourgeoisie in den ehemals sozialistischen Ländern ermöglichte, zu analysieren.

3. Konsequenterweise sollte die Untersuchung dieser Verhältnisse auch die Beschränkungen in welcher die spezifischen historisch existierenden Versuche der sozialistischen Entwicklung stattfanden berücksichtigen.
Die sozialistischen Revolutionen, gingen, nachdem die Teleologie einer weltweiten Revolution für sie nicht funktionierte, daran, das schwächste „Kettenglied" des kapitalistisch-imperialistischen zu sprengen. Dabei wurden sie gezwungen einen „ungleichen Kampf" auf sich zu nehmen. Sie standen einer negativen Klassen- und strategischen Balance gegenüber, sie waren gezwungen sich zurückzuziehen oder überhastete Schritte durchzuführen. Sie wendeten Lösungen und Maßnahmen an, welche – so könnte man sagen – mit dem allgemeinen Endziel nicht übereinstimmten. Nach dieser Herangehensweise gibt es keine „reinen und klaren" sozialistischen Revolutionen, jedoch Revolutionen welche zu einer spezifischen historischen Zeit stattfinden und der Form und dem Inhalt nach sich der Wirklichkeit in diesen entscheidende Auswirkungen der geschichtlichen krisenhaften Verbindungen annehmen anstatt ihnen auszuweichen.
Sozialistische Revolutionen werden sich auf ihrem Weg einer Reihe von jahrhundertelangen Ermüdungserscheinungen gegenübersehen.
Aber wir wissen auch, dass die Stabilisierung der bourgeoisen Herrschaft ein halbes Jahrhundert von historischen Umbrüchen und Bewegungen „erforderte". Letztendlich führte die Festigung der bürgerlichen Herrschaft auch zur Ablösung des einen Klassensystems (Feudalismus) durch ein anderes (Kapitalismus). Im Gegensatz zu jenem Schlag, welcher eine definitive Nicht-Rückkehr zu irgendeinem Klassensystem garantiert. Gemessen an solch einer großen historischen Zeitspanne sind 70-80 Jahre der sozialistischen Versuche sehr wenig Zeit. In dieser „kurzen" und konzentrierten Zeit wurden jedoch Vorwärtssprünge erreicht, welche nicht mit dem üblichen, vor 1917 geltenden Maß der Menschheitsgeschichte bemessen werden können. Dies ist ein historischer Fakt, kann auch nicht von „noch so vielen anderen" Fragen, Unzulänglichkeiten und Lücken, welche die heutigen KommunistInnen von der den Himmel stürmenden ArbeiterInnenklasse und dem ersten ArbeiterInnen oder ArbeiterInnen und BäuerInnen Staat geerbt haben, kleingemacht werden. Jedweder andere Bezug auf utopische Wunschvorstellungen oder Meinungen eines verlorenen „Paradies auf Erden", welches Lehrer und Priester ihren Anhängern versprechen ist außer Frage. Im Gegenteil, es führt zu der Vorstellung einer vermeintlichen objektiven Unmöglichkeit einer Restauration des Kapitalismus.

4. Diese Beschränktheiten, mit welcher die revolutionär-kommunistischen Bewegungen des letzten Jahrhunderts konfrontiert waren, richten sich aber nicht nur auf die objektiven Schwierigkeiten und auf die Bedingungen, unter welchen sie stattfanden. Sie betreffen auch die subjektiven Einschränkungen bei den ideologischen und politischen Hürden, welchen die vom historischen
„Himmelssturm" der Massen geführten KommunistInnen ausgesetzt sind. Die Beziehung zwischen den objektiven und subjektiven Bedingungen ist in diesem Fall sicherlich eine dialektische, jedoch keinesfalls symmetrisch und manchmal sogar ungleich. Mehrmals waren die KommunistInnen nicht in der Lage, dem Ruf zur Revolution nachzukommen und zu manchen Situationen gingen revolutionär-kommunistische Parteien gar am Höhepunkt der revolutionären Situation unter, was den revolutionären Prozess und seine sich manifestierten Ausgangsbedingungen selbst und die subjektive-objektive Beziehung veränderte.
Sowohl das „Objekt" (Klassenkampf) als auch das „Subjekt" (die politische Avantgarde) reifen heran. Eine mathematische Formel oder Algorithmus um diese Vorgänge in Einheit zu bringen gibt es schlicht nicht.

5. Vom dialektischen Standpunkt aus, verdecken diese gegebenen Beschränkungen auch die Möglichkeiten, die dem sozialistischen Versuch innewohnen.
Kritisiert und analysiert man die sozialistische Entwicklung, so wird unweigerlich die Frage der Grenzen der Freiheit für die politischen Pioniere, die vor so eine gigantische Aufgabe gestellt wurden, aufgeworfen. Kurzum, wir müssen das beschränkte Bewusstsein und dessen Realisierung beim Streben der sozialistischen RevolutionärInnen im letzten Jahrhundert berücksichtigen, denn die marxistische Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit. Einfach gesagt: was hatten die kommunistischen PionierInnen im Jahrhundert der sozialistischen Revolutionen für Vorstellungen über diese Notwendigkeiten? Die Beantwortung in allen wichtigen Teilbereichen bedarf dabei einer offenen Auseinandersetzung mit allen Ländern, welche versuchten den Sozialismus zu schaffen und zu entwickeln (nicht nur der UdSSR und China) und deren eigenen ProtagonistInnen.

Und um es ganz deutlich zu sagen – Unter Berücksichtigung der obligatorischen Möglichkeiten für die revolutionäre Führung unter ungleichen Klassenbeziehungen – besteht eine Notwendigkeit zu untersuchen „was nötig" gewesen wäre um die Restauration des Kapitalismus verhindern hätte zu können. Weiters müssen wir untersuchen, warum der Frage „was hätte getan werden müssen" nicht jener Stellenwert eingeräumt wurde, um genau eine solche Regression zu vermeiden.
Oder zumindest, wenn sie es nicht schon verhinderten, warum hinterließen sie uns nicht eine deutliche und sichtbare historische „Spur" jener Widerstände und Überlieferungen auf welche die „HimmelsstürmerInnen" in der Zukunft treffen werden. Warum müssen wir heute nach „Spuren" und Überlieferungen mühevoll suchen? Genau das ist eine Frage unter vielen.

B. Die zu besprechenden Kapitel

1. Das Nachkriegs"-paradox"

Setzen wir den Kontext basierend auf den bereits dargelegten Positionen fort, kann eine zusätzliche Frage hinzugefügt werden, nämlich jene, dass die Restauration des Kapitalismus sich nicht in Zeiten der Schwäche der sozialistischen Entwicklung durchsetzte, sondern eher im Gegenteil. Zumindest unter einer quantitativen und äußerlichen Betrachtung.
Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Kräfte des sozialistischen Lagers im Vergleich zur Vorkriegsperiode weitaus gefestigter. Die Staaten, die den Sozialismus im Allgemeinen, aber auch in den einzelnen Ländern aufbauten, hatten es geschafft die desaströse Kriegslage zu überwinden, die ökonomischen Indikatoren stiegen genauso wie der Lebensstandard an, weiters zeigten sich erste Anzeichen einer ökonomischen Krise in der kapitalistischen Welt und eine Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche. Vom einem Verteidigungsstandpunkt aus gesehen, bestand die imperialistische atomare Erpressung, insbesondere nach dem Koreakrieg auch unter Einbeziehung Chinas weiter. Die Anerkennung der sozialistischen Länder in der anti-kolonialen Bewegung bot neue Möglichkeiten, den sozialistischen und kommunistischen Einfluss zu erhöhen. Trotz der Säuberungswellen des McCarthy-tums in den westlichen imperialistischen Staaten existierten dort mit Ausnahme der USA große Kommunistische Parteien (Frankreich, Italien). Die Bourgeoisie in den imperialistischen Metropolen selbst wiederrum versuchte ihre bürgerliche Herrschaft durch Kopieren von Elementen eines „Wohlfahrtsstaat" aus dem „Eisernen Vorhang" zu retten. Es war übrigens Winston Churchill, der meinte beide Begriffe entdeckt zu haben.
„Paradoxerweise" findet die kapitalistische Restauration nun genau in dieser kritischen Dekade der 50er statt.
Dieses Paradox hat einige Erklärungen.
Eine von diesen ist jene vom griechischen Marxisten-Leninisten Yannis Hondzeas dargelegt, dass sich die Kommunikation unter den Linien der kommunistischen Bewegungen zwischen der kapitalistisch-imperialistischen Welt und dem „Zentrum" auseinanderentwickelte und deren Verbindung mit diesem verloren ging. Nur was geschah in diesem „Zentrum" selbst?

2. Die entscheidende Dekade

In einer positiven Weise brachten die 1950er den Sozialismus aufbauenden Staaten die Akkumulierung ökonomischer, sozialer und militärischer Potentiale. Dies ging gleichzeitig aber auch mit einer Reihe von ungelösten ideologischen und politischen Problemen einher, die sowohl das Zentrum als auch die Ränder der kommunistischen Bewegung betreffen sollten. Die Probleme sind einerseits die vorherrschende Situation im Rahmen des jeweiligen sozialistischen Aufbaus und die Beziehungen zwischen den Kommunistischen Parteien, welche größtenteils von der Staatlichkeit der Großmacht beeinflusst wurde, aber auch das Erbe von fehlerhaften Herangehensweisen und Entscheidungen der vorangegangenen Periode.
Unterschiedliche Charakteristika, Meinungen und Haltungen der KommunistInnen vervielfachten und intensivierten sich nach deren Beteiligung am Krieg und der Vergrößerung des sozialistischen Lagers nach dessen Ende. Die Probleme auf dem Feld der Debatte, die mit der Expansion der sozialistischen gegen die kapitalistische Welt begannen, führten in Anbetracht der vergrößerten Möglichkeiten zu einer Anhäufung neuer Probleme… Nicht die Absorbierung durch die kapitalistisch-imperialistische Welt, welche vermeintlich einen konterrevolutionären Umsturz organisierte. Es ist richtig, dass Stalin in seinem Buch „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" 1952 versuchte, jene Streitfragen der sozialistischen Entwicklung, welche die in der Sowjetunion begonnene Entwicklung kennzeichnete, zu beantworten. Es richtet sich gegen zwei Fronten, einerseits gegen jene Teile der Intelligenz, welche meinen, dass es in Abwesenheit der ArbeiterInnenklasse und „in ihrem Namen" möglich sei, die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten durch staatliche Planung zu rationalisieren und zu „koppeln". Die andere Front der Kritik behandelt jenen Teil der Führungskräfte in Staatsbetrieben, welche fordern, die sozialistischen Kontrollfunktionen „aufzuweichen" und kapitalistischen Praktiken des finanziellen Managements (also dem „Markt") mehr Platz einzuräumen. Allerdings bleibt diese Diskussion begrenzt

auf das Feld der Ökonomen oder schlichten „Ausführungsfragen der Verwaltung" welche nicht die Vielzahl der ArbeiterInnen betreffen. In Anbetracht einer maoistischen Kritik, hat Stalins Beitrag, obwohl er in die richtige Richtung ging und den Sozialismus verteidigte, keine Auswirkung auf die Frage der Veränderungen im sogenannten kulturellen und ideologischen Überbau bewirkt. Denn diese schließen einander nicht ab sondern stehen in einer dialektischen Beziehung und formen dadurch auch die Produktionsverhältnisse mit. Denn wie auch Stalin anerkennt, ist die sozialistische Transformation der Produktionsverhältnisse der „Schlüssel" zur revolutionären Umgestaltung in der ganzen sozialistischen Übergangsphase.

Natürlich können wir in Bezug auf diese Periode auch der Auffassung zustimmen, dass der späte Bruch mit dem Revisionismus durch die Chinesen, die Eröffnung einer Diskussion mit all ihren Konsequenzen verzögerte. (Bis 1957 beteiligten sich sowohl die KPCh und die PdAA an den Weltkonferenzen der Kommunistischen Parteien und Maos Präsenz gab diesen den Anschein, dass sie vermeintlich andere Kommunistische Parteien gewonnen haben.)

3. Die Konterrevolution war kein Putsch Chruschtschows

Wir können mit Sicherheit sagen, dass der Aufstieg einer Neuen Bourgeoisie durch die Linien von Partei und Staat, oder besser des Parteistaates, nicht nur ein Ergebnis eines Putsches militärischen Charakters (es gab auch solche Eigenschaften) ist. Chruschtschows Umsturz war das Ergebnis der viel tiefer greifenden Entfernung der ArbeiterInnenklasse vom Weg des sozialistischen Aufbaus, hervorgerufen durch das allmähliche Verschwinden der eigenen Verantwortung in der Frage wie man den Sozialismus in der vorangegangenen Periode aufbaut. Daher das schrittweise Verlieren der eigenen „Prägung" und Physiognomie in diesem Prozess. Gleichzeitig entfernte sich die „Arbeiterklassen-Intelligenz" (wie Stalin sie bezeichnete), welche der sozialistische Aufbau selbst produzierte und als ihren ureigenen Erfolg ausgab, vermehrt von der Verantwortung der ArbeiterInnenklasse.

Die Erfolge des Sozialismus sind somit auf der anderen Seite Produkte seines Scheiterns, da hier das dialektische Gesetz zur Anwendung kommt, dass sich unter konkreten Bedingungen positive Elemente in ihr Gegenteil verwandeln können. Wie und in welcher Weise und von welchem Ausgangspunkt, dieser „Körper" von Staatsverwaltern, wirtschaftlichen Technokraten, Militäroffizieren und Parteifunktionären mit Arbeiter-Bauernherkunft ein bestimmtes Bewusstsein erlangt und eine eigene Schicht bildet, ist etwas was studiert werden muss. Denn es ist bekannt, dass sie sich letztendlich auf die Seite der Konterrevolution schlug! Deshalb ist die „rote" Intelligenz als solche ein sich aus dem Körper der ArbeiterInnenklasse herausbildender Körper, der schließlich die Macht über die Klasse ergriff und den Umsturz durchführte.

4. Die beschränkte Wahrnehmung über die Rolle der Transformation und der Formen des Klassenkampfes während des sozialistischen Aufbaus

Die beschränkte Wahrnehmung mit der Sichtweise, dass der Klassenkampf nur zwischen der ArbeiterInnenklasse und den Ausbeuterklassen geführt werden müsse, spielte die bei weiten bedeutendste Rolle bei der Deaktivierung der Klasse und der ideologischen und politischen Auswirkungen auf die KommunistInnen in der UdSSR und den osteuropäischen Staaten. Dabei handelt es sich um eine interpretative Verzerrung der leninistischen Sichtweise, welche die Existenz miteinander konkurrierender Widersprüche währen der Übergangsperiode verdeckte und aufgrund dieser Widersprüche bourgeoisere Elemente in Partei, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat hervorbrachte.

Das wohl deutlichste Ergebnis dieser beschränkten Sichtweise des Klassenkampfes (der die stalinistische Führung, die dies akzeptierte, angriff) ist jene der Verfassung von 1936, die den Klassenkampf als Triebkraft schlichtweg „abschaffte" und diesen mit der „moralisch-politischen Einheit" der sowjetischen Gesellschaft ersetzte.

Dies in einer Zeit, als sich der Klassenkampf in der UdSSR gerade intensiviert und der größte Befürworter dieses Punkts in der Verfassung, Bucharin, wenig später vor dem Erschießungskommando landete! Dieser offensichtliche Widerspruch ist ein charakteristisches Beispiel, wie komplex sich diese Auseinandersetzungen entwickelten und dass ihre Beendigung wohl eher auf die Bildung einer gemeinsamen Front gegen den kommenden Krieg zurückzuführen ist. Die ideologischen Korrekturen, die nach dem Krieg versucht wurden, griffen diese fundamental falschen Grundsätze nicht auf. Wobei, wie bereits erwähnt, die verminderte Zahl an Kadern eine Rolle spielt.

Andererseits könnte man misstrauisch behaupten, dass die Anerkennung des Klassenkampfes und der konkurrierenden Widersprüche im Sozialismus die chinesische Revolution nicht gerettet hat. So ist es auch. Aber alle historischen Bewegungen der ArbeiterInnenklasse können nicht mit der Methode der vulgären Effizienz bewertet werden. Die Erkenntnisse und Deklarationen der chinesischen KommunistInnen brachten nämlich auch das Potential der Klassenkonfrontation (Kulturrevolution). Obwohl auch diese nicht zum Sieg der proletarischen Linken führte, liefert sie,

neben den Antworten, die wir heute studieren, doch einen außergewöhnlichen Fundus und Material bezüglich der Frage der Möglichkeit einer kapitalistischen Restauration während der sozialistischen Übergangsgesellschaft.
Es ist wahr, dass in China offen die Möglichkeit einer bürgerlichen Restauration und ihrer negativen Auswirkung auf den Klassenkampf der ArbeiterInnenklasse thematisiert wurde. Der Kampf zweier Linien und die Existenz eines kapitalistischen und eines sozialistischen Wegs für die Dauer des Übergangs wurden hervorgehoben.
In diesem Sinne wurde das leninistische Prinzip der Fortsetzung des Klassenkampfes im Sozialismus wiederhergestellt und auf eine höhere Stufe gehoben. Dies steht im völligen Gegensatz zur Karikatur einer „Erneuerung", an welcher sich die Chruschtschow-Revisionisten versuchten, indem sie den Marxismus-Leninismus begruben.
Unter Einbeziehung des obigen, zeigt sich ihre begrenzte Wahrnehmung der Widersprüche im Sozialismus einmal mehr, weil sie diese nicht als Ergebnisse von Vorgängen innerhalb der Sowjetgesellschaft sehen, sondern als ein durch die kapitalistische Einkreisung provoziertes Produkt.

C. Gesprächsfelder der Restauration

1. Inhalt und Form des Klassenkampfes im Sozialismus

Wenn wir von der Fortsetzung des Klassenkampfes während der gesamten Übergangsperiode, welche wir als Sozialismus definieren, sprechen, müssen wir uns mit der Basis, dem Inhalt und den Formen dieses Klassenkampfes auseinandersetzen.
Im Kern beinhaltet die Diskussion dabei die Formen der Produktionsverhältnisse und wie diese in eine kommunistische Richtung transformiert werden können. Dies ist das erste und auch entscheidende Feld des Kampfes zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Linie. Weiters zeigte sich, dass zusätzlich zum obigen das sozialistische Bildungssystem ein Teil dieser Konfrontation ist. Weitere Felder, welche Widersprüche nähren und den Kampf zweier Linien symbolisieren, sind: Das Lohnsystem (also die Verteilung), welches noch immer vom bürgerlichen Recht beeinflusst wird, Die Bemühungen, die ökonomische Grundlagen eines funktionierenden Wertgesetzes im Sozialismus sicherstellen sollen und die bestimmten
– wenn auch „beschränkten
– Formen von Besitz.
Das Problem ist, dass die Auseinandersetzung mit diesen Widersprüchen, wie bereits erwähnt, in der UdSSR nur auf einen kleinen Zirkel beschränkt war und nicht ausreichend auf eine ideologische Ebene gehoben wurde. Dies zeigte sich auch in einer fehlenden Massenmobilisierung. Es war kein Diskurs der Massen. Hingegen in China die Problematik der „zwei Wege" offen gelegt wurde.
Andererseits zeigte die chinesische Erfahrung, mit all ihren unbeantworteten Fragen, die hauptsächlich mit der Rolle der Partei im Sozialismus verbunden sind, dass es für einen erfolgreichen Ausgang dieses Kampfes notwendig ist, über eine kollektive Führung zu verfügen, welche entschieden und dauerhaft eine proletarische Linie verteidigt. Das Phänomen eines Personenkults, welcher jenen von Stalin übertrifft, die ständigen Referenzen auf die Person Maos, die inakzeptable imperiale Ernennung eines „Erben" und die Art und Weise wie die „Viererbande" beiseitegeschoben, entmachtet und ausgeschaltet wurde, brechen entschieden mit diesen Prinzipien.
Da sich die neue Bourgeoisie und ihre Umsturzversuche kurz nach der Abkehr der Linie der proletarischen Führung durchsetzen (UdSSR, China, Albanien) zeigt sich hier am Ende ein Problem für alle proletarischen Revolutionen. Oder der Prinzipienverlust zeigt sich durch ein „Absterben" und „Einfrieren der revolutionären Vorgänge und einer stillen Transformation in eine Art Staatskapitalismus mit sozialistischer Vergangenheit und Bezugnahme (zB Kuba oder Korea).

2. Die Beziehungen zwischen Partei und Staat

Ein weiteres Feld welches die materielle und politische Basis für die bürgerliche Restauration schuf, war die Beziehung zwischen Staat und Partei in der Etappe der sozialistischen Übergangsgesellschaft.
Da sie die einzigen Parteien waren, die von einer revolutionären Praxis angeleitet wurden und deshalb auch über ein inneres politisches Leben verfügten, gingen sowohl die Bolschewiki (als auch die KPCh) zu verschiedenen Zeiten in denen sich der Klassenkampf der Sowjetgesellschaft intensivierte, durch mehrere Transformationen. Die Gleichsetzung mit dem Staat zeigte sich jedoch als negativer Faktor, weil das neue Sowjetregime mit dem Staat identifiziert wurde – als Administrativorgan der Partei, beraubt von dem politischen Werkzeug der ArbeiterInnenklasse. Dies schuf eine Art von bereits geschaffener Autorität, einen Anknüpfungspunkt für jene Elemente der Neuen Bourgeoisie, die sich als KommunistInnen tarnen, um weiterhin eine „Rolle zu spielen".
Viele der unterdrückerischen Auswüchse des Staatsapparats, insbesondere während der Kollektivierung, sind auf die Aktionen dieser Elemente zurückzuführen. Ohne dabei selbstverständlich misszuverstehen, dass diese Staatsmechanismen und der Grad der staatlichen Unterdrückung selbst durch die Bedin-

gungen geschaffen wurden um „diese Mechanismen in der Gesellschaft und deren Reproduktion bürgerlicher Autoritätsbeziehungen und Werte zu beseitigen".

3. Der Staat der Diktatur des Proletariats und die Diktatur des Proletariats

Dies ist eine feine Unterscheidung aber eine essentiell wichtige. Selbstverständlich muss, wie es V. Samaras auch schreibt, in der „staatlichen Tendenz" der sozialistische Staat gut bewaffnet und bereit sein, gegen die kapitalistische Einkreisung und die imperialistische Gewalt die eigene Gewalt zu organisieren.

Das heißt, dass neben dem „Staat per se" (also die inneren und äußeren Unterdrückungsmechanismen) auch weitreichende Bedingungen geschaffen werden müssen, welche ohne Hindernisse die freie und besonders wichtige Beteiligung der Werktätigen und Volksmassen im politischen und sozialen Leben garantieren. In diesem Sinne geht die proletarische Demokratie, welche wie wir nicht vergessen dürfen ja nur ein anderer Name für die Diktatur des Proletariats ist, weiter als eben dieser Staat der proletarischen Demokratie. Die Gleichsetzung von Partei und Staat als Synonym der Identifizierung der Diktatur des Proletariats mit ihrem Staat ist auf der falschen Vorstellung begründet, dass letzterer einen zentral geplanten, konzentrierten und konstant wachsenden administrativen Staatsapparat benötigt.

Die Erfahrung der „Dreierverbindung", welche in der Kulturrevolution in den laufenden Bewegungen im Bereich von Gesellschaft, Kultur, Erziehung und Wirtschaft ausprobiert wurden, zeigen, dass hier ein feiner essentieller Unterschied vorliegt, dessen Umsetzung offenbar nicht die einfachste Angelegenheit in der Welt ist. Gerade weil derartige Bewegungen notwendigerweise den Staat dekonstruieren und dadurch auch jene Institutionen und Mechanismen schwächen, welche die sozialistische Gesellschaft konsolidieren.

Deshalb schwächen sie – aus der Notwendigkeit heraus – die staatliche Autorität des Proletariats. Gleichzeitig versuchen sie, den weiteren und tieferen Einfluss, Gewicht und Präsenz des Proletariats in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur zu erhöhen! Es ist ein weiterer dialektischer Widerspruch, der behandelt und gelöst werden muss und der einer anderen Form von „Bewältigung" durch die proletarische Führung bedarf. Hier ist also ein positiver und negativer Erfahrungsschatz gebraucht, über welchen die Sowjetführung noch nicht verfügte. Für sie gab es ja nur das historisch kurzlebige Beispiel des ersten Aufbauprozesses eines ArbeiterInnenstaates, der Pariser Kommune.

4. Die Rolle der Partei in der sozialistischen Übergangsgesellschaft

Mit dem obigen verbunden, ist die „selbstständige" Rolle der Partei im Sozialismus. Die Frage der Rolle der Partei im Sozialismus ist eine der weniger „hervorgehobenen" und beantworteten Fragen hinsichtlich dieser Übergangsperiode. Dehnen wir unsere Überlegungen zum Staat der Diktatur des Proletariats aus würden wir uns über das Verhältnis „wie viel Staat und wie viel Partei" ist im Sozialismus notwendig und „wie viel Staat für wie viel Partei" wundern. Im jeden Fall muss unsere Untersuchung dabei über eine quantitative Beziehung, was durchaus auch seinen Wert hat, hinausgehen und die Frage behandeln, um welche Art der Partei wir im Sozialismus sprechen.

Hierbei muss betont werden, dass die Entscheidung für eine einzige Partei, nicht das war, woran die Bolschewiki und die chinesischen Kommunistinnen zu Beginn dachten. Sie wurde erzwungen durch den Klassenkampf selbst und der Haltung anderer linksgerichteter Strömungen zur Sowjetmacht und der Überkompensierung der nationaldemokratischen Ziele der anderen Parteien seitens der KPCh während der chinesischen neudemokratischen Revolution.

Die Antwort liegt nicht im Mehrparteiensystem oder der Freiheit der Bourgeoisie über politische RepräsentantInnen zu verfügen, viel mehr ist dieser Punkt auch nicht mit der Legalisierung von Fraktionen und Flügeln verbunden.

Da die Existenz einer Partei eigentlich keine Partei meint, (das politische Leben erfordert zumindest unterschiedliche Pole welch als solche als Parteien existieren) besteht die Frage, wie behandle ich die Rolle der Kommunistischen Partei im Sozialismus und wie wird politisches Leben im Sozialismus aussehen.

Und weil wir ja nicht unter den heuchlerischen pseudodemokratischen Syndromen der Bourgeoisie leiden, interessiert uns vor allem wie ist die Kommunistische Partei in der Lage Kritik von unten zu „initiieren" und die Massen am politischen und sozialen Leben zu beteiligen. Wie hat politisches Leben im Sozialismus auszusehen? Wir kommen nochmals zum Punkt der Beziehungen der Diktatur des Proletariats mit dem Staat der Diktatur des Proletariats.

Es geht darum, wie die Kommunistische Partei in ihrer Rolle als – einzige – Regierungspartei, sich selbst transformiert in ein politisches non-establishment Gebilde, welches als kollektiver Organisator fungiert und durch Öffnung der Führung die freie und uneingeschränkte Beteiligung der ArbeiterInnenklasse an den Institutionen der proletarischen Demokratie und den Bewegungen der sozialistischen Übergangsgesellschaft garantiert.

Dabei gibt es keine fertigen Antworten. Selbst die Kul-

turrevolution, die diese Punkte ansprach, konnte sie nicht lösen. Der Verlauf der kapitalistischen Restauration wurde aber sicher – und das stützt sich auf die materiellen Bedingungen – durch die Einbettung der revolutionär-kommunistischen Partei in die Staatstrukturen befördert. Tatsächlich zeigen uns das breschnewistische und chinesische Beispiel, dass die Partei, anderer Mechanismen beraubt, in einen hervorragenden zentralen Kontrollmechanismus umgeformt werden kann, dem der Takt und die Mittel der bürgerlich-kapitalistischen Restauration aufgezwungen werden, und die den sozialistischen Staat in einen sozialfaschistischen transformieren.

5. Über die Rolle der Gewalt. Revolutionäre Gewalt und die Mechanismen des Staates im Sozialismus

Aufgrund der Tatsache, dass die hier untersuchten Probleme miteinander verbunden sind und im Mittelpunkt der kapitalistischen Restauration stehen, ist auch die Ausübung revolutionärer Gewalt im Sozialismus mit dem bereits erwähnten (den Beziehungen zwischen den Autoritätsmechanismen des Parteistaats) in Verbindung. Im Verhältnis betrachtet ist die revolutionäre Gewalt der sozialistischen Übergangsgesellschaft eine weit tiefer gehende als jene die sagen wir, einzig auf Staatsund Repressionsmechanismen beschränkt werden kann.

Sie ist dieser aber keineswegs gleichgesetzt. Beispielsweise umfasst die revolutionäre Gewalt die Enteignung der Reichtümer eines Großgrundbesitzers, die Sicherstellung der Veröffentlichung von Dazibaos, welche von revisionistischen Leitern und Professoren untersagt wurde, die Entsendung der Roten Garden ins theokratische Tibet, die Kampagne der Kollektivierung und die gewaltsamen Zusammenstöße mit den Kulaken.

Die Diktatur des Proletariats wird nicht und muss sich auch nicht des Rechts der Anwendung revolutionärer Gewalt während der sozialistischen Übergangsphase berauben. Jedoch ist die Gewalt, die vom Staat in seiner Funktion als Repressivorgan der Diktatur des Proletariats ausgeht, etwas anderes. Nicht bloß, weil sie Gesetze, Vorschriften aber auch Strafen und Exekutionen beinhaltet. Sondern gerade weil die revolutionäre Gewalt der Diktatur des Proletariats HAUPTSÄCHLICH durch Staatsmechanismen passiert, gibt es zwei äußerst negativ wirkende Effekte in Bezug auf das langfristige kommunistische Ziel eines absterbenden Staates: Der eine Effekt ist die Verselbständigung der repressiven Staatsmechanismen vom Rest der Gesellschaft. Der weitere –schwerwiegendere– Effekt ist jene Tatsache, dass die bürgerlichen Elemente sofern sie zerschlagen, vorübergehend unterdrückt oder sogar physisch hingerichtet werden und so physisch aus dem Staatsapparat entfernt werden, sich durch die Gewalt im Kern innerhalb dieses Apparats wiederum politisch reproduzieren, weil sie sich von den hierbei geschaffenen Autoritätsbeziehungen „ernähren“….

6. Das Problem der Ideologisierung von aufgezwungenen Entscheidungen

Wie bereits erwähnt manifestierten sich die sozialistischen Revolutionen in keinem Vakuum, sondern in spezifischen jedoch keineswegs „normalen“ Bedingungen. Daher kam es oftmals zu aufgezwungenen Entscheidungen und Maßnahmen, welche weder mit den langfristigen noch mittelfristigen Zielen des sozialistischen Aufbaus kompatibel waren. Darunter fallen etwa die Beschlagnahmung von Lebensmitteln während des „Kriegskommunismus“, die „staatskapitalistischen“ Maßnahmen während der Neuen Ökonomischen Politik und, dies können wir auch hinzufügen, das „Rennen“ um die schnellste Industrialisierung und Kollektivierung im Vorfeld des Krieges. Zu diesem Zeitpunkt fand auch eine Militarisierung der Wirtschaft, die Wiedereinführung der militärischen Rangordnung oder die vielen Säuberungen in der militärischen Führung als der Versuch eines Militärputsches aufgedeckt wurde (z.B. Tuchatschewski) statt.

Ebenso wird deutlich, dass derartige Rückzüge von Praktiken, Mentalitäten und Verhalten begleitet wurden und „Situationen schufen“, welche mehr mit bürgerlicher Kultur und Ideologie charakterisiert werden können. Zum Beispiel das Verhalten der Staatsmacht in Bezug auf die restliche Kommunistische Partei. Natürlich war dieses imperiale Herangehen – die Annexion der baltischen Staaten nach dem Krieg kann hier hinzugefügt werden – eine Wiederspiegelung der schrittweisen Machtergreifung des kommunistischen Zentrums durch jenen „Körper“ der schließlich den sozialistischen Weg revidierte.Das, was die Vorkriegsperiode, mit all ihren aufgezwungenen Entscheidungen und nicht zu vermeidenden negativen Seiten brachte, wurde jedoch „theoretisch unterminiert“. Ihnen wurde theoretisch nichts entgegnet und sie wurden zu jeder Gelegenheit verallgemeinert.

Wir können also sagen, dass es sich hier um eine von der leninistischen Betrachtung abweichende Haltung handelt, von der sich die KommunistInnen theoretisch distanzieren müssen und auch nicht gelegentlich oder unter bestimmten politischen Umständen mit diesen gleichgesetzt werden dürfen.

Nach dem Krieg wird, wie wir bereits gesagt haben, die ideologische Front jedoch, durch die Notwendigkeit, die Themen wieder aufzuwerfen, weiter ausgedehnt. Vor dem Putsch durch Chruschtschow war der

Begriff „stalinistisch“ mit einer heroischen Vorhut verbunden, hingebungsvoll und stark, die historisch bis heute existiert. Eine Art von „Entstalinisierung“ war sicher von einer linken Position dahingehend notwendig, um mit den Abweichungen und Fehlern während der Stalinzeit zu brechen. Jedoch wurde das, was Chruschtschow als Entstalinisierung betrieb zur namentlichen Bezeichnung des Antikommunismus im rechten Revisionismus. All das, was sich die proletarische Linke nicht getraut hatte, wurde von der revisionistischen Rechte in die ganz andere Richtung hin versucht. Dies taten sie durch Übertreibungen und Verfälschungen der Stalinzeit, in welcher sich ja Mitglieder der revisionistischen Führung hervortaten und herausragten und auf Basis besagter Abweichungen die bürgerliche Restauration schließlich „blühen konnte“.

Zusammenfassung

Die Benennung der Diskussionspunkte zur kapitalistischen Restauration ist eine Auseinandersetzung, welche schon gestern hätte anfangen müssen…

Von uns aus gesehen, handelt es sich bei diesem kurzen Vortrag nicht um eine selbstgefällige Darstellung eines vollendeten und vollständigen Zugangs zu den Fragen. Im Gegenteil, es zeigt den weiten und beschwerlichen Weg, den die heutigen KommunistInnen gehen müssen, um zu einer vollen und überzeugenden Antwort dieser Probleme zu kommen.

In Wirklichkeit sind viele Aspekte bis jetzt nicht analysiert worden.

Mehr noch: Abgesehen von der historischen Wahrnehmung, „fehlt uns“ die Erfahrung des sozialistischen Aufbaus außerhalb Chinas und der UdSSR.

Wir kommen auch auf den Anfang zurück und versuchen unsere Kritik jenen entgegenzusetzen, die meinen die Restauration des Kapitalismus ist eine objektive und zu erwartende Entwicklung. Hier sagen wir etwas, das vielleicht überrascht:

Möglicherweise war die Existenz dieser schmerzlichen Regression „historisch objektiv“. Vielleicht war diese Anhäufung negativer Erfahrungen auf dem Weg zum Kommunismus notwendig, die unerträglicherweise in ihr Gegenteil umschlugen. Wir dürfen nicht vergessen, dass als Marx über die proletarischen Revolutionen seiner Zeit schrieb, er feststellte, dass sie ihre ersten Fehler kritisieren, auf sie zurückkommen, dass sie sich beständig selbst kritisieren und es noch und noch einmal versuchen bis sie bis es unmöglich machen, zur kapitalistischen Barbarei zurückzukehren.

Es ist aus der Natur bekannt, dass die großen Bäume auch große „Schatten“ werfen.

Der Versuch eine Gesellschaft ohne Ausbeutung eines Menschen durch einen anderen aufzubauen, ist ein Baum mit Ästen weit in die Zukunft und einen schweren Schatten auf die Gesellschaft werfend, den wir heute versuchen zu deuten und zu erklären.

KKE (m-l) – web: kkeml.gr

Wir drucken die Anzeige der ZAG-GenossInnen „wehmütig“ ab. In dem ‚Abschieds‘brief an die Bewegung „Alles hat ein Ende“ erklärt die Redaktion die Einstellung der Zeitschrift und stellt fest: *„Unsere Ziele – und wir denken, wir haben zumindest diese erreicht – sind die Vermittlung von Theorien, die Dokumentation antirassistischer Praxis und eine Plattform für Aktivist*innen zu sein.“* Ja, wir können nur unterstreichen, eure Ziele habt ihr wirklich eindrücklich und überzeugend umgesetzt. Wir haben viel an Wissen, Einsicht und Erkenntnis für unsere politische Arbeit aus eurer Recherche und Analyse gewonnen. Dafür unseren herzlichen revolutionären Dank. Und Bedauern, dass jetzt Schluss ist. Eure Kritik an linker Debattenkultur, *„rigiden geführten Auseinandersetzungen um antideutsch und Weißsein, diese ermüdenden, häufig moralisch statt politisch geführten Diskussionen“* wird hoffentlich zum Hinterfragen und Nachdenken führen. In diesen Zeiten ist natürlich auch kritische Auseinandersetzung gefragt, aber sachlich, genossenschaftlich und solidarisch. Euch alles Gute für die Zukunft!

DOPPELAUSGABE_
BLICK ZURÜCK:
25 JAHRE ZAG –
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
BLICK VORAUS:
HILFE DIE HELFER KOMMEN!
ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 75/2018 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

Gegen Abschiebung, Ausgrenzung und rechte Hetze Für Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle!

Aufruf zur antirassistischen Parade in Hamburg, 29. September 2018 – UNITED AGAINST RACISM

Gegen die Lügen!

Die Geschichten, die uns jeden Tag verkündet werden, sind nicht zu ertragen. Sie sind eine Beleidigung und sie sind gelogen. Es wird gesagt, das Problem sind Geflüchtete, während sie im Mittelmeer ertrinken. Es wird gesagt, dass die Grenzen der Integrationsfähigkeit erreicht sind, während ein rassistischer Mob völlig ungeniert im Bundestag und auf der Straße tobt. Es wird ausgerechnet, dass die „Kosten der Integration" steigen, während uns Sprachkurse und Arbeit verweigert und Unsummen für Abschiebebürokratie und Schikanen ausgegeben werden. Es wird von Gewalt geredet – und währenddessen werden Kinder aus ihren Betten und Schulklassen entführt, um sie in völlig fremde Länder abzuschieben.

Es ist leicht uns zu beschimpfen und auszuschließen, denn viele von uns sind sowieso ganz unten. Wir sind vor Krieg, Hunger, Armut und Elend geflohen. Viele von uns kamen, weil der globale Kapitalismus unsere Leben zerstört hat. Unsere Familien dürfen nicht kommen, weil unsere Liebe und unsere Sehnsucht hier nichts bedeuten. Die Regierung will die Grenzen schließen und uns in neue Lager stecken. Wir wollen ganz sicher kein Mitleid, wir sind Menschen, keine Opfer. Aber wir sagen: Hier zeigt sich, wie demokratisch diese Demokratie ist. Nicht die Boote auf dem Mittelmeer sind eine Gefahr für uns alle, sondern der in ganz Europa tobende und mordende Rassismus.

Das Problem heisst Rassismus!

Im Jahr 2017 sind über 3.000 Menschen auf dem Mittelmeer gestorben oder verschwunden, weil sie Europa erreichen wollten. Ihr Tod war nur eine Kurznachricht wert. Die Namen der Toten bleiben ungenannt. In Deutschland wurden im gleichen Zeitraum 2.200 Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten gezählt. 180 Mal wurden solidarische Helfer*innen angegriffen. 950 Mal traf es Muslime und muslimische Einrichtungen. 1.453 antisemitische Straftaten wurden registriert. Über 5,5 Millionen Wahlberechtigte wählten bei der letzten Bundestagswahl die offen rassistische AfD. Und wir haben den NSU noch lange nicht vergessen, der jahrelang unbehelligt morden konnte.

Daran denken wir, wenn gesagt wird, Deutschland werde immer gefährlicher. Denn mal ehrlich: Wer sitzt in den Unterkünften und hört, wenn nachts die Scheiben klirren? Wer wird auf der Ausländerbehörde schikaniert? Wer wird in illegalen Jobs und in unbezahlten Praktika ausgebeutet? Wer putzt die Teller, die Toiletten und die Eigenheime? Wer lebt und arbeitet seit Jahrzehnten hier und bleibt doch immer nur „Gast"? Nein, für uns geht keine heile Welt unter, weil die AfD jetzt mit 13% im Bundestag sitzt.

Die Wahrheit geht anders!

Wir stehen jetzt auf. Erneut und nicht zum letzten Mal. Gegen diesen rassistischen Irrsinn, gegen diese verdrehte Welt, gegen diese herzlose Heimat, gegen die eingemauerte Gemeinschaft, gegen die Politik der Ausgrenzung. Wir trennen uns nicht und lassen uns nicht spalten. Ob „Deutscher" oder „Ausländer", ob „Flüchtling" oder „Sachse", ob aus Dortmund oder Damaskus, ob aus Afrin oder Athen, ob aus Kabul oder Kassel: Das ist uns schon lange egal. Es geht um uns alle. Es geht darum, wie und in welcher Gesellschaft wir miteinander leben wollen.

Wir haben längst angefangen, eine andere Welt zu bauen. Wir haben bei uns begonnen. Unsere Türen stehen offen. Egal woher wir kommen, wir kennen einander, wir haben unsere Telefonnummern, wir sind lebendige Anlaufstellen, sind alle längst Expert*innen und Freund*innen geworden. Mit jeder gemeinsam erledigten Aufgabe und durch gegenseitige Hilfe sammeln wir neue Stärke. Ob bei der Behörde, auf dem Rettungsboot im Mittelmeer, beim Jobcenter, bei der Wohnungsbesichtigung oder in der Schule. Wir werden nicht aufhören, alte und neue Machtstrukturen und das weltweite System des Kolonialismus zu bekämpfen. Wir verteidigen unsere Körper und unsere Würde – gegen Sexismus, Rassismus und jede Art von Gewalt!

Grenzen einreissen!

Was wir miteinander erleben, ist wichtig und groß. „Welcome United“ in Berlin im September 2017 war ein Fest und ein Anfang. Wir haben für unsere Stimme und unsere Rechte demonstriert, aber viel wichtiger noch – wir haben uns selbst neu gefunden: Wer und wie viele wir sein können. Und wir haben gezeigt, dass wir Städte und Viertel, unsere Freund*innen und Nachbarn, Grenzen und Horizonte bewegen können. Lasst uns weitermachen und neu beginnen. Keine Angst mehr. Keine Schreckstarre. Kein Alleinsein. Keine Unterwürfigkeit. Wir gehen auf die Straße, weil wir eine Zukunft wollen. Eine Zukunft für alle.
Darum wollen wir uns wieder versammeln: zu einer großen Parade des Antirassismus und der Solidarität in Hamburg. Es mag die Zeit des Egoismus, der Kälte und des Rassismus sein. Es mag schönere Zeiten geben, aber diese ist unsere. Das, was jetzt passieren muss, hat längst begonnen. Wir sind viele – und viel mehr, als wir denken.

Kommt alle zur Parade für
Teilhabe, gleiche Rechte und Solidarität
We’ll Come United!

SINIRDIŞI EDİLMELERE, DIŞLAMALARA VE IRKÇI KIŞKIRTMALARA KARŞI HERKES İÇİN SEYAHAT ÖZGÜRLÜĞÜ VE EŞİT HAKLAR!

Hamburg’ta Irkçılığa Karşı Gösteri Çağrısı, 29 Eylül 2018

Yalanlara Karşı!

Bize her gün anlatılan hikayeleri dinlemekten yorulduk. Bu hikayeler, yalnızca hakaretlerden ve yalanlardan oluşuyor. Mülteciler Akdeniz’de boğulurken, onların bir problem olduğunu söylüyorlar. Alman Federal Meclisi’nde ve sokaklarda Irkçı öfke estirilirken, Entegrasyon kapasitesinin sınırlarına ulaşıldığını söylüyorlar. Bir yandan Entegrasyon maliyetlerinin yükseldiğini hesaplıyorlar, diger yandan Dil kurslarina katılmamıza ve çalışmamiza izin vermiyorlar ve ayni anda sınırdışı bürokrasisine inanilmaz miktarda harcamalar yapiliyorlar. Şiddetten bahsediyorlar – ve çocuklar yataklarından, okullardan kaçırılıp tamamiyle tanımadıkları ülkelere sınırdışı ediliyor.
Bizi terslemek veya dışlamak çok zor değil, çünkü biz zaten her halükarda en dipteyiz. Savaştan, açlıktan, fakirlikten ve çaresizlikten kaçtık biz. Bir çoğumuz buraya geldi, çünkü Küresel Kapitalizm hayatlarımızı darmadağın etti. Ailelerimiz buraya gelemiyorlar çünkü sevdiklerimiz, özlem duyduklarımız önemsizler onlara göre. Hükümet, sınırları kapatıp, bizi yeni kamplara kapattırmanın planını yapıyor. Bize kesinlikle acı duyulmasını istemiyoruz, biz insanız, kurban değil. Fakat diyoruz ki: Tüm bunlar bu demokrasinin ne kadar demokratik olduğunun göstergesi. Akdeniz’de bulunan botlar bizim için bir tehlike değil, asıl tehlike Avrupa’nın her yerinde yükselen öldürücü ırkçılık.

Problemin adı: Irkçılık!

2017’de, Avrupa’ya ulaşmaya çalışan 3000’den fazla insan Akdeniz’de öldü veya bulunamadı. Bu ölümler medyada çok az yer buldu. Ölenler isimsiz kaldı. Aynı sene içinde, Almanya’da Mülteci Barınaklarına 2200 tane saldırı rapor edildi. 180 Mülteci Destekçisi saldırıya maruz kaldı. Müslümanlar ve Müslüman Enstitüleri’ne 950 defa saldırıldı. 1453 tane Anti-Semitik saldırı bildirildi. 5,5 Milyondan fazla oy kullanmaya uygun seçmen, son seçimde açık şekilde ırkçı olan AfD partisine oy verdi. Unutmayacağız, yıllarca rahatlikla, kolaylıkla insanları öldüren NSU.
Almanya’nın tehlikeli olmaya başladığı tartışmaları olurken bizim düşündüklerimiz gelelim. Şimdi dürüstçe konuşalım – kim kamplarda, barınaklarda otururuyor ve gece pencerenin tıkırdamasını duyar? Kim göçmenlik bürosunda bezdirilir? Kim illegal işlerde ve ücretsiz stajlarla sömürülür? Kim bulaşıkları, tuvaletleri ve evi temizler? Kim yıllardır burda çalışmasına rağmen hala “Misafir” olarak kalır? Hayır, bizim için, sırf AfD Meclise %13 le girebildi diye dünyanın sonu da değil.

Gerçek Farklıdır!

Şimdi ayaklanıyoruz. Tekrar ve kesinlikle son olmayan. Irkçı aptallığa karşı, çarpık dünyaya karşı, kalpsiz vatana karşı, ön yargılı topluma karşı, dışlanma politikalarına karşı. Biz ayrılmayız ve bizi bölmelerine izin vermeyiz. “Alman” ya da “Yabancı”, “Mülteci” ya da “Saxon”, Dortmund’dan veya Şam’dan, Afrin’den veya Atina’dan, Kabil’den ya da Kassel’den: Bizim için hiç önemli bu değil, uzun zamandan beri. Çünkü, bu hepimizle ilgili. Mesele nasıl bir toplum içinde beraberce yaşamak istediğimizle ilgili.
Biz yeni dünya’yı inşa etmeye başladık bile. Kendimizle başladık. Kapılarımız açık. Nereden geldiğimiz hiç önemli değil, biz birbirimizi biliyoruz, telefon numalarımız var, Yaşayan bilgi ve iletişim noktaları haline geldik. Uzman ve arkadaş olduk. Her görevi beraber tamamladık, ortak hareketle yeni güç kazandık. Bürok-

rasi Dairelerinde veya Akdeniz'deki Kurtarma Botunda veya Jobcenter veya Ev-bulma görüşmelerinde veya okulda. Eski veya Yeni Güç yapılarıyla ve dünya geneli sömürgeciliğe karşı mücadele etmeye devam edeceğiz. Bedenlerimizi ve Onurumuzu, seksizme, ırkçılığa ve her türlü şiddete karşı savunuyoruz.

Engelleri ortadan kaldırın, Sınırları yerle bir edin!

Beraber edindiğimizi tecrübelerimiz önemli ve büyük. 2017 Eylül'de Berlin'de gerçekleşen "Welcome United" güzel bir kutlamaydı ve bir başlangıçtı. Sesimizi duyurduk ve haklarımızı haykırdır, fakat en önemlisi – kendimizi tanımladık : Kimiz ve kaç kişi olabiliyoruz. Şehirleri ve mahalleleri, arkadaşları ve komşuları, sınırları ve ufukları yerinden oynatabiliyoruz / beraber hareket ettirebileceğimizi gösterdik. Gelin devam edelim ve yeniden başlayalım. Korku yok. Ürkmek yok. Yalnızlık yok. İtaatkarlık yok. Meydanlara, Sokaklara iniyoruz çünkü bir gelecek istiyoruz. Herkes için bir gelecek.
Bu nedenlerden ötürü Irkçılığa Karşı ve Dayanışma için Hamburg'ta buluşuyoruz. Zaman Egoizmin, Soğuğun ve Irkçılığın zamanı olabilir. Daha güzel zamanlar olabilir, fakat bu sefer bizim vaktimiz. Şimdi yapilmasi ve olması gerekileni, çoktan yapmaya başladık bile. Biz bir sürü kişiyiz, ve hatta düşündüğümüzden daha fazlayız.

Dayanışma ve Eşit Haklar için
Gösteriye katıl!
We'll Come United

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!